

LE MONDE

diplomatique



Konsens gegen Palästina

Dahlia Scheindlin über Umfragen in Israel, in denen sich eine Mehrheit für Besatzung und Vertreibung ausspricht
► S. 4/5

Hilflose Autokraten

in Mali, Niger und Burkina Faso: Nina Wilén über die Juntas, die die islamistische Gewalt nicht in den Griff bekommen
► S. 12/13

Hohlräume

im Untergrund, leere Speicher, überschwemmte Küsten: Toni Keppeler und Laura Nadolski über Metropolen im Wasserstress
► S. 15

Gnadenlose Diener

der Hindunation: Guillaume Delacroix über das mächtige Netzwerk des indischen Freiwilligenkorps RSS
► S. 18/19

Kryptos

spalten die Welt: Frédéric Lemaire und Dominique Plihon über \$Trump, E-Yuan und Szenarien eines Währungskriegs
► S. 21

Lotte Keijzer



Assholes, Acrylfarbe und Buntstift auf Holzplatte, 60 x 45 cm
(zur Künstlerin siehe Seite 2)

Plaste ohne Ende

Kein Abkommen, keine Kontrolle

von Mohamed Larbi Bouguerra

Die weltweite Plastikproduktion wird sich bis zum Jahr 2060 verdreifachen, es sei denn, sie wird durch ein global verbindliches Abkommen begrenzt. 2022 hatte die UN-Umweltversammlung (Unea) in Nairobi einstimmig eine Resolution zur Beendigung der Plastikverschmutzung verabschiedet. Doch nach fünf ergebnislos verlaufenen Verhandlungsrunden scheiterte am 15. August in Genf auch die sechste Runde. Trotz eines zehntägigen Beratungsmarathons gibt es also immer noch keinen rechtsverbindlichen Vertragstext. Seit Beginn der Verhandlungen werden die rund hundert Länder, die ein solches Abkommen befürworten, von einer Koalition Erdöl produzierender Staaten ausgebremst, die von Saudi-Arabien und den USA angeführt wird. Die wichtigsten Streitfragen lauten: Soll die Herstellung von Primärpolymeren, aus denen alle Kunststoffe hergestellt werden, beschränkt werden? Oder soll lediglich die Verschmutzung reduziert werden, zum Beispiel durch Recycling und ein besseres Abfallmanagement? Soll der Vertrag auch einen Passus über die gesundheitlichen Auswirkungen der 16000 Zusatzstoffe enthalten, die in die Kunststoffproduktion einfließen? Von denen sind 4200 erwiesenermaßen giftig oder hormonell aktiv – etwa Phthalate, bestimmte Farbstoffe und perfluorierte Alkylverbindungen (PFAS). Aus Sicht Saudi-Aubiens soll das Abkommen nur die Abfälle betreffen, die am Ende der Verwertungskette anfallen, nicht aber die mit der Kunst-

stoffproduktion verbundene Umwelt- und Gesundheitsbelastung. Die USA wollen vor allem eine Beeinträchtigung der Geschäfte verhindern. Am Ende der letzten außerplanmäßigen Nachsitzung konstatierte der norwegische Vertreter in den Morgenstunden des 15. August: „Es wird in Genf kein Abkommen zur Plastikverschmutzung geben.“ Die Lobbyisten der Petrochemie und der fossilen Brennstoffproduzenten konnten sich die Hände reiben. Nach vorsichtiger Schätzung des Center for International Environmental Law (Ciel)¹ hatten sich 234 von ihnen in der Schweiz akkreditiert – laut *Le Temps* waren es sogar 307. Die Zahl der privaten Interessenvertreter der Plastikbranche überstieg damit die der diplomatischen Delegationen aus 27 EU-Ländern und Europäischer Union – Letztere waren mit 233 Personen vor Ort. Der American Chemistry Council hatte sieben Berater entsandt, ebenso viele die DOW-Gruppe; ExxonMobil war durch sechs Berater vertreten. Einige Länder wie Ägypten, Kasachstan, China oder Iran gingen so weit, die Lobbyisten von vornherein in ihre Delegationen einzubinden. Gegen diese Übermacht waren die 60 Mitglieder der Scientists' Coalition for an Effective Plastics Treaty faktisch machtlos. Das galt erst recht für die 36 Delegierten des Indigenous Peoples' Caucus. Einige Industrieverbände hatten im Vorfeld der Verhandlungen Werbekampagnen finanziert und Tiktak-Influencer angeheuert, die Propagandafilme

► Fortsetzung auf Seite 14

Großbritannien – Ende des Sozialstaats?

von Daniel Finn

Der Rücktritt von Vize-Regierungschefin Angela Rayner könnte den Anfang vom Ende der Regierung Starmer markieren. Der Labour-Premier tut seit seinem Wahlsieg vor einem Jahr alles, um dem Brexit-Dirigenten Farage den Weg an die Macht zu ebnen.

Für Premierminister Keir Starmer und sein Beraterteam war das Vorbild stets die Labour Party unter Tony Blair. Und auf den ersten Blick konnte sich Starmers Wahlsieg im Juli letzten Jahres tatsächlich mit den Wahlerfolgen Blairs messen: Mit 411 Sitzen verfügte Starmer über die größte parlamentarische Mehrheit, die je eine Partei seit den beiden Wahlsiegen von Blairs „New Labour“ erzielt hat. Die hatte im Mai 1997 die Rekordzahl von 418 Sitzen und im Juni 2001 immer noch 412 Sitze erobert. Doch wenn man genauer hinsieht, steht Starmers Regierung weniger stabil da. Seine Partei erhielt bei den Wahlen im letzten Jahr nur 33,7 Prozent der abgegebenen Stimmen, 1997 hatte der Stimmenanteil von Labour noch um 7 Prozentpunkte höher gelegen. Gegenüber den Parlamentswahlen von 2019 konnte die Partei ihren Wähleranteil um lediglich 1,6 Prozentpunkte steigern. Dass sie damit dennoch die Anzahl ihrer Parlamentssitze verdoppeln konnte, verdankt sie den Eigenheiten des britischen Wahlsystems (siehe Text auf Seite 10 rechts oben). In absoluten Zahlen hat Labour unter Starmer weniger Stimmen be-

kommen als unter seinem Vorgänger Jeremy Corbyn im Jahr 2019. Doch Starmer profitierte vom katastrophalen Absturz der Konservativen, die schwere Stimmenverluste in alle Richtungen erlitten: in der politischen Mitte an die Liberaldemokraten und nach rechts an Reform UK (die frühere Brexit Party) des Rechtspopulisten Nigel Farage. Seit seinem Wahlsieg geht es für Starmer kontinuierlich bergab. Bereits am 24. Dezember 2024 behauptete die *Financial Times*, selbst in Labour-Kreisen herrsche der Eindruck vor, dass der Premier „die ersten Monate an der Macht vermasselt“ habe: „Kein Premierminister der jüngeren Vergangenheit hat je in so kurzer Zeit einen so katastrophalen Verlust an öffentlicher Unterstützung erlebt.“ Lob vom Labour-Chef für die Eiserne Lady In Blairs erster Amtszeit dauerte es mehr als drei Jahre, bis Labour in den Meinungsumfragen von der Conservative Party, den Tories, überholt wurde, und das war damals nur ein kurzfristiger Aussetzer. Doch unter Starmer ist die Partei schon vor Weihnachten in mehreren Umfragen hinter die Tories zurückgefallen. Seit Jahresbeginn liegt sie sogar nur noch auf dem dritten Platz, weil die rechtspopulistische Reform UK von Nigel Farage sowohl Labour als auch die Konservativen überholt hat und aktuell die beliebteste Partei im Königreich ist. Seit Anfang September ist Starmer noch mehr in der Bredouille. Seine Vize-Premierministerin Angela Rayner musste wegen Steuervergehen zurücktreten, was die Labour-Rechte als will-

kommene Gelegenheit sieht, Rayners arbeitsrechtliche Gesetzesvorhaben im Interesse der Arbeitgeber zu verwässern. Der entscheidende Faktor, der Starmers Popularitätsverfall erklärt, ist sein eisernes Festhalten an den „Errungenschaften“ des Thatcherismus. Ein halbes Jahr vor den Parlamentswahlen von 2024 zeichnete Starmer in einem Gastbeitrag im erzkonservativen *Sunday Telegraph* am 2. Dezember 2023 ein trostloses Bild vom Zustand seines Landes: „Öffentliche Dienste, die nichts mehr für die Öffentlichkeit tun; Familien, die von rasant steigenden Hypothekenkosten und Nahrungsmittelpreisen erdrückt werden; ganze Stadtviertel, die von Kriminalität und antisozialen Verhaltensweisen geplagt werden.“ Ein anderer Labour-Chef hätte diese Probleme vielleicht als Symptome eines versagenden Wirtschaftsmodells begriffen. Nicht so Keir Starmer. Der lobte stattdessen Margaret Thatcher, die für dieses Modell verantwortlich ist, in den Himmel: Die Eiserne Lady habe „das Land aus seinem Dämmer Schlaf gerissen, indem sie unseren angeborenen Unternehmergeist freigesetzt hat“. Das war keineswegs ein beiläufiger Spruch, mit dem sich Starmer bei den Lesern einer konservativen Zeitung anbieten wollte. Die Bemerkung gibt vielmehr seine genuinen politischen Ansichten wieder. Wie der Historiker David Edgerton erläutert, ist Labour unter Starmer zu einer Partei geworden, der es nicht mehr um die Bewahrung der sozialen Errungenschaften geht, die von der ersten Nachkriegsregierung des Labour-Premiers Clement

► Fortsetzung auf Seite 10

ANZEIGE

medico-Positionen und -Materialien zu 10 Jahre Sommer der Migration

MIGRATION IST DIE MUTTER ALLER GESELLSCHAFTEN.

Für das Recht zu gehen.
Für das Recht zu bleiben.
Überall.

medico.de/migration

m) medico international

Den Toten ihre Namen zurückgeben

Zehn Jahre nach dem größten Schiffsunglück von Geflüchteten im Mittelmeer

von Paolo Valenti

Fotografien, die sich in abstrakte Aquarelle aufgelöst haben. Ein Personalausweis aus Mali, vom Salz zerfressen. Kinderhandschuhe mit dem Logo des spanischen Fußballvereins Real Madrid. Cristina Cattaneo, Professorin für forensische Medizin an der Universität Mailand und Leiterin des Labanof (Laboratorio di Antropologia e Odontologia Forense), zieht die Relikte aus sorgfältig beschrifteten Plastikbeuteln und legt sie auf einen Tisch in ihrem Labor.

Die Gegenstände gehörten Geflüchteten, deren Fischkutter am 18. April 2015 vor der libyschen Küste gekentert war – mit mehr als 1000 Ertrunkenen war es das bisher schlimmste Schiffsunglück im Mittelmeer, das jemals verzeichnet wurde. Die Opfer blieben lange anonym wie fast immer, wenn Menschen auf dieser Migrationsroute – der gefährlichsten der Welt – umkommen.

Dank einer beispiellosen Zusammenarbeit von forensischen Anthropologen, Spezialisten für humanitäre Hilfe, etwa vom Internationalen Komitee vom Roten Kreuz (IKRK), Freiwilligen aus ganz Italien und Überlebenden – 28 Personen wurden damals gerettet – geht es mit der Identifizierung der Opfer auch zehn Jahre nach der Katastrophe weiter voran. Das ist alles andere als eine Selbstverständlichkeit: „Schon als sich die Katastrophe ereignete, war die Identifizierung ertrunkener Migranten ein vernachlässigtes Thema“, sagt die heute 61-jährige Cristina Cattaneo. „Heute kümmert sich fast niemand mehr darum.“

Die Internationale Organisation für Migration (IOM) schätzt die Zahl der seit 2014 bis Sommer 2024 im Mittelmeer verstorbenen oder verschwundenen Migrant:innen auf mehr als 32 000; die Dunkelziffer ist hoch. Nach Angaben des IKRK wurden nicht einmal 10 Prozent der Leichen gefunden, und von diesen wurde nur ein Bruchteil identifiziert.¹ Die anderen werden für immer auf dem Meeresgrund liegen, während ihre Familien und Freunde nach Antworten suchen.

Als Leiterin des Labanof hatte sich Cristina Cattaneo schon Mitte der 1990er Jahre einer Initiative zur Identifizierung von namenlosen – italienischen – Leichen angeschlossen. Die schließlich 2012 geschaffene Regierungsstelle des außerordentlichen Kommissars für Vermisste (Ufficio del Commissario straordinario del Governo per le persone scomparse, UCPS) arbeitete von Beginn an eng mit Cattaneos Labor zusammen.

Kurz danach kontaktierte sie der Leiter des forensischen Dienstes des IKRK, Morris Tidball-Binz. Bei einem Treffen in Mailand erzählte er ihr, dass das IKRK gehäuft Anfragen von eritreischen und syrischen Familien in Europa bekomme, deren Angehörige bei der Überfahrt auf dem Mittelmeer verschollen waren. Die Zahl dieser Todesfälle war damals aber noch niedrig, und so „blieb alles beim Alten“, schreibt Cattaneo in ihrem 2018 erschienenen Memoir.² „Bis zum 3. Oktober 2013.“

Am 3. und 11. Oktober 2013 kam es vor der Insel Lampedusa zu zwei großen Schiffskatastrophen. Wie der Fischkutter anderthalb Jahre später waren beide Boote in Libyen gestartet, in Misrata und Zuwara. Auf dem ersten Boot, das in der Nacht vom 3. auf den 4. Oktober 2013 nur 800 Meter vor der italienischen Insel Lampedusa kenterte,

befanden sich mehr als 500 Männer, Frauen und Kinder. Sie kamen aus Somalia und Eritrea. 368 von ihnen ertranken.

Nur wenige Tage später ereignete sich die nächste große Katastrophe vor Lampedusa. 268 syrische Flüchtlinge kamen ums Leben, als ihr Boot mit 400 Menschen an Bord sank.

Die beiden Tragödien stellten einen Wendepunkt dar: Die Bilder von den hunderten Holzsärgen, aufgereiht in einem italienischen Flughafenhangar, gingen um die Welt und lösten eine Welle des Mitgefühls aus. Am 18. Oktober 2013 rief der italienische Ministerpräsident Enrico Letta die Seenotrettungsmission Mare Nostrum ins Le-

„Hunderte von Holzsärgen, aufgereiht in einem italienischen Flughafenhangar“

ben. Durch das rechtzeitige Aufspüren von Flüchtlingsbooten sollte verhindert werden, dass sich solche Tragödien wiederholen.

Bis November 2014 retteten die Schiffe der italienischen Marine und Küstenwache in 558 Einsätzen etwa 100 000 Menschen aus dem Mittelmeer. Unterdessen begann das Labanof in Zusammenarbeit mit dem UCPS mit der Identifizierung der Opfer der beiden Schiffsunglücke.

Trotz zahlreicher Appelle bekam Italien keine Unterstützung von der EU, bis es schließlich am 1. November 2014 Mare Nostrum wieder einstellte. Stattdessen startete die EU unter Leitung ihrer Grenzschutzagentur Frontex die Mission Triton. Sie lief vom 1. November 2014 bis zum 1. Februar 2018. Während es bei Mare Nostrum um das Auffinden und Retten von Menschen in den internationalen Gewässern des Mittelmeers ging, sollten beim Triton-Einsatz, an dem sich 21 EU-Staaten beteiligten, auch Grenzen kontrolliert und sogenannte Schlepperbanden bekämpft werden.³

Doch das Sterben im Mittelmeer ging weiter. In der Nacht des 18. April 2015 sank in den internationalen Gewässern vor der libyschen Küste ein 23 Meter langer Fischkutter, auf dem sich mehr als 1000 Geflüchtete aus Bangladesch, Côte d’Ivoire, Äthiopien, Gambia, Mali, Senegal, Somalia und Syrien befanden. Über ein Jahr später wies die italienische Regierung ihre Marine an, das Wrack zu bergen. Es wurde mit den Toten zu einem ehemaligen Militärstützpunkt in Melilli auf Sizilien transportiert, und das Team von Cristina Cattaneo bekam den Auftrag, die Opfer zu identifizieren.

„Gleich nach unserer Ankunft begannen wir alle menschlichen Überreste zu erfassen, die die Feuerwehrleute aufgefischt hatten“, erzählt sie. Das war keine leichte Aufgabe: „Einige Leichen waren bereits stark verwest; anderen fehlten Gliedmaßen; tausende Knochen und Zähne lagen durcheinander.“ Zusätzlich mussten mehrere hundert Fundstücke inventarisiert werden – kleine Stoffsäckchen mit ein paar Handvoll Heimaterde, Blutspendeaus-



Eines von vielen Fotos, die nach der Katastrophe vom 4. Oktober 2013 gefunden wurden picture alliance /ropi

weise, Rosenkränze ... Einige sind heute im Mailänder Universitätsmuseum für anthropologische Studien (Musa) ausgestellt.

„Ich erinnere mich an die Stille, die sich in der Lagerhalle ausbreitete, als wir bei einem 14-jährigen ein in die Kleidung eingenähtes Schulzeugnis fanden“, erzählt Cristina Cattaneo. „Ein junger Eritreer, der vor dem Militär geflohen war, trug einen Brief seiner Mutter in der Jackentasche: „Keine Angst, du wirst in einem anderen Land Arbeit finden, hatte sie geschrieben, aber ich flehe dich an, versuche nicht, übers Meer zu fahren.“

Die Autopsien, die Entnahme von DNA-Proben sowie die Erfassung der sterblichen Überreste und persönlichen Gegenstände dauerte drei Monate. In dem Hangar von Melilli machten sich angehende Gerichtsmediziner von Universitäten aus ganz Italien, Kriminalbeamte, Feuerwehrleute und Marinesoldaten gemeinsam an die Arbeit.

„Trotz der Tragödie und des scharfen Leichengeruchs herrschte eine besondere Atmosphäre konzentrierter Zusammenarbeit und Ruhe“, erinnert sich der Präfekt Vittorio Piscitelli, der damalige Beauftragte der italienischen Regierung für Vermisste. „Es war die

Gelassenheit derjenigen, die wissen, dass sie das Richtige tun, denn sie sorgten dafür, dass die Toten eine würdige Grabstätte bekamen, und gaben den Familien Antworten auf ihre Fragen.“

Nach dem Ende der Mission in Melilli wird die Arbeit bis heute in Cattaneos Mailänder Labor und in den Heimatländern der Opfer weitergeführt. Dort versucht das Rote Kreuz, die Familien ausfindig zu machen, um Informationen und materielle Zeugnisse für die endgültige Identifizierung zu sammeln. „Es können Fotos sein, auf denen die Zähne oder andere besondere Merkmale gut zu sehen sind, oder auch DNA-Profile von Verwandten“, erklärt Rossella Di Liberto, die italienische Koordinatorin des IKRK-Suchdienstes für Menschen, die infolge von Kriegen, Migration oder Naturkatastrophen von ihren Familien getrennt wurden.

„Unsere Arbeit reduziert sich aber nicht nur darauf, die für die Identifizierung notwendigen Ante-mortem-Daten zu dokumentieren“, erklärt Di Liberto. „Unsere Mitarbeiter kümmern sich auch um die betroffenen Familien, die sich in diesem besonderen Zustand der eingefrorenen Trauer befinden.“

Bei ihrer Recherche sind sie zudem mit vielen Hindernissen konfrontiert,

berichtet Di Liberto. Manche Regierungen würden den Mitarbeitern des Roten Kreuzes verbieten, DNA-Proben zu entnehmen. „Oder wir können keinen Kontakt zu den Familien herstellen, weil sie sich gerade in einer Region aufhalten, wo bewaffnete Konflikte herrschen, oder weil sie keinen festen Wohnsitz haben.“

Trotz aller Schwierigkeiten trägt die Zusammenarbeit erste Früchte: „Bis jetzt haben wir 33 Personen identifiziert“, berichtet Cristina Cattaneo. „Wir denken, dass wir in den kommenden Monaten schneller vorankommen, denn wir haben die genetischen Typisierungen beendet und erhalten jetzt auch die DNA-Profile der infrage kommenden Familien zum Abgleich.“

In ihren Worten schwingt Stolz über das Erreichte mit, aber auch Bitterkeit, weil den meisten Ertrunkenen ein solches Verfahren versagt bleibt. Das Programm, das sich immer aus eigenen Mitteln finanziert hat und nie öffentlich bezuschusst wurde, untersucht ausschließlich die drei Unglücksfälle vom 3. und 11. Oktober 2013 und vom 18. April 2015. „Das verletzt die Würde der Menschen, die auf dem Meer umgekommen sind. Die Regierung sollte sich um alle Schiffbrüchigen kümmern.“

In Italien gibt es zwar Regeln zum Umgang mit aufgefundenen Leichen und seit 2012 auch die zentrale Datenbank zur Vermisstensuche Risc, in der Informationen über nicht identifizierte Tote und Vermisste erfasst und abgeglichen werden. Doch die Daten verstorbener Migrant:innen werden hier nicht gesammelt. Sie sind im Leben wie im Sterben der Willkür ausgesetzt.

„Da es keine klaren Vorschriften gibt, können die lokalen Behörden über die Entnahme von DNA-Proben entscheiden“, erklärt Tareke Brhane, Vorsitzender der NGO Comitato 3 ottobre, die nach dem Schiffsunglück von 2013 gegründet wurde. „Wir brauchen eine europäische Regelung, die die Mitgliedstaaten dazu verpflichtet, mit den Leichen human und sorgsam umzugehen, systematisch DNA-Proben und andere für die Identifizierung wichtige Indizien zu sammeln und die Informationen in einer zentralen Datenbank zur Verfügung zu stellen.“

Anlässlich des zehnten Jahrestags des Unglücks von 2015 überreichte das Comitato 3 ottobre dem EU-Parlament im April eine entsprechende Petition. Deren Umsetzung wäre immens wichtig, sagt Tareke Brhane: „Es geht um Gerechtigkeit für die Toten, aber auch für die Lebenden.“ Denn manche Hinterbliebenen sind dringend auf den Totenschein ihres verstorbenen Familienmitglieds angewiesen. „Ohne ihn ist es für Waisenkinder oder Witwen oft schwierig, ein neues Leben anzufangen, etwa einen Reisepass zu beantragen oder ein Erbe anzutreten.“

¹ Internationale Organisation für Migration (IOM), „Missing Migrants Project“, <https://missingmigrants.iom.int>; Internationales Komitee vom Roten Kreuz (IKRK), „Counting the dead – Update 2020–2021, 6. Juni 2024.

² Zwei Jahre später erschien die deutsche Übersetzung von Barbara Sausser, siehe Cristina Cattaneo, „Namen statt Nummern. Auf der Suche nach den Opfern des Mittelmeers“, Zürich (Rotpunkt) 2020, S. 32.

³ Siehe Stefano Liberti, „Brüssel liegt nicht am Meer. Die EU hat Italien bei der Rettung der Bootsflüchtlinge im Stich gelassen“, LMD, November 2014.

Aus dem Französischen von Heike Maillard

Paolo Valenti ist Journalist in Turin und Redakteur bei *lavalibera*, dem Magazin der italienischen Antimafiaorganisation, siehe auch paolovalenti.wordpress.com

Konsens gegen Palästina

von Dahlia Scheindlin

Wegen seiner Kriegspolitik gerät Israels Premier Netanjahu immer stärker unter Druck. Seine Abwahl würde die israelische Politik gegenüber den Palästinensern jedoch nicht grundsätzlich verändern. Denn eine große Mehrheit der Bevölkerung unterstützt die Besatzung.

Die israelische Regierung bereitet die militärische Eroberung von Gaza-Stadt vor und legt damit, wie viele befürchten, die Grundlage für eine vollständige Einnahme und Besetzung des Küstenstreifens.

Doch inzwischen schlägt Premierminister Benjamin Netanjahu massive Kritik entgegen – sowohl in Israel als auch von außen. Die überwältigenden Belege für eine Hungersnot in Gaza führten zu einer weltweiten Verurteilung der israelischen Führung, zu expliziten Genozidvorwürfen und sogar zu partiellen Waffenembargos seitens alter Verbündeter.

Im Land selbst werden Netanjahu und sein Kabinett schon seit Monaten von ehemaligen Militärkommandeuren und Geheimdienstchefs, von Oppositionsführern, Intellektuellen und Reservisten sowie zehntausenden Demonstranten scharf kritisiert. Im Zentrum der Kontroversen stehen die 50 Geiseln, die immer noch nicht von der Hamas freigelassen wurden und von denen noch etwa 20 am Leben sein sollen.

Ungeachtet der heftigen Proteste hat das israelische Kabinett am 8. August beschlossen, den Krieg noch zu eskalieren. Die neuen Pläne sehen de facto eine vollständige Besetzung des Gazastreifens mit dem möglichen Ziel einer langfristigen Militärverwaltung vor, wie sie von einigen Kabinettsmitgliedern gefordert wird. Die Regierung behauptet nach wie vor, dass nur eine Ausweitung der Militäroperationen die Geiseln retten könne. Aber das bezweifeln die meisten Israelis – und das zu Recht.

Nach einer Umfrage des öffentlich-rechtlichen Rundfunks Kan unterstützen nur 28 Prozent der Befragten die Pläne zur Ausweitung des Kriegs. Und die Familien der Geiseln sind überzeugt, dass eine Einnahme von Gaza-Stadt deren Tod bedeuten würde.

Eine stabile und ständig wachsende Mehrheit der Bevölkerung – laut manchen neueren Umfragen über 70 Prozent – ist für einen Gefangenenaustausch und die Beendigung des Kriegs. Die Demonstrationen haben seit Bekanntwerden der neuen Angriffspläne noch deutlich an Zulauf gewonnen.

All dies trägt zu dem Eindruck bei, dass das Land von einer fanatischen, rechtsextremen religiösen Minderheit in Geiselhaft genommen wurde, die ihre Macht und ihren Einfluss massiv ausgebaut hat, indem sie Netanjahu angesichts der gegen ihn anhängigen Gerichtsverfahren an der Macht hält.

Auch die Meinungsumfragen scheinen den Eindruck, dass Israel von Extremisten gekapert wurde, regelmäßig zu bestätigen. Sie besagen, dass die derzeitige Führung bei den nächsten Wahlen keine Chance hätte. Viele schließen daraus, dass sich das Land in eine dezidiert andere Richtung bewegen würde, wenn die Regierung sich stärker an der öffentlichen Meinung orientierte.

Doch das ist nur eine fromme Hoffnung. Wer sie hegt, übersieht schlicht, in welchem Ausmaß die Bevölkerung in vielen grundlegenden Fragen und hinsichtlich der fernerer Zukunft mit der Regierung einer Meinung ist. Eine

ganze Reihe von Umfragen – seit Beginn des Gazakriegs und auch in den Jahren davor – haben ein eindeutiges Ergebnis. Die Netanjahu-kritische Öffentlichkeit und die wichtigsten Oppositionsparteien haben, was elementare Zukunftsfragen betrifft, kaum einen politischen Dissens mit der aktuellen Regierung. Das gilt für den Status der Palästinenser, die Fortdauer der israelischen Besatzung und die Verweigerung von Selbstbestimmung und Bürgerrechten in den besetzten Gebieten.

Aus den Umfragen geht auch hervor, dass die große Mehrheit der jüdischen Israelis kaum Mitgefühl mit den Palästinensern in Gaza aufbringt. Über deren Leid wird im israelischen Fernsehen und in den auflagenstärksten Zeitungen kaum berichtet. Viele glauben, die Zahl der getöteten und verletzten Zivilisten gehe auf das Konto der Hamas und sei ohnehin – wie von Regierung und Kommentatoren ständig behauptet – völlig übertrieben, wenn nicht frei erfunden.

Diese Fakten enthüllen eine unbequeme Wahrheit: Tatsächlich könnte der Sturz Netanjahus die Katastrophe in Gaza beenden und die israelische Politik aus dem Würgegriff der religiösen Rechten befreien. Aber es ist unwahrscheinlich, dass sich damit die israelische Politik gegenüber den Palästinensern grundsätzlich umorientieren würde im Sinne einer echten Alternative zur sukzessiven Ausweitung israelischer Herrschaft und Unterdrückung palästinensischer Selbstbestimmung, wie sie seit Jahrzehnten betrieben wird.

Diese Politik hat im Wechselspiel mit dem erbitterten Widerstand der Palästinenser den Konflikt über Jahre am Köcheln gehalten und die Zukunft Israels als Demokratie zerstört. Und sie wird auf Jahre die Eskalation der Gewalt noch antreiben.

Dass sich Politik und Medien in den USA und Europa – oder auch die israelische Opposition – auf Netanjahu einschließen, ändert nichts an dem Faktum, dass die unnachgiebige Haltung des Premiers gegenüber den Palästinensern nicht das alleinige Problem ist. Das Grundproblem ist, wie sich die israelische Gesellschaft, Politik und Kultur in den vergangenen Jahrzehnten entwickelt haben.

Mehrheit gegen Netanjahu, aber nicht für eine Lösung

Netanjahus politische Instinkte und seine Fähigkeit, an der Macht zu bleiben, werden selbst von seinen Feinden bewundert. Dennoch ist seine Zukunft ungewiss. Nach der augenblicklichen Stimmung zu urteilen, könnte der Premier die nächsten Wahlen, die für Oktober 2026 angesetzt sind, ohne Weiteres verlieren.

Seit zwei ultraorthodoxe Parteien im Juli die Regierungskoalition verlassen haben, steht er einer fragilen Minderheitsregierung vor. Falls die zerfällt, kommt es wohl schon Anfang nächsten Jahres zu Neuwahlen.

Der Widerstand gegen Netanjahu begann lange vor den Angriffen vom 7. Oktober 2023. Seine geplante Justizreform wurde (und wird) von vielen als der Versuch angesehen, seine Macht zu konsolidieren, sich den bereits laufenden Anklagen wegen Korruption zu entziehen und die israelische Demokratie auszuhebeln.

In den neun Monaten vor dem 7. Oktober hatten allwöchentlich hunderttausende Israelis gegen die Regierung protestiert und viele Reservisten angekündigt, den Militärdienst zu verweigern. Wie das Israel Democracy Institute im Frühjahr 2023 ermittelte, lehnten zwischen 58 und 66 Prozent der Israelis die von Netanjahu geplanten Reformen ab.

Diese Zahlen sind bis heute weitgehend konstant geblieben, obschon sich Tempo und Art der vorgesehenen Reformen im Laufe des Kriegs verändert haben. Doch ungeachtet des massiven Widerstands hat die Regierung die umstrittenen Reformen vorangetrieben, die Besetzung von Justizstellen politisiert und die Generalstaatsanwältin entlassen.

Seit dem 7. Oktober 2023 hat sich der öffentliche Unmut noch verstärkt. Die Zustimmungswerte für Netanjahus Regierungskoalition sind – anders als bei früheren Kriegskabinetten – auch nach dem Hamas-Überfall nicht gestiegen, sondern auf einen Tiefpunkt gefallen. Nach den ersten sechs Kriegsmonaten kamen Netanjahus Likud-Partei und ihre Koalitionspartner zusammen auf Umfragewerte, die ihnen nur 41 bis 46 der 120 Knessetsitze beschert hätten.

Eine stabile Zweidrittelmehrheit will Netanjahus Rücktritt entweder sofort, spätestens aber bei Kriegsende. Seit über einem Jahr zeigen alle glaubwürdigen Meinungsumfragen, dass die Parteien der ursprünglichen Koalition bei Neuwahlen mindestens zehn Knessetsitze weniger gewinnen würden als die 64 bei der Wahl von 2022. Auch nach den jüngsten Umfragen hätten die Parteien der ursprünglichen Regierungskoalition heute keine Mehrheit mehr. Nicht einmal der zwölfwägige Krieg gegen Iran im Juni, der in der israelischen Öffentlichkeit große Unterstützung genoss, konnte die Popularität der Koalition erhöhen.

Die Gründe für den verbreiteten Unmut über die Regierung sind offensichtlich. Zuallererst ist es ihre wiederholte Weigerung, durch eine Übernahme mit der Hamas die noch gefangenen Geiseln zu befreien. Viele Israelis sind überzeugt, dass die Regierung ohne öffentlichen Druck bereits den ersten Waffenstillstand vom November 2023 abgelehnt hätte. Seit Anfang 2024 gibt es regelmäßig eine Mehrheit der Bevölkerung für ein Abkommen zur Befreiung der verbliebenen Geiseln.

Seit Beginn der Waffenruhe vom Januar 2025 haben sich laut Umfragen des Israel Democracy Institute stets über 70 Prozent für eine Fortsetzung dieser Waffenruhe ausgesprochen, um die Heimkehr weiterer Geiseln zu ermöglichen. Im Juni ermittelte das bei der Hebrew University angesiedelte Institut Agam Labs, dass mehr als drei Viertel der Bevölkerung eine Freilassung aller verbliebenen Geiseln im Gegenzug für eine dauerhafte Beendigung des Kriegs befürworten.

Die große Mehrheit der Israelis empört sich nicht zuletzt darüber, dass die Regierung jede Verantwortung für die Angriffe vom 7. Oktober von sich weist. In einer Umfrage, die ich Ende November 2024 für den liberalen Think-tank Zulat durchführte, sprachen sich 69 Prozent für die Einrichtung einer unabhängigen staatlichen Kommission aus, die das Versagen der Sicherheitskräfte vor und bei den Anschlägen untersuchen soll. Nur 27 Prozent der Befragten würden sich auf eine von der Regierung berufene Untersuchungskommission verlassen. Dieser Prozentsatz ist seither noch gestiegen. Doch nach zwei Jahren Krieg hat die Regierung immer noch keine solche Kommission einberufen.

Weiterer Unmut entzündet sich an dem Umstand, dass ultraorthodoxe Juden vom Wehrdienst in den Streitkräften befreit sind. Eine überwältigende Mehrheit der jüdischen Israelis möchte diese historische Ausnahmeregelung beenden. Die Regierung hat dagegen ein Gesetz auf den Weg gebracht, das die Ultraorthodoxen nur schrittweise und nur zu sehr begrenzten Wehrdienstpflichten heranziehen würde.



Demo für die Befreiung der Geiseln, 26. August

Für die meisten Israelis ist dies ein „Wehrdienstvermeidungsgesetz“, das dieser Gruppe eine dauerhafte und umfassende Befreiung vom Dienst gewähren soll. Nach einer Umfrage des Institute for National Security Studies vom Juli glauben 73 Prozent der jüdischen Israelis, dass ein solches Gesetz der Sicherheit des Staats schadet.

Fürs Erste hat die Regierung die Verabschiedung zurückgestellt, obwohl sie von den religiösen Koalitionspartnern massiv dazu gedrängt wurde. Diese Verzögerung führte im Juli zum Austritt zweier ultraorthodoxer Parteien aus dem Regierungsbündnis. Diese Parteien könnten theoretisch mit der Opposition stimmen, falls es in den nächsten Monaten zu einem Antrag auf Auflösung der Knesset kommt. Damit liegt das Schicksal des Lands nunmehr in den Händen der ultraorthodoxen Parteien, die laut Umfragen lediglich 14 Prozent der Bevölkerung vertreten.

Angesichts des massiven öffentlichen Unmuts könnte man hoffen, dass eine politische Führung nach Netanjahus Abgang dem rechtsextremen Fundamentalismus eine Absage erteilen wird. Doch diese Hoffnung rührt von einer Idealisierung der israelischen Demokratie her, die vor einigen tieferen Wahrheiten über die israelische Gesellschaft die Augen verschließt.

Trotz ihrer wachsenden Abneigung gegen die Netanjahu-Regierung denken durchschnittliche Israelis in vielen grundsätzlichen und langfristigen Fragen nicht wesentlich anders als der Premier und sein rechtslastiges Kabinett. Diese Konvergenz ist kein Zufall: Netanjahu besitzt schon länger eine besondere Sensibilität für die öffentliche Stimmung und versteht diese meisterhaft zu manipulieren.

Dies gilt insbesondere für alle Fragen, die mit Israels Selbstbild als einem permanent existenziell bedrohten Land zu tun haben – ob durch palästinensischen Terror, Iran, den weltweiten Antisemitismus oder seine „inneren Feinde“, die politische Linke oder die arabischen Bürger des Lands.

Ein Beispiel ist die Zweistaatenlösung: Der Premierminister weiß, dass die Mehrheit der Israelis diese Vorstellung ablehnt. Im Juni stellte der Peace Index Survey der Tel Aviv University fest, dass lediglich ein Drittel aller Israelis die Errichtung eines palästinensischen Staats an der Seite Israels unterstützen. Unter den jüdischen Israelis ist der Anteil mit rund 25 Prozent noch geringer.

Wenn sich Netanjahu also allen internationalen Bemühungen zur Verwirklichung eines palästinensischen Staats und jeder Form von echter palästinensischer Selbstbestimmung widersetzt, weiß er dabei eine solide Mehrheit der jüdischen israelischen Wähler hinter sich. Kaum eine wichtige Stimme aus der Opposition wagt ihm zu widersprechen.

Sicherheitspolitische Falken wie der ehemalige Generalstabschef Benny Gantz, der während der ersten acht Kriegsmonate als maßgebender Faktor in Netanjahus „Kriegskabinett“ galt, stehen der Idee einer palästinensischen Staatlichkeit äußerst skeptisch gegenüber. Führende Persönlichkeiten der säkularen Rechten wie Avigdor Lieberman bekämpfen sie offen, und der ehemalige Premierminister Naftali Bennett, der nach Meinungsumfragen von allen Oppositionspolitikern die besten Aussichten hat, positionierte sich in der Vergangenheit rechts von Netanjahu und hat eine Zweistaatenlösung ebenfalls stets abgelehnt.

Die Parteien der Mitte vertreten ganz ähnliche Positionen. Selbst die linkszionistische Partei, die Demokraten, unter der Führung des ehemaligen Generalmajors und stellvertretenden Generalstabschef Jair Golan, verweigern jede Diskussion über einen palästinensischen Staat oder die Zweistaatenlösung. Jair Lapid, der offizielle Kopf der israelischen Opposition und Chef der Mittepartei Yesh Atid, hat diese Frage seit Kriegsbeginn ebenfalls meist gemieden. Dabei war er der letzte Premierminister, der während seiner kurzen Amtszeit 2022 öffentlich eine Zweistaatenlösung befürwortete.



MOSTAFA ALKHAROUF picture alliance/anaolu

Heute treten nur noch die Chefs der arabischen Parteien offen für einen palästinensischen Staat ein. Einer der schärfsten Kritiker Netanjahus, Ayman Odeh vom Wahlbündnis Vereinte Liste, wird nicht mehr für die Knesset kandidieren; dennoch hat die Regierungskoalition im Juli versucht, ihm wegen eines Posts in den sozialen Medien sein Abgeordnetenmandat zu entziehen. Odeh hatte in einer Rede sein Mitgefühl für die israelischen Geiseln und zugleich für palästinensische Gefangene ausgedrückt. Das aber ist in den Augen der Rechten eine moralisch völlig inakzeptable Gleichstellung. Doch obwohl auch sechs Mitglieder der Opposition dem Ausschlussantrag zustimmten, reichte es nicht zur erforderlichen Mehrheit von 90 Stimmen.

Die wachsende Ablehnung einer Zweistaatenlösung ist auch das Resultat einer immer härteren Haltung gegenüber den Palästinensern, die sich nach dem 7. Oktober 2023 herausgebildet hat. Diese Verhärtung resultiert aber auch aus einer feindseligen und negativen Grundstimmung auf beiden Seiten. Das zeigt sich etwa in den Umfragen, die ich lange vor dem Krieg zusammen mit dem palästinensischen Meinungsforscher Khalil Shikaki durchgeführt habe.

Der 7. Oktober hat zweifellos bereits vorhandene extreme Gefühle freigesetzt. Nach dem Überfall der Hamas konnten israelische Minister dazu aufrufen, Gaza zu belagern, auszuhungern, dem Erdboden gleichzumachen, selbst Atombomben einzusetzen. Und die israelische Mainstreammedien haben das horrende menschliche Leid in Gaza nur sehr selten thematisiert. Somit wurde es den Israelis leicht gemacht, sich solchen Bildern zu entziehen – auch wenn man die entsprechenden Informationen in den kritischen israelischen und internationalen Medien und in den sozialen Medien leicht finden kann, wenn man nur will. Im Peace Index Survey vom Januar 2024 – zu dem Zeitpunkt waren bereits mehr als 25 000 Menschen in Gaza getötet worden – teilten 88 Prozent der jüdi-

schen Israelis die Auffassung, zum Erreichen der israelischen Kriegsziele sei die Tötung von Palästinenser:innen gerechtfertigt, wobei nicht zwischen der Zivilbevölkerung und Kämpfern unterschieden wurde.

Auch im Juli 2025, als die Zahl der Toten, von denen gut die Hälfte Frauen und Kinder waren, auf 60 000 zuing, zeigte eine Umfrage, dass immer noch 72 Prozent der jüdischen Bevölkerung Israels die Todesopfer als gerechtfertigt ansahen. Nach derselben Umfrage (Peace Index Survey der Tel Aviv University) befürworteten etwa ebenso viele eine „freiwillige Emigration“ der Bewohner von Gaza. Und eine Mehrheit der jüdischen Befragten sprach sich sogar für eine „Zwangsumsiedlung“ aus.

Nur noch 12 Prozent sehen sich als Linke

Das heißt: Selbst die krassesten von der Regierung vorgeschlagenen Maßnahmen gegen die palästinensische Bevölkerung von Gaza werden von einem beträchtlichen Teil der israelischen Öffentlichkeit unterstützt. Nach einer im Mai 2025 veröffentlichten Erhebung, die Tamir Sorek von der Penn State University durchführte, waren sogar 82 Prozent der jüdischen Israelis für die Vertreibung der Palästinenser aus Gaza.

Die Methoden und Ergebnisse dieser Erhebung wurden von einigen angezweifelt. Doch kurz darauf ermittelte das Israel Democracy Institute in seiner monatlichen Umfrage, dass 77 Prozent der jüdischen Israelis der Ansicht waren, dass man sich nicht um das Leid der Zivilisten in Gaza kümmern solle. 63 Prozent waren sogar gegen jede humanitäre, also auch internationale Hilfe. In der Juli-Umfrage des Instituts gaben 79 Prozent der Befragten an, dass sie „Berichte über Hunger und Leid unter der palästinensischen Bevölkerung in Gaza“ nicht persönlich betroffen machen. Eine weitere Umfrage im Auftrag der Zeitung *Ma'ariv* von Ende Juli brachte zutage, dass 47 Prozent der jüdischen Israelis die Hungersnot in Ga-

za für eine Propagandalüge der Hamas halten.

Laut Peace Index Survey vom Juli dieses Jahres unterstützten 60 Prozent der jüdischen Bevölkerung den Plan von Verteidigungsminister Israel Katz, bei Rafah ein Lager zu errichten, das die zwangsumgesiedelten Insassen nur bei Ausreise in ein anderes Land verlassen dürften.

Zur Einstellung der Bevölkerung gegenüber den Plänen der Regierung für eine vollständige Besetzung des Gazastreifens gibt es noch keine aussagekräftigen Erhebungen. Die Meinungsumfragen lassen jedoch erkennen, dass eine signifikante Minderheit – wenn auch keine Mehrheit – für eine vollständige Annexion „der besetzten Gebiete“ ist. Laut Peace Index Survey vom Juli befürworteten 40 Prozent der jüdischen Israelis eine Annexion und 46 Prozent den Bau jüdischer Siedlungen in Gaza.

Die Verhärtung gegen die Palästinenser spiegelt einen schon seit Langem beobachteten Rechtstrend in der israelischen Gesellschaft wider: Laut einer Umfrage des Israel Democracy Institute vom Juni 2025 definiert sich eine signifikante Mehrheit von 60 Prozent der jüdischen Bevölkerung als rechtsgerichtet. 25 Prozent verorten sich in der politischen Mitte und nur 12 Prozent als linksgerichtet.

Hier zeigt sich eine Entwicklung, die lange vor dem 7. Oktober begonnen hatte. Bereits im Wahlkampf von 2022 sprach kaum jemand – weder die Kandidaten noch die jüdische Öffentlichkeit – über die Palästinenser oder das fast 60 Jahre bestehende israelische Besatzungsregime.

Zu diesem Regime gehörte auch die Kontrolle der Grenzen des Gazastreifens, des Luftraums, der territorialen Gewässer und (gemeinsam mit Ägypten) des gesamten Personen- und Warenverkehrs nach und von Gaza – ein Zustand, den das Internationale Komitee vom Roten Kreuz (IKRK) schon vor dem 7. Oktober als anhaltende Besatzung bezeichnete. Paradoxerweise sorgte sich die israelische Öffentlichkeit, die mit der dauerhaften Militär-

herrschaft über weite Teile der palästinensischen Bevölkerung weitestgehend einverstanden ist, jedoch um den Zustand der israelischen Demokratie.

Auch die vielen Menschen, die 2023 das ganze Jahr über allwöchentlich gegen Netanjahus Justizreform protestierten und mehr Demokratie forderten, haben die gravierendste Bedrohung für die israelische Demokratie – die Militärherrschaft über eine riesige, entrechtete palästinensische Bevölkerung – weitgehend ignoriert.

Im Sommer 2023, auf dem Höhepunkt der Proteste, ergab eine Umfrage, die ich im Auftrag der Alliance for Middle East Peace durchführte, dass 88 Prozent der jüdischen Israelis im Alter zwischen 15 und 21 Jahren überzeugt waren, dass Israel „ein demokratischer Staat sein kann, obwohl Palästinenser im Westjordanland und im (de facto) von Israel kontrollierten Gazastreifen nicht an israelischen Wahlen teilnehmen können“. Mit anderen Worten: Eine überwältigende Zahl junger Israelis wächst mit dem Bewusstsein auf, dass man Millionen auf unbestimmte Zeit ihrer Grundrechte berauben kann, ohne die demokratischen Grundlagen Israels zu gefährden.

Die Demonstranten von 2023 sahen auch keinen Zusammenhang zwischen der Justizreform und den Annexionsplänen der Regierung. Schon während der Proteste wiesen extremistische jüdische Suprematisten, voran der Minister für nationale Sicherheit Itamar Ben-Gvir, die Polizei- und Sicherheitskräfte an, den Siedlern jede Form von Gewalt durchgehen zu lassen oder sie sogar als Instrumente zur Expansion der Kontrolle über die besetzten Gebiete zu behandeln.

Die ständigen Bemühungen der Regierung, das Oberste Gericht und die Generalstaatsanwaltschaft zu schwächen, hatten nicht zuletzt damit zu tun, dass diese Institutionen die neuen Gesetze zur leichteren Vertreibung von Palästinensern und deren Enteignung verhindern oder verzögern könnten. Aus demselben Grund vollzog die Regierung Anfang August den beispiellosen Schritt, die Generalstaatsanwältin Gali Baharav-Miara zu entlassen. Das hat das Oberste Gericht fürs Erste blockiert, aber es hat das Land in eine Regierungskrise gestürzt.

Indem sie die Realität der Besatzung ignorierten, haben auch die wichtigsten israelischen Oppositionsparteien der Erosion der demokratischen Institutionen Vorschub geleistet. Das gilt etwa für die Koalitionsregierung, die zwischen Sommer 2021 und Winter 2022 ohne Netanjahu und die derzeitigen Regierungsparteien an der Macht war. Sie hat zwar versucht, die Lebensbedingungen der Palästinenser durch winzige Korrekturen zu verbessern, jedoch keinen nennenswerten Schritt in Richtung palästinensischer Selbstbestimmung unternommen. Und das, obwohl der damalige Premierminister Lapid vor der UN-Vollversammlung im September 2022 für eine Zweistaatenlösung eintrat.

Jair Golan, der Vorsitzende der linksgerichteten Demokraten, spricht indessen von einer „Separation“, wobei er den Begriff nicht näher de-

finiert. Aber auch über seine Vorstellung einer Trennung zwischen Israelis und Palästinensern spricht der Oppositionspolitiker nur, wenn er danach gefragt wird.

Seit dem 7. Oktober hat sich in Israel ein politischer Konsens durchgesetzt, demzufolge die Existenz des Lands nur militärisch sicherzustellen sei. Und während des Kriegs mit Iran im Juni dieses Jahres gab es überhaupt keine abweichenden Stimmen, sondern nur blinde Unterstützung.

Die Opposition wendet sich auch nur sehr selten, wenn überhaupt, gegen die dauernde Präsenz israelischer Truppen und die Militärschläge im Libanon oder gegen die Bombardierung syrischen Territoriums, die gegen das neue Regime in Damaskus gerichtet ist. Bestenfalls fordert die Opposition, dass Israel die überragenden militärischen Erfolge, die gegen regionale Feinde wie Iran oder die Hisbollah erungen wurden, „diplomatisch abrunden“ müsse.

Die neueste politische Lichtgestalt der Netanjahu-Gegner ist mit Gadi Eizenkot erneut ein ehemaliger Generalstabschef. Wenn Oppositionspolitiker oder Militärs die Gazapolitik der Regierung kritisieren, monieren sie vor allem, dass es an einer klaren Strategie fehle oder dass es der Regierung nicht gelungen sei, anstelle der Hamas eine alternative Kraft aufzubauen. Doch diese Kritik leistet keinen Beitrag zu einer langfristigen Lösung des Konflikts.

Sollte Netanjahu die nächsten Wahlen verlieren, wird sein Sturz unter vielen Israelis im In- und Ausland große Erleichterung auslösen. Und viele würden die Entmachtung der nationalreligiösen Fundamentalisten begrüßen, die keinen Hehl aus ihrer Absicht machen, die gesamte Bevölkerung in Gaza verhungern zu lassen und das Territorium dem israelischen Staat einzuverleiben. Aber es ist unwahrscheinlich, dass eine neue Regierung ernsthafte Fortschritte in Richtung eines dauerhaften, gerechten oder realisierbaren Friedens mit den Palästinensern unternimmt oder auch nur versucht, die dem Konflikt zugrunde liegende Dynamik der Besatzung zu thematisieren.

Stattdessen wird die Situation weiter die expansionistischen Träume in Israel befeuern und zu immer neuen verheerenderen militärischen Eskalationen führen. Solange weder die israelische Öffentlichkeit noch die Welt eine Kursänderung einfordern, werden die Oppositionsparteien weder die visionäre Kraft noch die Führungsstärke aufbringen, die für Israel den Weg zu Frieden, Demokratie und einer grundlegenden und dauerhaften Sicherheit eröffnen könnten.

Aus dem Englischen von Robin Cackett

Dahlia Scheindlin ist Meinungsforscherin, Policy Fellow bei Century International und Kolumnistin bei *Ha'aretz*. Vor zwei Jahren erschien „The Crooked Timber of Democracy in Israel“, Berlin (De Gruyter) 2023.

Dieser Text erschien zuerst auf foreignaffairs.com © 2025 Council on Foreign Relations, publisher of Foreign Affairs. All rights reserved. Distributed by Tribune Content Agency. © für die deutsche Übersetzung LMD, Berlin

ANZEIGE

Das Comic Magazin

STRAPAZIN

September-Ausgabe 160: GUTEN APPEITI!

Köstlicher Humor mit Ruedi Widmer, Rattelschneck, Rudi Hurzmeier, Teresa Habild, Katz und Goldt, Stefanie Sargnagel, Til Mette, Ari Plikat, Hannes Richert, Lawrence Grimm, Stephan Lütolf, Oliver Ottitsch u.v.m.

Bestellen bei: www.strapazin.de · www.strapazin.ch

Das Erdoğan-Paradox

Wie der Autokrat versucht, trotz allem noch Wahlen zu gewinnen

von Jean Michel Morel

Soll er seinen politischen Feinden die Hand reichen – oder sie weiterhin verfolgen? Vor dieser Frage steht der türkische Präsident Recep Tayyip Erdoğan.

In den vergangenen Monaten hat er sich, zumindest was die säkulare Opposition angeht, offensichtlich für die zweite Möglichkeit entschieden, als er den beliebten Istanbuler Bürgermeister Ekrem İmamoğlu von der Republikanischen Volkspartei (CHP) am 19. März verhaften ließ. İmamoğlu wurde nicht nur wegen „Korruption“ und der „Gründung und Leitung einer kriminellen Organisation“ angeklagt, sondern auch wegen „Veruntreuung öffentlicher Mittel“.¹ Ihm wurde sogar sein Universitätsabschluss aberkannt, den er vor 30 Jahren erworben hatte. İmamoğlus Verhaftung löste überall im Land Proteste aus, sowohl in den von der CHP regierten Metropolen als auch in kleineren Städten, die traditionell Erdogans Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung (AKP) zugeneigt sind. Dabei wurden tausende Demonstrierende von der Polizei festgenommen.

Erdogan hat bei alldem die Präsidentschaftswahl im Kopf, die 2028 ansteht – und das entscheidende Hindernis, das seiner Wiederwahl im Wege steht und ihn dazu zwingen könnte, seine autokratischen Bestrebungen zu bremsen: Die türkische Verfassung gestattet dem Präsidenten nämlich nur zwei aufeinanderfolgende Amtszeiten. Erdoğan wurde 2014 gewählt, als erstmals die Direktwahl eingeführt worden war, und 2018 im Rahmen des neuen Präsidialsystems. Vor der Wahl von 2023, die Erdoğan gegen den CHP-Kandidaten Kemal Kılıçdaroğlu gewann, argumentierte der Präsident, dass die Zählung der Amtszeiten durch die Einführung des Präsidialsystems wieder von vorn beginne. Um 2028 noch einmal kandidieren zu können, müsste das Parlament einer erneuten Verfassungsänderung zustimmen.

Dazu gibt es zwei Möglichkeiten. Die erste: Erdoğan müsste drei Fünftel der Nationalversammlung auf seine Seite ziehen, das wären 360 Abgeordnete. Doch bei den Parlamentswahlen von 2023, die gleichzeitig mit der Präsidentschaftswahl abgehalten wurden, konnte die AKP nur noch 268 der insgesamt 600 Parlamentssitze gewinnen. Und ihre Verbündete, die rechtsextreme Partei der Nationalistischen Bewegung (MHP), kam lediglich auf 50 Mandate.

Damit liegen beide Parteien zusammen unter der kritischen Schwelle von 360 Sitzen. Außerdem ist für eine Verfassungsänderung die Zustimmung der Bevölkerung durch ein entsprechendes Referendum zwingend vorgeschrieben. Angesichts einer zweistelligen Inflationsrate (33,5 Prozent im Juli), der kontinuierlichen Abwertung der türkischen Lira in den vergangenen drei Jahren und der heftig umstrittenen staatlichen Repression wäre eine Volksbefragung für Erdoğan allerdings sehr riskant.²

Die zweite Möglichkeit für seine erneute Kandidatur: 400 Abgeordnete (zwei Drittel der Nationalversammlung) stimmten der Verfassungsänderung zu; in diesem Fall bräuchte es kein Referendum mehr. Doch selbst wenn Erdoğan diese Stimmen zusammenbrächte, gäbe es keine Garantie, dass er die Präsidentschaftswahl gewinnt.

Schon 2023 gewann der CHP-Kandidat Kılıçdaroğlu fast 48 Prozent der Stimmen, obwohl er längst nicht so charismatisch ist wie İmamoğlu. In den Reihen der CHP finden sich zudem noch weitere Prominente, die Erdoğan in Schwierigkeiten bringen könnten: etwa Mansur Yavaş, der 2024 wiederge-

wählte Bürgermeister von Ankara, dessen Popularität weit über die Grenzen der Hauptstadt hinausreicht, oder der Parteivorsitzende Özgür Özel, der die CHP zu ihrem Erfolg bei den Kommunalwahlen von 2024 führte, als sich die Partei in wichtigen Großstädten, aber auch in einigen traditionellen AKP-Hochburgen am Schwarzen Meer und in Anatolien durchsetzte.

Die Unsicherheit angesichts der letzten Wahlergebnisse könnte den Präsidenten dazu zwingen, die Unterstützung anderer Parteien zu suchen. Die linke kurdische Partei für Emanzipation und Demokratie der Völker (DEM) kommt in der Nationalversammlung

im Zeichen der Mondsichel vereinen und keinen Unterschied zwischen Türken, Kurden, Arabern, Sunniten und Aleviten machen.³

Nach dieser Erklärung ging MHP-Chef Devet Bahçeli, dessen Partei stets antikurdische Ressentiments geschürt hatte, am 1. Oktober 2024 in der Nationalversammlung auf mehrere DEM-Abgeordnete zu und reichte ihnen demonstrativ die Hand, darunter auch dem Co-Vorsitzenden Tuncer Bakırhan.

Glaubwürdiger wäre die AKP-Regierung allerdings, wenn sie auf die Forderungen der DEM einging, das heißt den Rechtsstaat wiederherstellt, alle politischen Gefangenen amnes-

sen. Laut der Politologin Iris Lambert sind die ehemaligen Kämpfer der Ansicht, dass es ihnen gelungen ist, die kurdische Frage wieder auf die nationale und internationale politische Agenda zu bringen. Nun wollten sie „ihren Kampf für die politischen und kulturellen Rechte der Kurdinnen und Kurden in eine Auseinandersetzung überführen, die fortan auf demokratischem Wege geführt werden kann.“⁴

Öcalan selbst hatte in seiner Botschaft keinerlei Bedingungen gestellt. Das galt jedoch nicht für die restliche PKK-Führung. Sie forderte die Freilassung des Parteigründers oder zumindest Freigang sowie einen rechtlichen

gen für das benachbarte Syrien. Anfang des Jahres bombardierte die türkische Luftwaffe noch die zivile und militärische Infrastruktur der Selbstverwaltung von Nord- und Ostsyrien (Rojava), die von den mehrheitlich kurdischen Demokratischen Kräften Syriens (SDF) kontrolliert wird. Öcalans Aufruf zur Versöhnung bewog die Regierung in Ankara dazu, die Angriffe auszusetzen. Seitdem überfliegen nur noch Drohnen die Region.

Mazlum Abdî, der Oberbefehlshaber der SDF, unterzeichnete im März auf Drängen des Syrien-Sondergesandten der US-Regierung Thomas Joseph Barrack mit der neuen Regierung in Damaskus ein Abkommen, nach dem seine Truppen in die neue Nationalarmee des Landes integriert werden sollen (siehe den Beitrag von Emmanuel Haddad auf Seite 8 f.).

Dennoch ist längst nicht alles geregelt. Die SDF wollen, dass ihre Verbände als solche bestehen bleiben, und weigern sich, ihre Kämpfer einzeln in die syrische Armee zu integrieren. Allein die Auflösung der Frauenverteidigungseinheiten (YPJ), die im Kampf gegen den Islamischen Staat (IS) eine wichtige Rolle spielten, ist für die Kurd:innen unvorstellbar.

Obwohl Erdoğan das zwischen Abdî und Damaskus unterzeichnete Abkommen anerkannt hat, fordert er weiterhin eine Entwaffnung der SDF, was diese ablehnen, weil es immer noch kein offizielles Waffenstillstandsabkommen mit der türkischen Armee gibt und der IS weiterhin im Südosten Syriens angreift – auch wenn die Islamisten nach ihrer Niederlage von 2019 geschwächt sind.⁵

Für den türkischen Präsidenten ist die kurdische Frage unmittelbar mit den Kurden verknüpft, die seiner Wiederwahl im Wege stehen. Will er über 2028 hinaus an der Macht bleiben, muss er erstens die Beziehungen zu den 17 Millionen Kurdinnen und Kurden in der Türkei durch eine Rückkehr zur Demokratie befrieden. Und er muss zweitens den Konflikt mit den kurdischen Nachbarn in Syrien beenden.

Erdoğan und Bahçeli bei den Feierlichkeiten zum Gedenken an die Schlacht von Manzikert, 26. August 2025 MUHAMMED SELIM KORKUTATA picture alliance/Anadolu

auf 56 Abgeordnete. Erdoğan könnte versuchen, die DEM gegen – noch näher zu bestimmende – Zugeständnisse auf seine Seite zu ziehen. Aber auch dann würde er noch nicht über die entscheidende Mehrheit verfügen.

Auch gemeinsam mit den fünf Abgeordneten der islamistischen Neuen Wohlfahrtspartei (YRP) würde es nicht reichen. Alternativ könnte er auf die 29 Abgeordneten der Guten Partei (İYİ) zugehen, eine Formation aus MHP-Disidenten und rechten Ex-CHPlern. Da Meral Akşener, die Parteigründerin, selbst gerne Präsidentin werden möchte, würde sie möglicherweise einer Reform zustimmen, die ihr in Zukunft selbst nutzen könnte.

Doch welche Gegenleistungen könnte Erdoğan den umworbenen Parteien bieten? Es dürfte schwierig sein, gleichzeitig die YRP, die für ein neues Kalifat und die Einführung der Scharia eintritt, und die laizistische, kemalistische İYİ zufriedenzustellen, zumal der islamisch-konservative Präsident das Erbe des Staatsgründers Kemal Atatürk ständig mit Füßen tritt.

Kurdische Politiker:innen wiederum dürften sich nur schwer überzeugen lassen, gemeinsam mit Meral Akşener zu stimmen. Als Innenministerin ließ sie in den 1990er Jahren die Aufstände in der kurdischen Region Bakur brutal unterdrücken, ordnete Umsiedlungen sowie Räumungen von Dörfern durch das Militär an und unternahm nichts gegen die vielen Morde an kurdischen Aktivist:innen und Intellektuellen.

Erdogan wird diese komplizierte Gleichung nur lösen können, wenn er sich dazu durchringt, die „kurdische Frage“ ernsthaft anzugehen. Bereits im August 2024 wies er in diese Richtung: In einer Rede in Ahlat zum Jahrestag des seldschukischen Siegs (im Bündnis mit kurdischen und arabischen Stämmen) über die byzantinischen Truppen im Jahr 1071 sagte er: „Wir werden uns

tiert und Abdullah Öcalan, Gründer der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK), sowie Selahattin Demirtaş⁴ und Figen Yükseskdağ endlich in die Freiheit entlassen würde. Demirtaş war als Kandidat der DEM-Vorgängerpartei HDP (Demokratische Partei der Völker) 2014 gegen Erdoğan angetreten und sitzt wie die ehemalige HDP-Co-Vorsitzende Yükseskdağ seit 2016 im Gefängnis.

Zudem müsste das Innenministerium seine Zwangsverwalter (*kayyum*) aus 16 Städten abziehen und die regulär gewählten kurdischen Bürgermeister:innen wieder ins Amt einsetzen. Auch die Anerkennung der kulturellen und sprachlichen Eigenständigkeit der Kurd:innen, die seit den 2015 unterbrochenen Verhandlungen zwischen der PKK und der türkischen Regierung auf Eis liegt, dürfte nicht länger aufgeschoben werden.

Drei Wochen nach seinem historischen Auftritt im Parlament Anfang Oktober ergriff Bahçeli erneut die Initiative und reichte diesmal Öcalan die Hand: „Wenn der Terroristenführer aus seiner Isolation entlassen wird, soll er im Parlament auftreten. Er soll laut und deutlich sagen, dass endgültig Schluss ist mit dem Terrorismus und seine Organisation aufgelöst wird“, verkündete der MHP-Chef.⁵

Im darauffolgenden Februar forderte der 76-jährige Öcalan, der seit 1999 auf der Gefängnisinsel İmralı inhaftiert ist, tatsächlich die PKK dazu auf, die Waffen niederzulegen. Die Organisation genießt ohnehin nur noch wenig Rückhalt in der kriegsmüden Bevölkerung. Öcalan, der eine türkische Mutter und einen kurdischen Vater hat, sprach schon früher davon, dass die Zeit reif sei für einen „großen Paradigmenwechsel“ und die Wiederherstellung der „brüderlichen Bande“ zwischen Türken und Kurden.⁶

Auf einem Kongress Anfang Mai wurde dieser radikale Kurswechsel von den PKK-Kadern dann auch beschlos-

Rahmen für den Friedensprozess mit allen notwendigen juristischen Garantien für die PKK-Kämpfer. Niemand dürfe verbannt werden, und für alle müsse es eine komplette Amnestie geben.

Am 2. Juni gaben Parlamentspräsident Numan Kurtulmuş (AKP) und die beiden Co-Vorsitzenden der DEM, Tülay Hatimoğulları und Tuncer Bakırhan, zusammen eine Pressekonferenz. Kurtulmuş betonte die Notwendigkeit eines gemeinsamen Engagements aller politischen Kräfte: „Dank der neuesten Erklärungen aus İmralı und der Entscheidung, die Organisation zu entwerfen, stehen wir nunmehr an einem Punkt, an dem die Debatten in der Großen Nationalversammlung der Türkei, dem Herzen der nationalen Willensbildung, weitergeführt werden können. Das ist eine historische Chance.“⁸ Um diesem Versöhnungswillen mehr Substanz zu verleihen, wurde am 5. August ein Parlamentsausschuss für nationale Solidarität, Brüderlichkeit und Demokratie mit dem Ziel gegründet, „den Frieden zu stärken“.

Die politischen Rochaden, die Präsident Erdoğan nach und nach in der Türkei ins Werk setzt, haben auch Fol-

¹ Siehe Günter Seufert, „Erdogans Kalkül“, *LMD*, Juni 2025
² Siehe Ariane Bonzon, „Die Erde bebt und was macht Erdogan?“, *LMD*, März 2023.
³ Anadolu, 25. August 2024.
⁴ Siehe Selahattin Demirtaş, „Wir waren die Zukunft der Türkei“, *LMD*, Juli 2016.
⁵ Lara Villalón, „Turquie. La dissolution du PKK, une décision historique mais un processus imprécis“, *Orient XXI*, 12. März 2025.
⁶ Cathy Dos Santos, „Après l'appel d'Öcalan à déposer les armes, la Turquie doit libérer le chef historique du PKK“, *L'Humanité*, 27. Mai 2025.
⁷ Iris Lambert, „Dissolution du PKK: fin de la lutte ou poursuite par d'autres moyens?“, *Sciences Po*, 22. Mai 2025.
⁸ „Le président du Parlement turc et la délégation du DEM Parti appellent à saisir l'opportunité historique de paix“, *Rojinfo*, 2. Juni 2025.
⁹ Siehe Jean Michel Morel, „Provinzen des Kalifats“, *LMD*, März 2024.
Aus dem Französischen von Sabine Jainski
Jean Michel Morel ist Journalist und Redakteur des Onlinemagazins *Orient XXI*.

ANZEIGE

„Wo Wien wohnt“

ARCH+ 260.
Agency for Better Living

Nur in ARCH+:
Die politische Ökonomie des Wohnens

Jetzt abonnieren –
und verstehen, wie wir wohnen.
archplus.net/abo

Der kleine Aram strampelt in der Luft, sein Vater hält den drei Monate alten Sohn in die Höhe. Es sieht aus, als sei der Kleine angesteckt von der Freude der Menschenmenge, die sich vor dem Grabmal des unbekannten Soldaten auf den Anhöhen von Damaskus versammelt hat. Es ist die Nacht des 3. Juli, die Dunkelheit wird von Lichtstrahlen durchschnitten, hier soll auf einer großen Bühne das neue Nationalwappen Syriens enthüllt werden.

Allein dass man sich so nahe am Präsidentenpalast versammeln kann, ohne dass man Gefahr läuft, verhaftet zu werden, lässt die unglaubliche Aufregung der ersten Tage der Befreiung im Dezember 2024 wieder aufleben, als Baschar al-Assad gestürzt wurde und nach Moskau floh.¹ „Nichts ist ewig, Baschar ist gefallen“, skandiert eine Gruppe junger Menschen.

Dann stimmen sie die neue inoffizielle Hymne Syriens an: „Heb das Haupt, du bist ein freier Syrer.“ Zwei Tage zuvor wurde in Damaskus und anderen großen Städten gefeiert, dass die US-Sanktionen gegen das Land aufgehoben wurden. Ein großes Hindernis für den Wiederaufbau nach 14 Jahren Krieg, Zerstörung und Plünderungen fiel damit weg.

Schließlich ist es so weit: Auf einem riesigen Bildschirm erscheint die „Neue visuelle Identität der Syrischen Arabischen Republik“: ein goldener Adler auf grünem Grund, darüber drei Sterne. Dann folgt die Übertragung der Rede des Übergangspräsidenten Ahmed al-Scharaa, der verkündet: „Die nationale Identität, die wir uns heute geben, steht für ein Syrien, das weder Spaltung noch Teilung akzeptiert.“ Die kulturelle und ethnische Vielfalt sei ein Reichtum und keine Ursache für Konflikte. Drei Tage später streichen die USA die islamistische Rebellengruppe Hai’at Tahrir asch-Scham (HTS), deren Anführer der Präsident einst war, von der Liste der ausländischen Terrororganisationen.

Doch in diesem Land, das sich eben erst aus langer Dunkelheit erhebt, genügt ein einziger Funke, damit das Pulverfass explodiert und alles wieder in Finsternis versinkt.

Ein Angriff bewaffneter Beduinen auf einen drusischen Gemüsehändler auf der Straße zwischen Damaskus und Suweida, der größten Stadt im mehrheitlich drusischen Süden des Lands, führte am 11. Juli zu Zusammenstößen zwischen bewaffneten drusischen Gruppen und Beduinenkämpfern. Als nach drei Tagen Regierungstruppen aufseiten der Beduinen eingriffen, um „die Ordnung wiederherzustellen“, kam es zu einer Reihe von Übergriffen auf Zivilist:innen auf beiden Seiten. Israel nahm dies zum Anlass, erneut militärisch einzugreifen und unter dem Vorwand, die drusische Minderheit zu schützen, Einrichtungen der syrischen Armee bis ins Zentrum von Damaskus hinein zu bombardieren.²

„Die Regierungstruppen haben Wasser und Strom abgestellt, den Zugang zu Nahrungsmitteln abgeschnitten und die Drusen unter Ausschluss der Öffentlichkeit massakriert. Allein auf mein Viertel haben sie fünf Raketen abgeschossen und drei meiner Nachbarn getötet“, erzählte uns am 16. Juli Osama T., ein junger Druse, der aus Suweida geflohen war.

Alle Aussagen, die wir zu dem Gewaltausbruch sammeln konnten, stimmen überein: Der religiöse Hass der Täter steigerte sich teils bis ins Absurde. So wurden 13 Angehörige einer Familie in ihrem Haus „von Mitgliedern des Verteidigungs- und Innenministeriums“ ermordet, wie die Syrische Beobachtungsstelle für Menschenrechte (SOHR) berichtete. „Dabei zählte die Familie Radwane zu den wichtigsten Unterstützern der Revolution gegen das Assad-Regime“, klagt Maxim Abu Diab, ein Aktivist der Zivilgesellschaft.

In den sozialen Medien zirkulieren zahlreiche Videos von Erschießungen, die von den Tätern gefilmt wurden; damit lassen sich zwar die Verbrechen beider Seiten dokumentieren, aber sie schaffen auch ein Klima der Angst und Straflosigkeit. „Ich bin Syrer“, antwortet ein am Boden liegender Mann seinem Henker, der ihn fragt, ob er „Muslim oder Druse“ sei, und ihn dann vor laufender Kamera erschießt.

Innerhalb einer Woche wurden nach Angaben von SOHR 1311 Menschen getötet, darunter drei beduinische und 300 drusische Zivilist:innen, von denen 196 Opfer von Exekutionen wurden. Das Syrische Netzwerk für Menschenrechte (SNHR) verzeichnete mindestens 814 Tote.

Nachdem die USA am 19. Juli einen Waffenstillstand zwischen Israel und Syrien verkündet hatten, rief al-Scharaa die beduinischen Kämpfer zu dessen Einhaltung auf und gratulierte ihnen gleichzeitig zu ihrem „Heldentum“. Er versprach zudem, die Urheber der Gewalttaten gegen das „drusische Volk, das unter dem Schutz und der Verantwortung des Staats steht“, zur Rechenschaft zu ziehen.

Am 31. Juli kündigte das Justizministerium einen Untersuchungsausschuss an, der zu den Gewalttaten in Suweida ermitteln und seinen Abschlussbericht bis Ende September vorlegen sollte. Trotz solcher Gesten leben die Menschen in der Stadt weiterhin im Belagerungszustand: eine kollektive Bestrafung, die an die schlimmsten Zeiten des früheren Regimes erinnert.³

Für viele Syrer:innen symbolisiert dieser Gewaltausbruch – einer von vielen seit Beginn der Übergangszeit – das Ende der Euphorie und die Rückkehr in die bittere Wirklichkeit. Das alte Syrien mit seiner Diktatur und den omnipräsenten Muchabarat, den Geheimdiensten, ist zwar tot, aber das neue will nicht erscheinen. „Der Sturz des Regimes ist nur eine Etappe auf dem Weg, unser Land zurückzuholen“, sagt Sana Yazigi, die 2013 eine Onlineplattform namens Kreatives Gedächtnis der syrischen Revolution gegründet hat, um „freie Meinungsäußerung, Kunst und Kultur in Zeiten von Revolution und Krieg in Syrien zu archivieren“.

Vor neun Monaten war der Optimismus noch überall zu spüren. Der emotionale Aufruhr nach dem Sturz von Diktator Baschar al-Assad war so heftig, da die meisten Syrer:innen bereits jede Hoffnung aufgegeben hatten. Im ganzen Land sah man dramatische Szenen, als Menschen aus dem Exil zurückkehrten und angesichts der sich überschlagenden Ereignisse völlig die Fassung verloren.

Auch Mustafa al-Hadsch fuhr am 15. Dezember aus dem Libanon, wo eine Schule für syrische Geflüchtete leitete, gemeinsam mit seinem Cou-



Suweida während der Kämpfe am 19. Juli MOAWIA ATRASH picture alliance/dpa

Angst vor einer neuen Diktatur in Syrien

von Emmanuel Haddad

sin Giath Richtung Bekaa-Ebene zum Grenzposten von Masnaa, dem wichtigsten Übergang nach Syrien. Auf der syrischen Seite amtierten nun Kämpfer des HTS-geführten Militärbündnisses unter einem zerrissenen Bild des früheren Diktators. Al-Hadsch, gewöhnlich ein kontrollierter Mensch, fiel auf die Knie, riss ein Büschel Gras aus und brach in lautes Schluchzen aus, das er seit 14 Jahren zurückgehalten hatte. „Es ist das erste Mal, dass ich mein Land betrete und es liebe“, sagte er mir, bevor er nach Damaskus weiterfuhr, wo er seit 2011 nicht mehr gewesen war.

Diese Freude wurde damals von der großen Mehrheit der Syrer:innen geteilt. Sie hatten schwer unter dem jahrelangen Krieg gelitten, wie die hohen Geflüchtetenzahlen belegen: 6,2 Millionen Geflüchtete im Ausland (Libanon, Türkei, Deutschland) und über 6,8 Millionen Binnenvertriebene.

Die ersten Signale der neuen Machthaber ließen hoffen, Syrien werde einen friedlichen Übergang anstelle eines neuen Zyklus der Gewalt erleben. Zum einen kam es aufgrund der überstürzten Flucht der Armee, die nach der Niederlage der Hisbollah gegen Israel geschwächt war, nicht zu Bruderkämpfen. Zum anderen richtete al-Scharaa, der seinen Kriegsnamen Abu Muhammad al-Dschaulani abgelegt hatte, beruhigende Reden an die religiösen Minderheiten im Land, die er zu schützen versprach.

Er zeigte auch einen gewissen Pragmatismus, indem er Russland als Schutzmacht des alten Regimes erlaubte, die Marine- und Luftwaffenstützpunkte in Tartus und Hmeimim zu behalten. Seine ersten Schritte als Staatsmann ließen al-Scharaa als kompromissbereiten, flexiblen Politiker erscheinen, der durchaus in der Lage wäre, ein zerrissenes Land auf den Weg der Versöhnung zu bringen. Nachdem Assad und seine Clique gestürzt waren, schien alles möglich.

Doch nach mehr als einem halben Jahrhundert unter der bleiernen Herr-

schaft eines MafiACLANS, der das Land zu einem Narcostaat gemacht hatte,⁴ stehen die Syrer:innen vor einer schwindeleerenden Leere. Und sofort stellte sich die Frage nach dem Schicksal der 136 614 Gefangenen – in der Mehrzahl solche des Regimes. Nach dem Sturz des Diktators eilten Tausende zu den Haftanstalten, um Bruder, Schwester, Vater wiederzufinden, die oft schon seit langer Zeit verschollen waren. Allzu oft blieb die Suche erfolglos.

Die Menschen, die aus den Kerkern befreit wurden, waren ausgezehrt und verstört. Fadel Abdulghany, der Leiter des SNHR, erklärte gegenüber dem Sender Al Jazeera, es handle sich nur um etwa 33 000 kürzlich Inhaftierte. Wo waren die anderen? „Man muss der Realität ins Gesicht sehen“, sagte Abdulghany. „Zwischen 80 000 und 85 000 Verschwundene sind vermutlich unter der Folter gestorben.“⁵

In ihrer Wohnung in Dscharamana, einem Vorort von Damaskus, sagt Madschida Kabdo: „Es geht nicht mehr darum, unsere Angehörigen lebend zu finden, sondern ihre Überreste zu identifizieren.“ Ihr Schwager Mazen al-Hamada war in Sednaya inhaftiert, dem schlimmsten Gefängnis im Folteruniversum der Assads. Wie zahlreiche weitere Gefangene wurde er kurz vor der Befreiung am 8. Dezember erschossen. Kabdo erklärt, sie schätze sich glücklich, dass sie ihren Schwager begraben konnte. „Der Schmerz ist noch heftiger bei denen, von deren Angehörigen jede Spur fehlt. Es ist, als ob sie der Erdboden verschluckt hätte.“⁶ Tausende Angehörige getöteter Gefangener warten auf die Exhumierung der Massengräber im ganzen Land, laut SNHR sollen es davon mehr als 60 geben.

Abu Anas al-Asuak ist nach Daraya zurückgekehrt, der Wiege der Revolution im Süden von Damaskus. Er steht vor dem Nichts: Dort, wo sich früher das Stadtviertel Khalij mit 25 000 Einwohner:innen befand, erstreckt sich eine Schuttwüste bis zum Horizont.

„Hier stand mein Haus, aber ich kann es nicht wiederfinden. Alle Orte aus meinen Erinnerungen wurden zerstört, ausgelöscht, nur weil unser Viertel nah am Militärflughafen Mezzeh liegt“, klagt der Landwirt. Wie er mussten Zehntausende miterleben, wie ihre Häuser von den Regierungstruppen zerstört und geplündert wurden.

Andere Leerstellen dagegen zeugen vom Sieg über die Diktatur. Sämtliche Assad-Porträts an den Hauswänden wurden zerstört oder abgerissen, sein Konterfei sieht man jetzt nur noch auf Socken, die man auf dem alten Bazar in Damaskus kaufen kann. Verschwunden sind auch die Absperrungen, die Damaskus von der lange belagerten Rebellenklave Ost-Ghuta trennten.

Verschwunden ist auch die Angst, aufgrund eines Worts oder Namens „hinter die Sonne gebracht“ zu werden. In Harasta, einem zerstörten Ort in der Oase Ghuta, erzählt uns Malak J., man habe sie fünf Monate lang festgehalten und gefoltert, weil sie es gewagt habe, nach ihren beiden verschwundenen Söhnen zu suchen. Heute ist sie stolz, dass sie dem neuen Präsidenten in seinem Palast davon erzählen konnte: „Er war sieben Jahre in Abu Ghraib im Irak eingesperrt. Er kennt unser Schicksal.“

Doch im Laufe der Zeit, noch bevor die Lage in Suweida eskalierte, kamen erste Zweifel auf. Ist das syrische Volk wirklich so einig, dass es die Zeit nach der Diktatur meistern kann? In Duma, der Hauptstadt von Ost-Ghuta, die von Giftgasangriffen und Fassbomben gezeichnet ist, hat Dschamāl Taha schon sehr früh seine Skepsis zum Ausdruck gebracht. Der Revolutionär der ersten Stunde amüsiert sich über die Porträts al-Scharaas, die heute viele Autos schmücken. Er hegt keinerlei Illusionen angesichts der Leute, die er als „Gemeinschaft der Wendehälse“ bezeichnet.

„Der Mukhtar [Ortsvorsteher] von Duma hatte sich anlässlich der Präsidentschaftswahl von 2021 mit Baschar al-Assad fotografieren lassen. Kaum

LE MONDE *diplomatique*

Was bewegt die Welt?
Abonnieren Sie den
LMd-Newsletter



Hier anmelden:
monde-diplomatique.de/newsletter





war das Regime gestürzt, schrieb er auf Facebook über die Ungerechtigkeiten der Baath-Partei.“

Nach Tahas Meinung haben solche Wendemanöver aber weniger mit Opportunismus zu tun als mit der über 50 Jahre herrschenden Kultur der Angst: „Meine Mitbürger sind reflexartig bereit, sich jedem neuen starken Mann zu unterwerfen. Wir wollen aber keinen ewigen Führer mehr, sondern einen demokratischen Staat mit Wahlen, die alle vier Jahre abgehalten werden. Eine Amtszeit, und dann kommt der Nächste an die Reihe!“

Die martialisch anmutende Konferenz des Siegs der Syrischen Revolution am 29. Januar verstärkte Tahas Befürchtungen zusätzlich. Der zum Übergangspräsidenten ernannte al-Scharaa verkündete die Auflösung des Parlaments und der Baath-Partei sowie die Aufhebung der 2012 verabschiedeten Verfassung.

Am folgenden Tag versprach er in seiner ersten Rede als Präsident, „die Verbrecher zu verfolgen, die syrisches Blut vergossen haben“, und „eine echte Übergangsjustiz“ aufzubauen sowie einen Ausschuss zur Vorbereitung einer Konferenz für nationalen Dialog, um „die verschiedenen Perspektiven auf das zukünftige politische Programm anzuhören“.

Westliche Regierungen und die syrische Bevölkerung zu beruhigen und zugleich die entscheidenden Elemente der Macht in die Hand zu bekommen, das ist ein gewagter Drahtseilakt für einen Mann, dessen Vergangenheit an seiner demonstrativen Mäßigkeit zweifeln lässt. Man habe sogar „die Pflicht, daran zu zweifeln“,⁷ schreibt der Journalist und Schriftsteller Yassin al-Haj Saleh. Er meint, „die linken, liberalen, atheistischen, nicht gläubigen Syrer“ liefen Gefahr, „am Straßenrand stehen gelassen zu werden“. Am 31. Januar startete die von Saleh gegründete Medienplattform *Al-Jumhuriya* eine Petition zur Wahl einer verfassungsgebenden Versammlung.

„Das syrische Volk wird Einschränkungen nur so lange akzeptieren, wie die Begeisterung nach dem Sturz Assads anhält“, warnt Samer Aldeyaei, Mitgründer des Vereins der freien syrischen Anwälte (Free Syrian Lawyers). Er schließt nicht aus, dass aus der Übergangsphase ein neues Ungeheuer hervorgeht: „Ohne einen rechtlichen Rahmen zur Übergangsjustiz und eine Verfassung, die die Bürger:innen schützt, bereitet man eine neue Diktatur vor. Die ersten Signale sind schon da.“ Man müsse sich nur die Konferenz für nationalen Dialog anschauen, meint Aldeyaei: „Die hat nur ein paar Stunden gedauert.“ Diese große, vorgeblich demokratische Versammlung wurde am 24. und 25. Februar abgehalten, aber erst am Vorabend angekündigt, sodass im Ausland lebende Syrer:innen nicht teilnehmen konnten.

Entführungen und willkürliche Hinrichtungen

Den etwa 500 anwesenden Volksvertreter:innen blieb lediglich Zeit, die bereits von den Machthabern vorgegebenen Ziele abzunicken.⁸ Dennoch verkündete die EU am 24. Februar die Aufhebung einiger Sanktionen und Einschränkungen in den Bereichen Energie, Verkehr, humanitäre Unterstützung und Bankgeschäfte.

Es stimmt natürlich, dass al-Scharaa die Legitimität des Befreiers für sich verbuchen kann. Nur wenige Syrer:innen bestreiten, dass er ausreichend Spielraum benötigt, um die zahlreichen wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Herausforderungen eines durch Bürgerkrieg zerstörten Lands anzugehen. Ein Bericht des UN-Entwicklungsprogramms UNDP schätzt Syriens „verlorenes Bruttoinlandsprodukt“ von 2011 bis 2024 auf rund 800 Milliarden US-Dollar; die Infrastruktur liegt in Trümmern, die Banken verfügen kaum über Liquidität, und neun von zehn Einwohnern leben unterhalb der Armutsschwelle.⁹

Der neue starke Mann muss die staatlichen Institutionen auf sauberen Fundamenten neu begründen, ohne die Exzesse der Hexenjagd auf Baath-Anhänger zu wiederholen, die nach der US-Invasion 2003 zum Zusammenbruch des irakischen Staats führten. Dafür muss al-Scharaa Zugeständnisse machen und moderat erscheinen, ohne seine radikalsten Verbündeten gegen sich aufzubringen. Und zugleich muss er eine zersplitterte Armee und ein fragmentiertes Staatsgebiet wieder vereinen und gegen regionale Einmischungen verteidigen.

Die Integration der bewaffneten Gruppen – die eigentlich alle aufgelöst sein sollten – in eine einheitliche Armee bleibt ein schwieriges Unterfangen. Im Nordosten verweigern die Demokratischen Kräfte Syriens (SDF), ein mächtiges, kurdisch dominiertes und von den USA unterstütztes Bündnis, den Anschluss an die neue Armee, wenn ihnen nicht ein gewisses Maß an Autonomie garantiert wird.

Im Süden handeln die drusischen Gruppen auf eigene Faust, wie uns in Suweida Scheich Bassem Abu Fakhr, Sprecher einer Gruppe namens Männer der Würde, erklärt: „Im Februar waren wir schon dabei, die letzten Punkte eines Abkommens zwischen der Regierung und mehreren bewaffneten Dru-sengruppen zu verhandelt, darunter auch die Männer der Würde und die Kämpfer von Scheich al-Hidschri. Aber der hat im letzten Moment einen Rückzieher gemacht.“

Al-Hidschri, einer der drei spirituellen Führer der drusischen Gemeinschaft, suche die Unterstützung Israels, sagt Abu Fakhr, während seine eigenen Leute Tel Aviv als Feind betrachteten. Dennoch könne er al-Hidschris Beweggründe nachvollziehen: „Al-Scharaa hat zwar eine neue Frisur und trägt jetzt Krawatte, aber viele seiner Kämpfer pflegen weiterhin eine rebellische und fundamentalistische Einstellung.“

Wir treffen zwei dieser Kämpfer, Ali M. und Hassan B., im Zentrum von Damaskus: Mit langem Haar und Bart, die Kalaschnikow auf der Schulter, machen sie Selfies vor der Umayyaden-Moschee. Zum ersten Mal seit 14 Jahren spazieren sie durch die Stadt. Sie stammen aus Latakia und haben die gesamte Kriegszeit in Idlib bei der HTS verbracht. Heute sind sie die Gesichter der neuen syrischen Armee. „Ursprünglich habe ich englische Literatur studiert“, erzählt Hassan und versucht zu beruhigen: „Hätte das Assad-Regime nicht so blutig gehandelt, hätte ich niemals zu den Waffen gegriffen. Wir sind nicht die Kopfabschneider, als die uns manche Leute darstellen.“

Die Ereignisse im Westen Syriens lassen indes Zweifel an Hassans Worten aufkommen. Am 6. März begannen loyale Kräfte des alten Regimes mehrere koordinierte Angriffe gegen Militärposten in den Küstenprovinzen Latakia und Tartus. Dadurch hofften sie einen größeren Aufstand der Alawiten zu provozieren – jener Religionsgemeinschaft, der auch der Assad-Clan angehört und die von der neuen Regierung an den Rand gedrängt wurde.

Auch Ali und Hassan waren an der Gegenoffensive der Regierungstruppen gegen die „Relikte des alten Regimes“, wie sie nun offiziell bezeichnet werden, beteiligt. Die Kämpfe dauerten drei Tage, in ihrem Verlauf kam es zu Massakern an Frauen, Kindern und alten Menschen aus der alawitischen Glaubensgemeinschaft.

Nach Angaben des SNHR starben 1034 Menschen, davon mindestens 595 Zivilist:innen und bereits entwaffnete Kämpfer, die von den Sicherheitskräften der neuen Regierung getötet wurden. Am 9. März wurde ein Schweigemarsch zum Gedenken an die zivilen Opfer in Damaskus von Gegendemonstranten angegriffen, die alle Alawiten der Komplizenschaft mit dem alten Regime bezichtigten und zur Gründung eines „sunnitischen muslimischen Staats“ aufriefen.

„Wir erleben einen faschistischen Moment. Nach fünf Jahrzehnten Dik-

tatur nährt die Angst vor dem Unbekannten eher den Racheinstinkt als die Vernunft“, meint Yamine Hussein, den wir im alawitischen Viertel Zahra in der Stadt Homs 140 Kilometer nördlich von Damaskus treffen. Er selbst lebt zurückgezogen, denn in Homs, wo alle Konfessionen vertreten sind, erlebte die alawitische Gemeinde Entführungen und willkürliche Hinrichtungen.

Hussein war ein Gegner des alten Regimes. Er meint, die Opfer von gestern erlügen jetzt der Versuchung, Selbstjustiz zu üben: „Assad hat die Alawiten zu Komplizen der von ihm begangenen Massaker gemacht, während er die Opfer als Terroristen abstempelte. Deshalb fühlen sich die meisten Sunniten heute nicht solidarisch mit ihren alawitischen Mitbürgern, die dann zum Ziel von Übergriffen werden.“

Bei jeder solchen Tragödie wiederholt die Regierung ihr Versprechen, einen Untersuchungsausschuss einzurichten, wie es auch bei den Angriffen und Morden in Latakia und Tartus im März geschah. Kurz darauf kam eine neue Entwicklung hinzu, die den allgemeinen Pessimismus noch verstärkte. Am 13. März unterzeichnete al-Scharaa eine Übergangsverfassung, die die islamische Rechtsprechung als Hauptquelle des Rechts festschreibt, der Präsident selbst erhielt nahezu unbegrenzte Machtbefugnisse bis zur Abhaltung von Wahlen in fünf Jahren.¹⁰

Einige Tage später wurde die Installation einer „Regierung für Wandel und Wiederaufbau“ angekündigt. Dass ihr auch vier Minister aus den Minderheiten der Alawiten, Drusen, Kurden und Christen angehören, werteten viele in Damaskus als Versuch, die despotischen Ansprüche der neuen Machthaber zu verschleiern. Und als der Ausschuss, der die Übergriffe in den Provinzen Latakia und Tartus am Mittelmeer untersuchen sollte, seinen Bericht Ende Juli vorlegte, mutete es wie eine Ironie der Geschichte an, denn gerade erst waren die Gräueltaten an den Drusen in Suweida beendet worden.

Nach monatelangen Ermittlungen zählte der Ausschuss 1 426 Opfer, die meisten davon Zivilist:innen. Er bestätigte, dass an den Ausschreitungen bewaffnete Gruppen der Sicherheitskräfte beteiligt waren. Eine direkte Verantwortung und entsprechende Befehle der Regierung in Damaskus sah der Bericht allerdings nicht. Das hatte wenige Tage zuvor die Nachrichtenagentur Reuters gemeldet.¹¹

Bis heute wurde keiner der Offiziere, die nach Recherchen von Medien und Menschenrechtsorganisationen Übergriffe verübten oder anordneten, strafrechtlich verfolgt. Manche von ihnen wurden sogar befördert. Syrien mag mit einem neuen Nationalwappen die gemeinsame Identität beschwören. Doch von innerem Frieden und Stabilität ist das Land noch weit entfernt.

¹ Akram Belkaid, „Syrien – Souveränität ohne Gewähr“, *LMd*, Januar 2025.

² Angélique Mounier-Kuhn, „Wie Israel in Syrien Fakten schafft“, *LMd*, Januar 2025.

³ Emmanuel Haddad, „Straflos in Damaskus“, *LMd*, Oktober 2017.

⁴ Jean Michel Morel, „Gnadenlos und unerschüttert“, *LMd*, März 2023.

⁵ „Fadel Abdulghany says only 33 000 detainees have been found and freed from Syria's prisons“, Youtube, 13. Dezember 2024.

⁶ Siehe auch: Charlotte Wiedemann, „Hinter einem Vorhang aus Schmerz“, *LMd*, Juni 2025.

⁷ Yassin al-Haj Saleh, „Syrisch, islamisch, nach der Transformation“ (auf Arabisch), *Al-Quds Al-Arabi*, 1. Januar 2025. Auf Deutsch erschien kürzlich: „Darstellung des Schrecklichen. Versuch über das zerstörte Syrien“, Berlin (Matthes & Seitz) 2023.

⁸ „The new Syria: Halting a dangerous drift“, International Crisis Group, 28. März 2025.

⁹ „Accelerating Economic Recovery is Critical to Reversing Syria's Decline and Restoring Stability“, UNDP, 20. Februar 2025.

¹¹ „The constitutional declaration in Syria: exceptional powers for the transitional president and the risks of entrenching authoritarian rule hindering the transition to democracy“, Syrians for Truth and Justice, 9. Juli 2025.

¹² „Syrian forces massacred 1500 Alawites. The chain of command led to Damascus“, Reuters, 30. Juni 2025.

Aus dem Französischen von Sabine Jainski

Emmanuel Haddad ist Journalist.

Israels Interessen

Was werden die Drusen unternehmen? Wird es der neuen Regierung in Damaskus gelingen, diese religiöse Minderheit nach den blutigen Übergriffen doch noch in die Nation zu integrieren, getreu ihrem Motto „Weder Spaltung noch Teilung“? Auf jeden Fall will sie verhindern, dass eine „Bundesrepublik Syrien“ entsteht, über die in den sozialen Medien bereits viel diskutiert wird.

Der drusische Scheich Hikmat al-Hidschri, ein Mann mit weißem Bart, sitzt in seinem Hauptquartier in Qanawat in der Provinz Suweida. Er betrachtet die versöhnlichen Gesten von Präsident Ahmed al-Scharaa lediglich als Fassade. „Israel ist nicht unser Feind. Unser Feind sitzt in Damaskus“, erklärt er mit Nachdruck.

Wir trafen al-Hidschri, wenige Tage bevor im Juli ein Streit beduinischer Kämpfer mit seinen Leuten grausam eskalierte. Bereits im April waren bei Zusammenstößen mit Regierungstruppen in den mehrheitlich drusischen Städten Dscharamana und Sahnaya in der Nähe von Damaskus viele Menschen getötet worden.

Zur Vergeltung flog Israel am 30. April einen Luftangriff auf eine „extremistische Gruppe“ in Sahnaya, die Drusen angegriffen haben soll. Die israelische Strategie zielt darauf, die Drusen, die in Israel als historische Verbündete beim Aufbau des jüdischen Staats gelten, in Syrien auf die Seite Israels zu ziehen.

Obwohl die Mehrheit der syrischen Drusen das militärische Eingreifen Israels verurteilt, werden sie von einem Teil der syrischen Bevölkerung als Verräter betrachtet.

Zudem finden viele Syrer:innen, Israel müsse die wasserreichen Golanhöhen zurückgeben, die 1967 erobert und 1981 annektiert wurden.

Inzwischen führt Israel intensive, durch die USA vermittelte Gespräche mit der neuen syrischen Regierung. Berichten zufolge soll der israelische Minister für strategische Angelegenheiten und Netanjahu-Vertraute Ron Dermer den syrischen Außenminister Asaad al-Schaibani am 20. August in Paris getroffen haben, um über die Sicherheitslage im Süden Syriens zu sprechen.

Übergangspräsident al-Scharaa bestätigte Ende August, man stehe mit Israel in „fortgeschrittenen Verhandlungen“ über ein Sicherheitsabkommen. Israels Außenminister Sa’ar machte allerdings bereits deutlich, dass „in jedem Friedensabkommen der Golan ein Teil des Staats Israel bleiben wird“.

Alles deutet darauf hin, dass Israel ein schwaches Syrien an seiner Grenze wünscht. Direkt am 8. Dezember 2024 besetzte die israelische Armee die Pufferzone auf der syrischen Seite der Golanhöhen – ein Bruch des Truppenentflechtungsabkommens, das die beiden Staaten 1974 geschlossen hatten.

Kurz darauf zerstörte Israels Luftwaffe innerhalb von 48 Stunden rund 80 Prozent der militärischen Kapazitäten seines Nachbarn und begann mit dem Aufbau von Militärposten an der Grenze unter dem Vorwand, die Bewohner:innen der Golanhöhen schützen zu müssen. Dient diese neue Besatzung womöglich dazu, die alte vergessen zu machen? Das vermutet Abu Zein, der in Chan Arnaba am Rand der Pufferzone lebt: „Wenn es zu Verhandlungen kommt, könnten die Israelis durchsetzen, dass es nur um den Rückzug aus der Pufferzone und nicht um die Rückgabe der Golanhöhen an Syrien geht.“

Der israelische Premierminister Benjamin Netanjahu forderte bereits im Februar die „komplette Demilitarisierung des südlichen Syriens“; jetzt nutzt er den Schutz der Drusen als Vorwand, um diesen Anspruch durchzusetzen.

Großbritannien – Ende des Sozialstaats?

► Fortsetzung von Seite 1

Atlee durchgesetzt wurden. Es gehe ihr vielmehr „um die Erhaltung der Welt, die Margaret Thatcher und ihre Nachfolger geschaffen haben“.¹

Eines der Hauptziele von Starmer als Parteivorsitzender war es, eine Partei, die sich von jeher auf die finanzielle Unterstützung ihrer Mitglieder und assoziierte Gewerkschaften verließ, zu einer Partei zu machen, die sich auf Spenden der Reichen stützt. Bei einer Fundraisingveranstaltung im Februar 2024 umwarb Starmer auch Manager von Google und Goldman Sachs. „Jedes unserer großen nationalen Vorhaben trägt auch Ihre Handschrift“, versicherte er ihnen.²

In der Zeit vor den Wahlen mischte sich Starmers Team ständig in die Nominierung der Kandidaten in den Wahlkreisen ein, damit der Parteichef im Unterhaus über eine Fraktion verfügen kann, die seine Vorstellungen umsetzt. Als die neue Labour-Fraktion im Juli 2024 zum ersten Mal zusammentrat, wurde das Ergebnis dieses Auswahlprozesses offensichtlich: Fast jeder oder jede Dritte der neu gewählten Abgeordneten hatte zuvor Lobbyarbeit für eine reiche Klientel geleistet, unter anderem für Glücksspielunternehmen und Immobilieninvestoren.

Das ergab eine Analyse der *Sunday Times* vom 7. Juli 2024: „Die Zahl der Angeordneten aus beruflichen Bereichen wie Unternehmensberatung und Finanz- und Immobilienwirtschaft ist inzwischen höher als die von traditionell mit der Labour-Partei verbundenen Berufsgruppen wie Lehrer, Ärzte oder Angestellte im öffentlichen Dienst. Von den neuen Parlamentsabgeordneten kommen mehr als doppelt so viele aus dem Berufsfeld Lobbying und strategische Kommunikation wie aus der Gewerkschaftsarbeit.“

Die engen Beziehungen zur Welt der Großkonzerne und Wirtschaftslobbys zeigen sich auch in Starmers Regierungsprogramm – ganz wie er es versprochen hatte: Der Premier und seine Schatzkanzlerin Rachel Reeves verfolgen eine Wirtschaftspolitik, die den Wiederaufbau der maroden britischen Infrastruktur bevorzugt Unternehmen wie BlackRock anvertraut, wobei der Privatwirtschaft die Verträge noch mit staatlichen Subventionen und Risikogarantien versüßt werden.³

Eine der ersten Entscheidungen, die Schatzkanzlerin Reeves traf, war die Abschaffung des Heizkostenzuschusses für Rentner im Winter. Im Frühjahr 2025 folgte dann die Ankündigung der größten öffentlichen Ausgabenkürzungen seit der Regierung von David Cameron.⁴ Noch bevor Reeves ihren Haushaltsplan vorlegte, hatte ein Report der Joseph Roundtree Foundation prognostiziert, dass der Lebensstandard sämtlicher britischer Haushalte bis 2030 sinken werde, und zwar bei den niedrigen Einkommensgruppen „doppelt so schnell“ wie bei Haushalten mit mittlerem oder hohem Einkommen.⁵

Am 7. Februar kündigte Liz Kendall, Ministerin für Arbeit und Renten, Einschnitte bei den Sozialleistungen für Behinderte an, um „Leute, die nicht von Stütze leben sollten“, wieder in Arbeit zu bringen.⁶ Nach einer Analyse des Thinktanks Resolution Foundation werden diese Pläne zur Verarmung der Betroffenen führen.

Die Ankündigung des „größten Umbaus des Wohlfahrtssystems seit einer Generation“ löste allerdings eine Rebellion von mehr als hundert Labour-Abgeordneten aus. Daraufhin musste Starmer die wichtigsten Kürzungen zurücknehmen, dennoch stimmten am 7. Juli 2025 immer noch 47 seiner eigenen Abgeordneten gegen das Maßnahmenpaket. Um seine angekratzte Autorität wiederherzustellen, schloss der Labour-Chef sieben Abgeordnete aus der Fraktion aus, die



Keir Starmer und sein neuer Chefberater Darren Jones
SIMON DAWSON avalon/picture alliance/photoshop

er als „unverbesserliche Rebellen“ bezeichnete.

Was die Außenpolitik betrifft, so wollen Starmer und sein Außenminister David Lammy die enge Beziehung zwischen Großbritannien und den Vereinigten Staaten auch unter der Präsidentschaft Trumps aufrecht erhalten. Bereits im Mai 2024 hatte Lammy in einer Rede am konservativen Hudson Institute in Washington seine frühere Kritik an Trump zurückgenommen und ganz auf dessen Linie die studentischen Proteste gegen die Zerstörung Gazas verurteilt. Wobei sich der designierte Außenminister, ein Kind von Einwanderern aus Britisch-Guayana, ausgerechnet auf Nelson Mandelas Unterscheidung friedlicher Proteste von gewalttätigen Ausschreitungen berief.

Seit Lammy das Foreign Office leitet, laviert er zwischen der öffentlichen Meinung in Großbritannien, die die Fortsetzung des Gazakriegs überwiegend ablehnt, und der bedingungslosen Unterstützung Israels, wie sie in Washington vorherrscht. So hat Lammy einige wenige Lizenzen für den Export von Waffen nach Israel aufgekündigt, die Mehrzahl jedoch unangetastet gelassen. Und als eine Gruppe von NGOs gegen die Lieferung britischer Bauteile für F-35-Kampfflugzeuge klagte, erklärten die Anwälte der Regierung im Mai, es gebe keinerlei Belege dafür, dass die israelischen Streitkräfte „absichtlich auf Frauen und Kinder zielen“.⁷

Die große Chance für Nigel Farage

Im Mai 2025 wurde auf einer – nicht öffentlich angekündigten – Feierstunde im British Museum der 77. Jahrestag der Gründung Israels begangen. Den Festvortrag hielt die israelische Botschafterin Tzipi Hotovely. Die britische Regierung wurde von der Ministerin für militärisches Beschaffungswesen, Maria Eagle, repräsentiert, die in ihrer Rede hervorhob, das Vereinigte Königreich habe Israel in „einigen der schwersten Stunden seiner Geschichte“ zur Seite gestanden, nicht zuletzt mit seinen „Aufklärungsflügen über dem östlichen Mittelmeer“.⁸

Eines der Aufklärungsflugzeuge hatte am 1. April 2025 den Augenblick festgehalten, als eine israelische Drohne in Gaza drei britische Entwicklungshelfer tötete. Das Verteidigungsministerium beschied danach den Familien der Opfer, die Aufnahmen könnten aus „Rücksicht auf die nationale Sicherheit“ nicht veröffentlicht werden.⁹

Nur wenige Wochen nach dem Festakt im Museum verbot Starmers Innenministerin Yvette Cooper die Aktivistengruppe Palestine Action,

die Sabotageakte gegen israelisch geführte Waffenfabriken und einen Luftwaffenstützpunkt der Royal Air Force durchgeführt hatte. Damit stellte sie Palestine Action rechtlich auf eine Stufe mit Organisationen wie dem IS oder Boko Haram. Vertreter der israelischen Botschaft hatten bereits seit 2022 auf ein solches Verbot gedrängt.¹⁰

Am 9. August schließlich nahm die Londoner Polizei mehr als 500 Personen fest, die gegen das Verbot von Palestine Action demonstrierten. Die Hälfte der Festgenommenen war über 60 Jahre alt. Die beispiellose Härte dieses Vorgehens und ebenso die weiteren Verbote von Protesten gegen den Genozid in Gaza vermitteln der Regierung Netanjahu die klare Botschaft: Starmers und Lammys Lippenbekenntnisse einschließlich ihrer jüngsten Erklärung, einen nicht existierenden palästinensischen Staat anerkennen zu wollen, sind lediglich Zugeständnisse an die öffentliche Meinung, die Tel Aviv getrost ignorieren kann.

Die Labour-Regierung ist schon mit einem vergleichsweise niedrigen Stimmenanteil an die Macht gekommen; Starmer und sein Umfeld haben mit ihrer Politik die Zustimmung noch weiter sinken lassen, und der Rechts-außen-Partei Reform UK die Chance serviert, den politischen Durchbruch zu schaffen. Noch kommt die Partei des Brexit-Vorkämpfers Nigel Farage in keiner Umfrage auf so viel Wählerzuspruch wie Labour bei den Unterhauswahlen 2024, doch seit Anfang Mai liegt Reform UK in sämtlichen Umfragen 5 bis 7 Prozentpunkte vor der unpopulären Labour Party.

Farage, Gründer und ehemaliger Chef der UK Independence Party (Ukip), hatte im April 2019 die Brexit Party gegründet, die noch bis zum Ende der britischen EU-Mitgliedschaft am 31. Januar 2020 mit 30 Abgeordneten im Europäischen Parlament vertreten war. Nachdem sie sich Anfang 2021 in Reform UK umbenannt hatte, hielt sich Farage von der Parteipolitik fern. Doch zu den Unterhauswahlen von 2024 kehrte er triumphal zurück.

Der neue alte Parteiführer will Reform UK in eine Gefolgschaftspartei nach dem Vorbild der niederländischen PVV von Geert Wilders umwandeln. Bis Februar 2025 hatte seine Partei noch die Struktur eines privaten Unternehmens mit Farage in der Rolle des Hauptaktionärs.

Die Wahl von 2024 brachte für Farage und Reform UK den entscheidenden Durchbruch. Seine früheren Erfolge, die er mit Ukip und der Brexit Party bei den Europawahlen erzielt hatte, verdankte er dem Verhältniswahlssystem. Aber es war ihm nie gelungen, bei den nationalen Wahlen

Winner takes all

Das britische Wahlrecht weist einige Besonderheiten auf. Die wichtigste ist sicherlich das Mehrheitswahlrecht, das „First past the post“-System. Das ganze Königreich einschließlich Nordirland ist in Wahlkreise aufgeteilt, in denen bei Unterhauswahlen jeweils der Kandidat oder die Kandidatin mit den meisten Stimmen den Parlamentssitz gewinnt. Das Prinzip kennen wir auch in Deutschland, allerdings beschränkt auf die Verteilung von Direktmandaten durch die Erststimmen. In Großbritannien gibt es jedoch keine Zweitstimme und damit keinen Ausgleich für die Stimmen der unterlegenen Parteien. Damit privilegiert das System die großen Parteien. Im 19. Jahrhundert wechselten sich noch Liberale (Whigs) und Konservative (Tories) an der Regierung ab; erst mit Einführung des allgemeinen Wahlrechts 1918 und des vollen Frauenwahlrechts 1928 wurde die Labour Party zur wichtigen Kraft. Schottische, walisische und nordirische Regionalparteien haben hingegen kaum Gewicht, außer in seltenen Fällen als Mehrheitsbeschaffer. Das Mehrheitswahlrecht hat den Vorzug, dass es klare Parlamentsmehrheiten schafft. Regierungskoalitionen sind die Ausnahme. Je mehr sich die Opposition in drei oder

mehr Parteien aufspaltet – wie etwa 1983 durch die Abspaltung der SDP von der Labour Party oder im letzten Jahrzehnt durch das Erstarken der rechtsnationalen Ukip, der heutigen Reform UK von Nigel Farage –, kann es zu einem Erdrutschsieg kommen. Wie eben im letzten Jahr, als Labour mit einem Stimmenanteil von lediglich 33,7 Prozent 173 Sitze mehr erringen konnte als die anderen Parteien zusammen.

Eine zweite Besonderheit des britischen Wahlsystems besteht darin, dass der Premierminister den Zeitpunkt für Neuwahlen nach Gutdünken bestimmen kann. Das Unterhaus wird für jeweils maximal fünf Jahre gewählt, aber es steht dem Regierungschef frei, innerhalb dieses Zeitraums die Auflösung des Parlaments und die Ausrufung von Neuwahlen zu beschließen. Ziel des britischen Wahlsystems ist vor allem, solide Regierungsmehrheiten herzustellen und der jeweiligen Regierung Handlungs- und Gestaltungsspielraum zu verschaffen. Dies geschieht um den Preis einer genauen Repräsentation der Wählerstimmen und der Parteivielfalt. Das System stärkt außerdem die Bindung der Wählerinnen und Wähler an ihre lokalen Abgeordneten. **Robin Cackett**

ähnlich gut abzuschneiden, denn unter dem Mehrheitswahlrecht können kleine Parteien nur schwer einen Wahlkreis erobern. Doch im Juli 2024 gewann Reform UK mit 14 Prozent Stimmenanteil erstmals fünf Sitze im Unterhaus.

Farage verfolgt das klare Ziel, die Tories als stärkste Kraft der britischen Rechten abzulösen. Diesem Ziel ist er am 1. Mai 2025 ein gutes Stück näher gekommen, als Reform UK bei den Kommunalwahlen in England sowohl die Konservativen als auch Labour überflügelt hat. Das nächste große Ziel sind die Kommunalwahlen in Schottland und Wales im nächsten Jahr. Der Schatzmeister der Partei hat bereits eine Spendenkampagne begonnen, die vor allem auf reiche Expats zielt, die aus steuerlichen Gründen in Monaco oder in den Golfstaaten leben.

Pläne für eine neue linke Partei

Allerdings ist Farage inzwischen bei Elon Musk, der ihn eigentlich mit 100 Millionen Dollar unterstützen wollte, in Ungnade gefallen, nachdem er einen rechtsradikalen, wegen diverser Straftaten verurteilten Agitator namens Tommy Robison nicht in seine Partei aufgenommen hat. Mit solchen Figuren will Farage nichts zu tun haben, und doch profitiert er von der Stimmung, die Robison und seinesgleichen mit ihren gewalttätigen Aktionen gegen Asylsuchende erzeugen.

Reform UK und Farage propagieren eine grundfalsche Analyse der Probleme des Landes, nach der an allem die Migration schuld ist. Sollte es ihnen gelingen, eine Regierung zu bilden und neue Einwanderungskontrollen einzuführen, würde dies keines der bestehenden Probleme lösen, aber manche noch verschärfen.

Aber einer der Gründe für den Erfolg von Reform UK liegt in dem weitverbreiteten Gefühl, dass vieles im Königreich im Argen liegt und radikaler Reformen bedarf. Weder Labour noch die Konservativen können auf dieses Gefühl eingehen, weil man sie grundsätzlich mit dem Status quo assoziiert.

Hat die Linke dem gescheiterten britischen Modell etwas entgegenzusetzen? Immerhin hat Labour 2017 mit dem seit Langem radikalsten Wahlprogramm einen Stimmenanteil von fast 40 Prozent errungen. Aber dann erwies sich Jeremy Corbyn als unfähig, die Partei durch die Brexit-Krise nach dem Referendum vom Juni 2016 zu steuern. Damit war sein politisches Schicksal als Parteichef besiegelt. Seitdem ist Starmer dabei, alle linken Positionen gnadenlos aus dem Parteiprogramm zu streichen. Seine Entscheidung, Corbyn bei den Wahlen von 2024 eine Kan-

didatur für Labour zu versagen, ist bezeichnend.

Corbyn konnte dann allerdings als unabhängiger linker Abgeordneter seinen Wahlkreis im Norden Londons erneut gewinnen. Inzwischen hat der 76-jährige angekündigt, eine neue Linkspartei zu gründen, gemeinsam mit der 31-jährigen Zarah Sultana, die ebenfalls für Labour im Unterhaus saß, bis sie im Juli 2024 von Starmer aus der Fraktion ausgeschlossen wurde. Corbyn, Sultana und ihre Verbündeten haben die neue Partei noch nicht offiziell aus der Taufe gehoben. Und noch gibt es zahlreiche ungelöste Fragen, vom Namen über die Organisationsstruktur bis hin zum Verhältnis zur Green Party, die bislang die schärfste Konkurrentin aufseiten der Linken war.

Der Rechtsruck der Labour Party unter Keir Starmer hat zweifellos objektiven Bedarf und den politischen Raum für eine solche neue Kraft geschaffen. Während der Ära Blair sind alle Versuche gescheitert, eine linke Alternative zu dessen „New Labour“ aufzubauen, doch mittlerweile ist das britische Parteiensystem viel volatiler als noch vor zwei Jahrzehnten. Deshalb könnte es heute für Labour nicht mehr ganz so leicht sein, eine solche Herausforderung von links abzuwehren.

¹ David Edgerton, „Keir Starmer's bad history“, *Red Pepper*, London, 29. Februar 2024.

² George Parker und Jim Pickard, „Keir Starmer and big business, a love story“, *Financial Times*, London, 15. Februar 2024.

³ James Meadway, „Labour's slippery manifesto offers no end to austerity“, *Novara Media*, 13. Juni 2024; Daniela V. Gabor, „Labour is putting its plans for Britain in the hands of private finance. It could end badly“, *The Guardian*, London, 2. Juli 2024.

⁴ Kiran Stacey, Pippa Crerar und Jessica Elgot, „Reeves to reveal biggest UK spending cuts since austerity in spring statement“, *The Guardian*, 19. März 2025.

⁵ Toby Helm, „All UK families, to be worse off by 2030' as poor bear the brunt, new data warns“, *The Guardian*, 24. März 2025.

⁶ Maya Bowles, „Too many people, taking the mickey' with benefits, work and pensions secretary says“, *ITV News*, 7. Februar 2025.

⁷ Patrick Wintour, „No evidence of genocide in Gaza, UK lawyers say in arms export case“, *The Guardian*, 13. Mai 2025.

⁸ Als Basis für diese Flüge diente die britische Militärbasis Akrotiri auf Zypern; mehrere Anfragen, ob Akrotiri auch von der israelischen Luftwaffe genutzt wird, ließ das britische Verteidigungsministerium unbeantwortet. Siehe auch: Imran Mulla, „Kemi Badenoch, Nigel Farage and Jimmy Carr attend secret Israeli party at British Museum“, *Middle East Eye*, 15. Mai 2025.

⁹ Ali Mitib, „Family of British aid worker killed in Gaza may sue Israel“, *The Times*, London, 1. April 2025.

¹⁰ Haroon Siddique, „Israeli embassy officials attempted to influence UK court cases, documents suggest“ und „Ban on Palestine Action would have ‚chilling effect' on other protest group“ *The Guardian*, 20. August 2023 und 23. Juni 2025.

Aus dem Englischen von Robin Cackett

Daniel Finn ist Redakteur beim Magazin *Jacobin*. © *LMd*, London; für die deutsche Übersetzung *LMd*, Berlin

Von Damaskus nach Tübingen

von Alieren Renkliöz

Im Jahr 2015 kamen fast 1 Million Menschen nach Deutschland. Die meisten von ihnen sind heute erwerbstätig. Was es für eine gelingende Integration in den Arbeitsmarkt braucht.

Die junge Frau von der Ausländerbehörde zeigt auf das Studentenwohnheim in einem Tübinger Außenbezirk: „Hier haben wir anfangs gewohnt“, erzählt Salwa Saada. 15 Quadratmeter für sie und ihre Tochter, ein mit Fremden geteiltes Bad, die Müdigkeit einer Flucht von tausenden Kilometern in den Knochen.

Im September 2015 kam sie mit einem Säugling auf dem Arm in Deutschland an, als Kriegsflüchtling und allein-erziehende Mutter, eine von damals 890 000 Menschen.¹ „Ich hätte nie gedacht, dass ich woanders als in Damaskus leben könnte“, erinnert sich Saada, die in Syrien Jura studiert hatte.

In der ersten Zeit haben Ehrenamtliche ihr Kleidung vorbeigebracht, beim Ausfüllen von Formularen geholfen und sind mit ihr Kaffee trinken gegangen. Nachdem sie Deutsch gelernt hatte, machte sie eine Ausbildung zur Verwaltungsfachangestellten und bekam schließlich eine Stelle als Sachbearbeiterin in der Ausländerbehörde. Heute ist sie Deutsche, und ihre mittlerweile elf Jahre alte Tochter geht aufs Gymnasium. Ob sich noch einmal so viele Freiwillige finden würden? Saada schüttelt den Kopf, die Stimmung im Land sei inzwischen eine ganz andere.

Narrative wie das von „arbeits-scheuen Flüchtlingen, die in die Sozialsysteme einwandern“, dominieren die politischen Debatten über Migration. Die AfD ist mittlerweile zweitstärkste Kraft – eine Partei, die gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit zu ihrem politischen Markenkern gemacht hat. Von der CDU bis hin zu den Grünen versucht man sie von rechts einzuholen und legitimiert so deren rechtsextreme Agenda. Ex-Kanzlerin Merkels Losung „Wir schaffen das“ ist in Verfall geraten. Niemand würde heute angesichts von knapp einer Million Neuankömmlingen begeistert das „nächste deutsche Wirtschaftswunder“ prognostizieren wie damals Daimler-Chef Dieter Zetsche.

Doch lagen die beiden wirklich so falsch? 64 Prozent der 18- bis 64-Jährigen, die damals nach Deutschland kamen, waren 2024 abhängig beschäftigt, 5 Prozent selbstständig. Unternehmensverbände wie die Industrie- und Handelskammer (DIHK) oder Gesamtmetall betonen weiterhin, wie wichtig Migration für den Arbeitsmarkt ist. Schaut man sich die Beschäftigungsquote der 2015 angekommenen Männer an, lag diese 2024 mit 76 Prozent sogar leicht über dem Durchschnitt der männlichen Bevölkerung in Deutschland (72 Prozent).²

Die deutsche Gesellschaft altert. Bis 2036 werden 12,9 Millionen Erwerbstätige das Rentenalter erreicht haben. Selbst wenn die gesamte Alterskohorte zwischen 15 und 24 Jahren nach abgeschlossener Ausbildung erwerbstätig wäre, würde sie nur etwa 8,4 Millionen Erwerbspersonen stellen. Der Informationsdienst des Instituts der deutschen Wirtschaft (IWD) schätzt, dass jedes Jahr mindestens 400 000 Menschen mehr zu- als abwandern müssten, um dieses Defizit auszugleichen.³ Wer nicht daran glaubt, dass KI und Roboter uns alle bald ersetzen werden – ganz abgesehen von der Frage, ob man in einer solchen Gesellschaft überhaupt leben möchte –, muss sich konstruktiv mit dem Thema Migration auseinandersetzen und kann aus den Erfahrungen der vergangenen zehn Jahre lernen:

Was hat Geflüchteten auf ihrem Weg in den deutschen Arbeitsmarkt geholfen, und was hat sie dabei behindert?

Salwa Saada vergibt heute selbst Aufenthaltstitel. Sie hat einen prüfenden Blick, und man fragt sich, wie streng sie wohl als Sachbearbeiterin ist. Der wichtigste Schritt, erzählt sie, sei für sie das Deutschlernen gewesen. Doch damit musste sie warten, bis ihre Tochter zwei Jahre alt wurde und einen Kitaplatz bekam. Den Fehler, nicht auf Deutschunterricht in der Breite zu setzen, den man bei den sogenannten Gastarbeiter:innen in den 1950er und 1960er Jahre machte, hat man vor zehn Jahren nicht wiederholt. Seit 2015 haben knapp 2,5 Millionen Geflüchtete⁴ etwa 155 000 Integrationskurse besucht.

Die schnelle Anerkennung eines Asylantrags beschleunigt laut einer Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) später die Aufnahme einer Erwerbstätigkeit. Je länger sich hingegen ein Asylverfahren hinzieht, desto später werden Geflüchtete

Die Zahl der Auszubildenden lag in der Gesamtrepublik 2010 bei 1,5 Millionen, 2023 war sie auf 1,2 Millionen gefallen.⁶ Vor allem junge Deutsche machen immer seltener eine Ausbildung, bei ausländischen Staatsangehörigen hingegen stieg die Zahl der Azubis zwischen 2015 und 2023 um 54 Prozent.

Als er die Entscheidung traf, gezielt Geflüchtete einzustellen, habe er zuallererst seine Belegschaft überzeugen müssen, erzählt Temps. „Warum holen wir uns diesen Flüchtling in den Betrieb?“, habe sich einer beschwert. Daraufhin habe er eine Versammlung einberufen: „In zehn Jahren sind circa 15 Prozent von euch im Ruhestand. Wenn wir nicht genug neue Mitarbeiter einstellen, wird das Unternehmen schrumpfen, und dann müssen wir Mitarbeiter in der Verwaltung entlassen“ – ein schlagendes Argument. So würde er es am liebsten auch mit dem Rest des Landes machen: „Man muss die Leute überzeugen, dass Migration erforderlich ist. Dann muss man die richtigen Wege finden und entwickeln.“



Angestellter aus Eritrea in einem Stuttgarter Betrieb SEBASTIAN GOLLNOW picture alliance/dpa

nach ihrer Anerkennung erwerbstätig. So senkt ein um sechs Monate verlängertes Asylverfahren die Übergangsrate in die Erwerbstätigkeit um 11 Prozent.⁵ Die Unsicherheit, jeden Tag abgeschoben werden zu können, schränkt die Selbstwirksamkeit von Menschen nachhaltig ein.

Schon 2016 gründete die DIHK das Netzwerk Unternehmen integrieren Flüchtlinge (Nuif). Damals stand für viele Betriebe vor allem diese Frage im Raum: „Dürfen wir den Kandidaten überhaupt einstellen?“, berichtet Marlene Thiele vom Nuif. Mittlerweile sind in dem Netzwerk mehr als 4600 Firmen organisiert. Der Informationsaustausch zwischen großen und kleinen Betrieben sei wichtig gewesen, so Thiele. Die großen hätten mehr Ressourcen und häufig eine eigene Rechtsabteilung. Kleinere Unternehmen seien wiederum beweglicher und könnten schneller neue Konzepte ausprobieren.

Ulrich Temps blickt auf den Betonrohbau in seinem Geburtsort Neustadt am Rübenberge, die neue Firmenzentrale für seinen Malerbetrieb. Bald werde er die Leitung abgeben: „Ein potenzieller Nachfolger wird schon auf den Job vorbereitet“, sagt er. Auch sonst denkt er viel an die Zukunft. Rund 50 Azubis mit Fluchthintergrund haben seit 2019 in seiner Firma eine Ausbildung gemacht; dagegen seien immer weniger junge Leute, die in Deutschland aufgewachsen sind, noch bereit, körperliche Arbeit zu verrichten, sagt Temps.

Ein Industrieparkplatz in Hannover: Zwei Mitarbeiter der Firma Temps stehen in ihren weißen Maleranzügen auf einem Gerüst. Ausgestattet mit Rollpinseln, malen sie ein Logo auf die Fassade. Dieter (Name geändert) blickt nach oben zu seinen Kollegen und erzählt, dass es schon mal zu Reibungen komme, wenn jemand die Sprache nicht richtig spreche. „Dann kannst du halt nicht einfach hier unten stehen und sagen, dass was weiter nach links muss oder dass der Finger da nicht richtig ist.“ In solchen Situationen müsse er oft Dinge wiederholen, manchmal auch selbst hoch, um es vorzumachen. „Dann fragt sich der Chef, warum etwas noch nicht fertig ist.“ Guter Wille lässt Probleme nicht verschwinden, doch er schafft Raum, um an ihnen zu arbeiten.

Wie sieht die Integration im Malerbetrieb Temps konkret aus? Wichtige Stütze ist das Programm „Ausbildung Plus“, womit migrantische Auszubildende auf dem Weg zum Facharbeiterabschluss begleitet werden. In allen drei Lehrjahren besuchen sie neben der Berufsschule einmal pro Woche das betriebsinterne Schulungszentrum. Um eine Ausbildung zu beginnen, sind ein Schulabschluss und Deutschkenntnisse keine zwingenden Voraussetzungen, stattdessen werden Azubis mit geringen Deutschkenntnissen für den betriebsinternen Sprachkurs freigestellt. Unterrichtet werden sie von pensionierten Lehrer:innen. Erhebungen des

Bundesministeriums für Arbeit und Soziales zeigen, dass solche Berufssprachkurse die Aufnahme einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung wahrscheinlicher machen.⁷

In Tett nang im Bodenseekreis hat der Outdoorausrüster Vaude seinen Sitz. Die Unternehmerin Antje von Dewitz begann früh, Geflüchtete in den Betrieb zu integrieren. Doch weil zwischenzeitlich fast alle von Abschiebung bedroht waren, gründete sie gemeinsam mit anderen Unternehmern die Initiative Bleiberecht durch Arbeit.

„Unternehmen wurden von der Politik dazu aufgefordert zu integrieren, und dann wurden die integrierten Leute abgeschoben – das war für uns völlig paradox.“ Die Initiative habe in Baden-Württemberg erreicht, dass die Verwaltungspraxis geändert worden sei, und sie habe sich in die Debatte um das Gesetz zur Beschäftigungsduldung eingeschaltet, das Anfang 2020 bundesweit in Kraft trat. So habe man bei Vaude Abschiebungen verhindern können – bis Februar dieses Jahres.

Noch am Morgen habe man mit dem Mitarbeiter aus Nigeria gesprochen, der bei Vaude einen unbefristeten Arbeitsvertrag hatte. Der Personaler Georg Müller erzählt: „Er war sehr optimistisch, denn alles sah gut aus, nur noch ein Sprachzertifikat fehlte.“ In der Nacht wurde er abgeschoben, mit seiner Frau und drei Kindern.

„Wir haben daraufhin versucht, die Abschiebung auf rechtlicher Ebene zu stoppen, und uns um politische Unterstützung bemüht“, erzählt Müller. Doch das Abschiebeflugzeug startete. Er erinnert sich an einen Videocall: Die Familie, die verwirrten Kinder in Nigeria – „das hat uns kalt erwischt“.

Von Dewitz fordert eine schnellere Klärung des Aufenthaltsstatus, um langjährige Duldungen zu vermeiden. So wäre frühzeitig entschieden, ob jemand eine echte Chance hat. Während die Zahl der Asylanträge seit 2023 kontinuierlich sinkt, ist die Zahl der Abschiebungen gestiegen.⁸ Anders als oft von rechten Politiker:innen und Medien behauptet, handelt es sich dabei in vielen Fällen nicht um Straftäter. Bisher konnte eine Duldung oft eine Abschiebung verhindern. Seit im Februar 2024 das neue Rückführungsgesetz in Kraft getreten ist, werden nun aber auch Menschen abgeschoben, „die gut integriert, erwerbstätig und nicht vorbestraft sind“, schreibt das Deutsche Institut für Demokratie und Entwicklung.⁹

Der Theatermacher und Jugendpädagoge Tareq Alwawi, der 2015 als syrischer Geflüchteter nach Deutschland

kam, erzählt, dass die ständige Angst, abgeschoben zu werden, Menschen so sehr belaste, dass sie die Motivation für viele Dinge verlieren. Mit Workshops versucht er die Selbstwirksamkeit von geflüchteten Kindern und Jugendlichen zu fördern. Die Autorin Ursula Krechel beschreibt in ihrem Essay „Vom Herzasthma des Exils“, wie solche andauernden Zustände existenzieller Unsicherheit zu Krankheiten und seelischem Schmerz führen können, und findet klare Worte: „Ein Nein zur Migration ist ein Ja zum Rassismus.“¹⁰

Ein gambischer Geflüchteter berichtete, dass er mehrere Jahre bei einem Friseur in Ausbildung war, der ihn sexuell belästigte. Doch er habe den Job nicht kündigen können. „Es war schon schwer genug, den Platz zu bekommen“, sagt er und blickt schüchtern unter seinem Käppi hervor. Weil seine Duldung an den Ausbildungsplatz geknüpft war, musste er die Situation ertragen. Dabei gäbe es eine einfache Lösung: Man legalisierte den Status aller Migrant:innen, die derzeit hier leben. Dann lebten die Menschen nicht in ständiger Angst und hätten es dadurch leichter, sich zu integrieren.

Menschen sollten nicht nur bleiben dürfen, weil sie „nützlich“ sind, sondern weil es jedem freistehen sollte, dort zu leben, wo man will. Unternehmer wie Ulrich Temps oder Antje von Dewitz stehen für eine Rationalität, die man in der Politik vermisst. Doch ein abgeschobener Azubi ist ersetzbar, ein Unternehmen verkraftet das; schließlich gibt es auch Abbrecher unter Nichtgeflüchteten. Hinter jeder Abschiebung steht aber ein Mensch, dessen Hoffnungen und Anstrengungen auf einen Schlag vernichtet werden.

In Tübingen läuft Salwa Saada an einem Spielplatz vorbei: „Hier hat meine Tochter früher oft gespielt. Das war praktisch, ich konnte sie vom Fenster aus sehen.“ Es macht sie wütend, dass in der Politik meist nur von Straftätern gesprochen wird: „Dieses Land hat uns aufgenommen, dafür bin ich sehr dankbar. Doch was wir für Deutschland leisten, muss auch gesehen werden.“

„Wenn sie jetzt wirklich anfangen, nach Syrien abzuschieben, dann sollten alle Syrer, die hier arbeiten, streiken“, sagt sie. Das könnte ein Erfolg versprechendes Unterfangen sein. Als Friedrich Merz im Dezember 2024, wenige Tage nach dem Sturz des Assad-Regimes, diese Debatte startete, war die Pflegebranche eine der ersten, die anmerkte, dass das deutsche Gesundheitssystem nicht auf die syrischen Arbeitskräfte verzichten könnte.

Braucht es also einen Geflüchtetenstreik, um zu demonstrieren, wie wichtig Migration ist?

¹ „Migrationsbericht 2015“, Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, 14. Dezember 2016.

² Herbert Brückner, Philipp Jaschke und Yuliya Kosyakova, „10 Jahre Fluchtmigration 2015: Haben wir es geschafft? Eine Analyse aus Sicht des Arbeitsmarktes“ (IAB-Kurzbericht 17/2025), Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, 25. August 2025.

³ „Deutschland braucht mehr ausländische Fachkräfte“, IWD, 30. Oktober 2024.

⁴ Presseanfrage ans Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Bamf) am 4. August 2025. Genaue Anzahl der Teilnehmer: 2 458 000.

⁵ Hanna Brenzel und Yuliya Kosyakova, „Geflüchtete auf dem deutschen Arbeitsmarkt: Längere Asylverfahren verzögern Integration und Spracherwerb“ (IAB-Kurzbericht 6/2019), 12. März 2019.

⁶ „Zahl der Auszubildenden“, Statistisches Bundesamt, Stand: 14. November 2024.

⁷ „Evaluation der berufsbezogenen Deutschsprachförderung nach § 45a AufenthG. Abschlussbericht Option“, BMAS, Februar 2025.

⁸ Siehe „Asylanträge in Deutschland“, Bundeszentrale für politische Bildung (bpb), 1. August 2025; sowie „Abschiebungen in Deutschland“, bpb, 14. März 2025.

⁹ „Abschiebung ohne Vorwarnung: Integration, Arbeit und der menschliche Preis in Deutschland“, Deutsches Institut für Demokratie und Entwicklung, 28. Juni 2025.

¹⁰ Ursula Krechel, „Vom Herzasthma des Exils“, Stuttgart (Klett-Cotta) 2025.

Hilflose Autokraten

Die Militärjuntas im Sahel bekommen die Gewalt nicht in den Griff

von Nina Wilén

Zwölf Jahre nach der französischen Militäroperation „Serval“ in Mali nimmt die Unsicherheit in der Sahelzone wieder zu.¹ Weder die 5100 Soldaten, die von Frankreich und seinen Verbündeten im Rahmen der Operation „Barkhane“ (2014–2022) mobilisiert wurden, noch die 13 000 UN-Blauhelme oder die vier seit 2014 eingesetzten EU-Missionen konnten die immer tödlichere Gewalt stoppen.

Eine Welle von Putschen (Mali 2020 und 2021, Burkina Faso 2022, Niger 2023) hat Militärdiktaturen an die Macht gebracht, die zwar miteinander kooperieren, aber ineffizient im Kampf gegen die Unsicherheit sind. Ihr Versprechen, den Frieden und die staatliche Autorität wiederherzustellen, konnten sie nicht einlösen.

Erst Anfang Juli verübte die mit al-Qaida verbundene Gruppe zur Unterstützung des Islam und der Muslime (Groupe de soutien à l’islam et aux musulmans, GSIM) sieben Anschläge im Westen Malis nahe der Grenzen zum Senegal und zu Mauretanien. Dieselbe Organisation hatte schon im vergangenen September bei zwei kaltblütigen Überfällen an nur einem Tag in Bamako 70 Sicherheitskräfte in der Akademie der Gendarmerie getötet und die Präsidentenmaschine auf dem Militärflughafen zerstört. Es war der erste Angriff in der malischen Hauptstadt seit fast einem Jahrzehnt. Solche Aktionen zeigen, wie frei sich die islamistischen Gruppen durch den Sahel bewegen können und wie koordiniert sie inzwischen vorgehen.

Die Gefahr tödlicher islamistischer Anschläge hat in den vergangenen zehn Jahren überall in Afrika zugenommen, besonders signifikant jedoch in der zuvor relativ sicheren Sahelregion. 2024 kamen hier 11 200 Menschen bei terroristischen Anschlägen ums Leben, das ist eine Verdreifachung der Opferzahlen gegenüber 2021. Außerdem haben staatliche Sicherheitskräfte und deren russische Partner vom Afrikakorps (vormals bekannt unter dem Namen Wagner-Gruppe) weitere 2430 Zivilisten getötet.²

Die beiden größten islamistischen Gruppen in der Region, die GSIM und der Islamische Staat Provinz Sahel (OEI Sahel), machen sich die Unzufriedenheit der Bevölkerung mit ihren Regierungen zunutze, denen es weder gelingt, für eine Basisversorgung und Schutz zu sorgen, noch, die Konflikte um Landbesitz einzudämmen.³

Seit der Installation der Militärdiktaturen haben die Islamisten noch an Macht hinzugewonnen. Die GSIM hat sich über ihre traditionellen Hochburgen in Nord- und Zentralmali hinaus nach Westen und Süden und in die Nachbarländer, insbesondere Burkina Faso und Niger, ausgebreitet. Beide Gruppen haben sich mit der Zakat, der religiösen Almosengabe, eine nicht zu unterschätzende Finanzquelle erschlossen. Sie gehen allerdings unterschiedlich damit um: Bei der OEI ist es pure Erpressung, die GSIM verteilt tatsächlich einen Teil des Gelds an die Ärmsten der Armen.

Wie sehr sich diese Gruppen in den drei Ländern ausgebreitet haben, zeigt sich an den zahlreichen Angriffen auf Sicherheitskräfte und Zivilisten. Besonders betroffen ist Burkina Faso, wo sowohl Islamisten als auch regierungsnahen Milizen gezielt Zivilisten ermorden – als Vergeltung für die angebliche Unterstützung der gegnerischen Seite. Der tödlichste Angriff in der Geschichte des Lands – mit je nach Quelle zwischen 130 und 600 Toten – ereignete sich im August 2024 in Barsalogho im Norden des Lands, als die GSIM Einwohner massakrierte, die von der Armee gezwungen worden waren, zur Verteidigung der Stadt Gräben auszuheben.

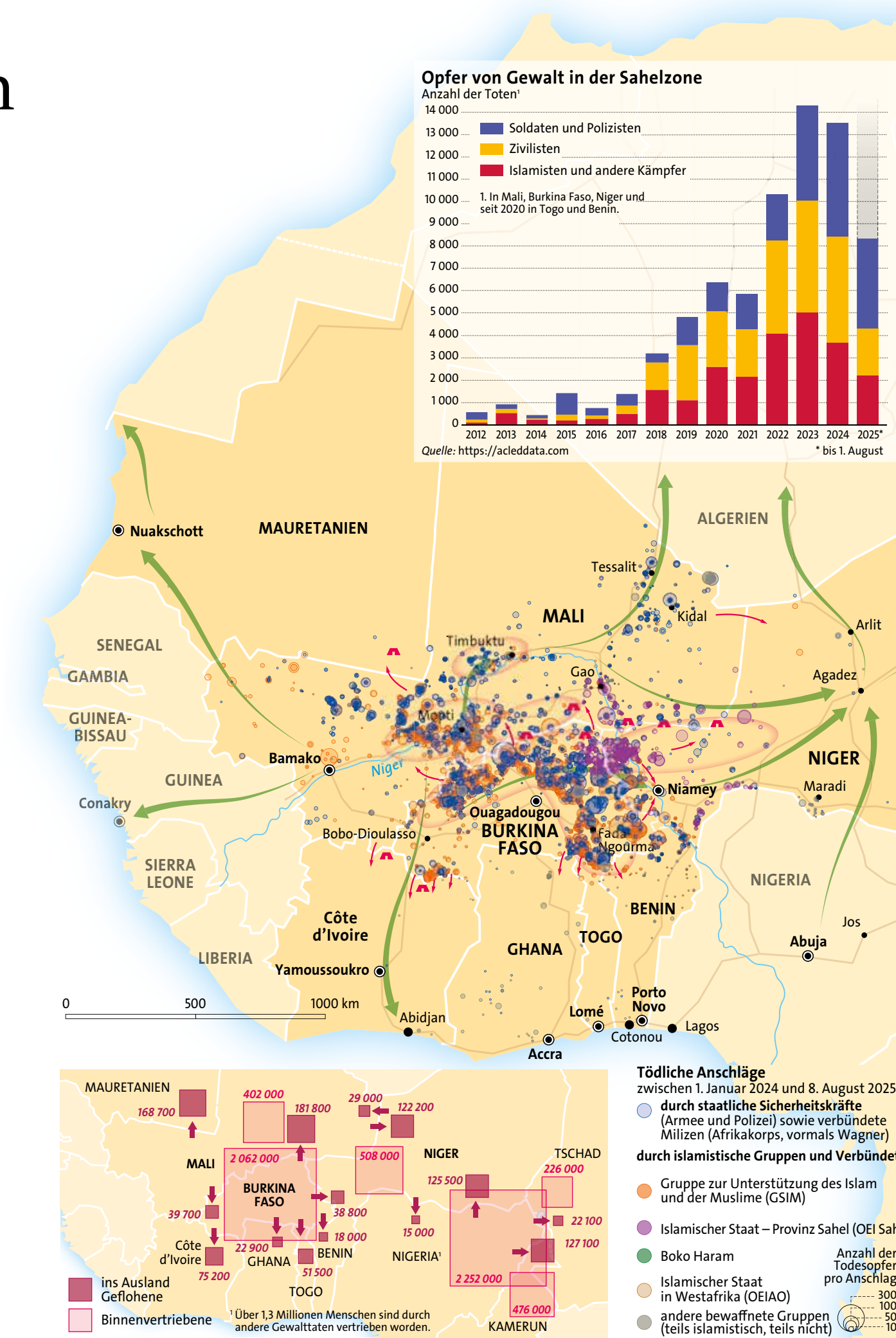
Auch Niger erlebt seit dem Militärputsch im Juli 2023 eine deutliche Zunahme islamistischer Gewalt. Mit 930 Toten, 94 Prozent mehr als im Vorjahr, verzeichnete das Land 2024 den weltweit höchsten Anstieg an Terroropfern.⁴ Die Zahl der Angriffe gegen das Militär hat sich in den ersten neun Monaten des Jahres 2024 gegenüber dem Vorjahr ebenfalls fast verdoppelt.⁵

Zwei große Operationen des Islamischen Staats im Sahel im Juni 2025 veranschaulichen diese Entwicklung: eine gegen einen Militärstützpunkt in Banibangu (mehr als 30 tote Soldaten), die andere gegen betende Zivilisten in Manda (mindestens 70 Tote). Jedes Mal erbeuteten die Angreifer große Mengen an Waffen und Ausrüstung – so viel, dass sie die Überschüsse weiterverkaufen können, um ihre Expansion zu finanzieren.

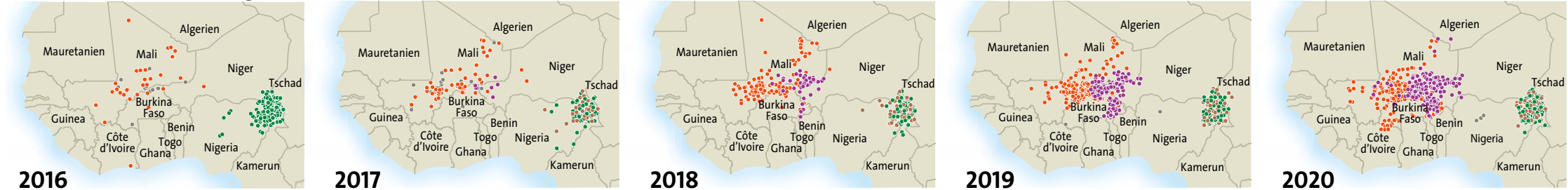
Trotz ihrer Zusage, die verfassungsgemäße demokratische Ordnung schnell wiederherzustellen, blieben alle Militärregierungen im Amt. Die ursprünglich versprochene kurze Übergangsphase zieht sich in allen drei Ländern in die Länge; die einzelnen Schritte für eine Übergabe an eine zivile Regierung wurden einer nach dem anderen gestoppt. In Niger wurde erst gar kein offizieller Zeitplan bekannt gegeben. Stattdessen wurde General Abdourahamane Tiani nach einem „nationalen Dialog“ für fünf Jahre als Präsident eingesetzt – mit Option auf Verlängerung. Derweil lebt das rechtmäßig gewählte Staatsoberhaupt Mohamed Bazoum mittlerweile schon seit über zwei Jahren in zwei fensterlosen Zimmern im Präsidentenpalast.⁶

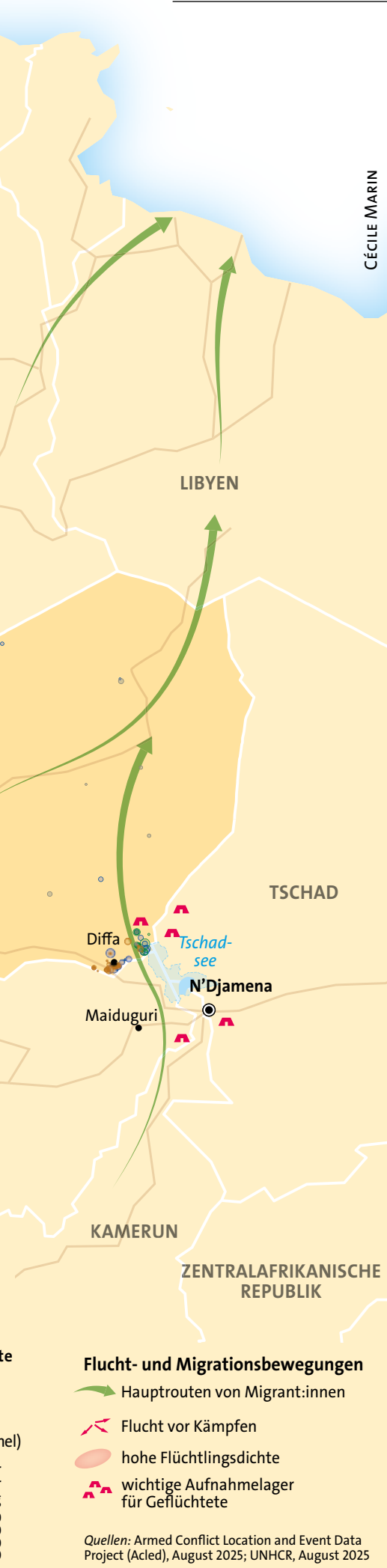
In Mali stehen Wahlen offiziell zwar auf der Agenda – es ist sogar ein Haushaltsposten dafür vorgesehen –, doch das Warten darauf ist sinnlos. Im Juli wurde General Assimi Goïta vom Übergangsparlament für weitere fünf Jahre als Präsident bestätigt – ohne Wahlen. Sein burkinischer Amtskollege, Hauptmann Ibrahim Traoré, verlängerte im vergangenen Jahr die Übergangsfrist auf 60 Monate. Nun sind Wahlen für 2029 angesetzt. Da politische Parteien in allen drei Ländern verboten sind, ist es allerdings fraglich, wie aussagekräftig diese Wahlen wären, sofern sie denn überhaupt stattfinden.

Alle drei Militärregierungen nutzen die gleichen Hebel, um ihre Macht zu stärken: eine autoritäre Regierungspraxis mit Unterdrückung jeglicher Oppo-



Islamistische Anschläge (2016–2025)





Flucht- und Migrationsbewegungen

- Haupttrouten von Migrant:innen
- Flucht vor Kämpfen
- hohe Flüchtlingsdichte
- wichtige Aufnahmelager für Geflüchtete

Quellen: Armed Conflict Location and Event Data Project (Acled), August 2025; UNHCR, August 2025

de für die AES auch noch eine gemeinsame Truppe aufstellen.

Russland, zu dem auch zuvor schon Beziehungen bestanden, hat sich nach den Putschen als zentraler militärischer Akteur etabliert, sowohl durch bilaterale Partnerschaften als auch durch diplomatische Unterstützung der AES. Seit 2021 kämpften zudem russische Söldner der Wagner-Gruppe an der Seite der malischen Streitkräfte gegen islamistische und separatistische Gruppierungen, wobei sie nicht vor Entführungen, Folter und zahlreichen Massenhinrichtungen von Zivilisten zurückschrecken.

Im Juni 2025 wurde die frühere Wagner-Truppe durch das zwei Jahre zuvor gegründete Afrikakorps ersetzt, das im Gegensatz zu den Wagners direkt dem russischen Verteidigungsministerium unterstellt ist. Kleinere Kontingente wurden Anfang 2024 auch nach Burkina Faso und Niger entsandt, um dort Soldaten auszubilden, die Sicherheitsdienste zu reformieren, aber auch die Militärregierungen zu schützen. Darüber hinaus erklärte Russland im Januar 2025, dass es der neuen gemeinsamen AES-Truppe mit Ausbildung und Ausrüstung unter die Arme greifen werde – ein starkes Signal der Unterstützung für die neue Regionalorganisation.

Dabei kommt es allerdings gelegentlich zu herben Rückschlägen. Am 13. Juni 2025 erlitt das Afrikakorps in der malischen Ortschaft Anoumalane eine schwere Niederlage gegen die Rebellen der Azawad-Befreiungsfront (Front de libération de l’Azawad, FLA). Die FLA ist ein Zusammenschluss bewaffneter Tuareg, die seit Jahren für einen Separatstaat Azawad im nördlichen Teil Malis mit den Regionen Timbuktu, Gao und Kidal kämpfen. Und am 1. August bekannte sich die GSIM zu einem Anschlag in der Nähe der Stadt Tenenkou, bei dem Dutzende russische Söldner und malische Soldaten ums Leben gekommen sein sollen.¹⁰

Ein weiterer wichtiger Player in der Sahelzone ist China, das hier die gleiche Strategie verfolgt wie auf dem übrigen Kontinent: durch Investitionen in die Wirtschaft und die Förderung von Rohstoffen langfristig Fuß zu fassen. Jedoch stößt es damit regelmäßig auf Hindernisse. So ist in Niger der Bau der Pipeline Agadem–Cotonou – eines Sechs-Milliarden-Dollar-Projekts unter der Leitung eines chinesischen Unternehmens, das täglich 200 000 Barrel Öl nach Cotonou in Benin transportieren soll – seit 2024 mit zahlreichen Problemen konfrontiert: Grenzsicherungen aufgrund der unsicheren Lage, Entführungen von Mitarbeitern und wachsende diplomatische Spannungen zwischen Niger und China.

Die nigrische Regierung hat sogar einige chinesische Manager ausgewiesen und einem mit chinesischem Kapital gebauten Luxushotel in der Hauptstadt die Lizenz entzogen. Mit der Aktion wollte sie vor allem demonstrieren, dass sie sich für Nigers Souveränität einsetzt – selbst gegenüber langjährigen Partnern, die den Abzug der westlichen Mächte kompensieren könnten. In Mali tangieren wiederum mehrere Reformen im Bergbaurecht ausländische Investoren; insbesondere kleine chinesische Bergbaubetriebe gerieten wegen riskanter und umweltschädlicher Praktiken ins Visier. Nach tödlichen Erdrutschen im Januar und Februar 2025 und Quecksilbervergiftungen ließ die Regierung in Bamako illegale Betriebe schließen, an denen chinesische Investoren mitverdient hatten. Legale Investitionen aus China sind dagegen weiterhin willkommen. Und die erstrecken sich mittlerweile auf alle strategischen Mineralienvorkommen in Mali. So erhielt 2024 der chinesische Konzern Ganfeng die Lizenz zum Lithiumabbau.

Als größte Profiteurin der neuen Allianzen in der Sahelzone könnte sich die Türkei erweisen. Sie baut ihre Verbindungen zu den AES-Staaten durch Waffenlieferungen und Infrastrukturprojekte immer weiter aus und zeigt ebenfalls ein gesteigertes Interesse an den Rohstoffen der Region. Schon vor den Putschen hat sich Ankara in Niger und Mali am Bau von Krankenhäusern und Moscheen beteiligt – in der Absicht, sich als verlässlicher Partner zu präsentieren. In Niamey finanzierte ein türkisches Unternehmen 2019 den Wiederaufbau des internationalen Flughafens und errichtete das Radisson Blu Hotel anlässlich des Gipfeltreffens der Afrikanischen Union zur Afrikanischen Freihandelszone (African Continental Free Trade Area, AfCFTA), die am 30. Mai 2019 in Kraft getreten war. Beides waren ebenso strategische wie symbolische Investitionen. Außerdem unterhält die türkische Regierung schon länger direkte Flugverbindungen von Turkish Airlines in alle drei Länder. Im Gegensatz zu China setzt die Türkei auch stark auf die Zusammenarbeit im Sicherheitsbereich. Nach 2018 zahlte sie 5 Millionen US-Dollar für die gemeinsame Truppe der G5 Sahel, die allerdings 2023 nach dem Rückzug von Mali, Burkina Faso und Niger aufgelöst wurde. In jüngerer Zeit hat sie sich als einer der wichtigsten Waffenlieferanten

der Sahelstaaten und größter Lieferant von Kampfdrohnen in Afrika etabliert, denn ihre „Bayraktar TB2“ sind wesentlich billiger als westliche Modelle. Türkische Ausbilder sind vor Ort, um die Geräte zu warten und die Drohnenpiloten zu schulen. Dass sich die AES-Mitglieder für türkische Rüstungsgüter entschieden haben, zulasten der russischen und chinesischen Konkurrenz, garantiert der Türkei eine dauerhafte Präsenz vor Ort.

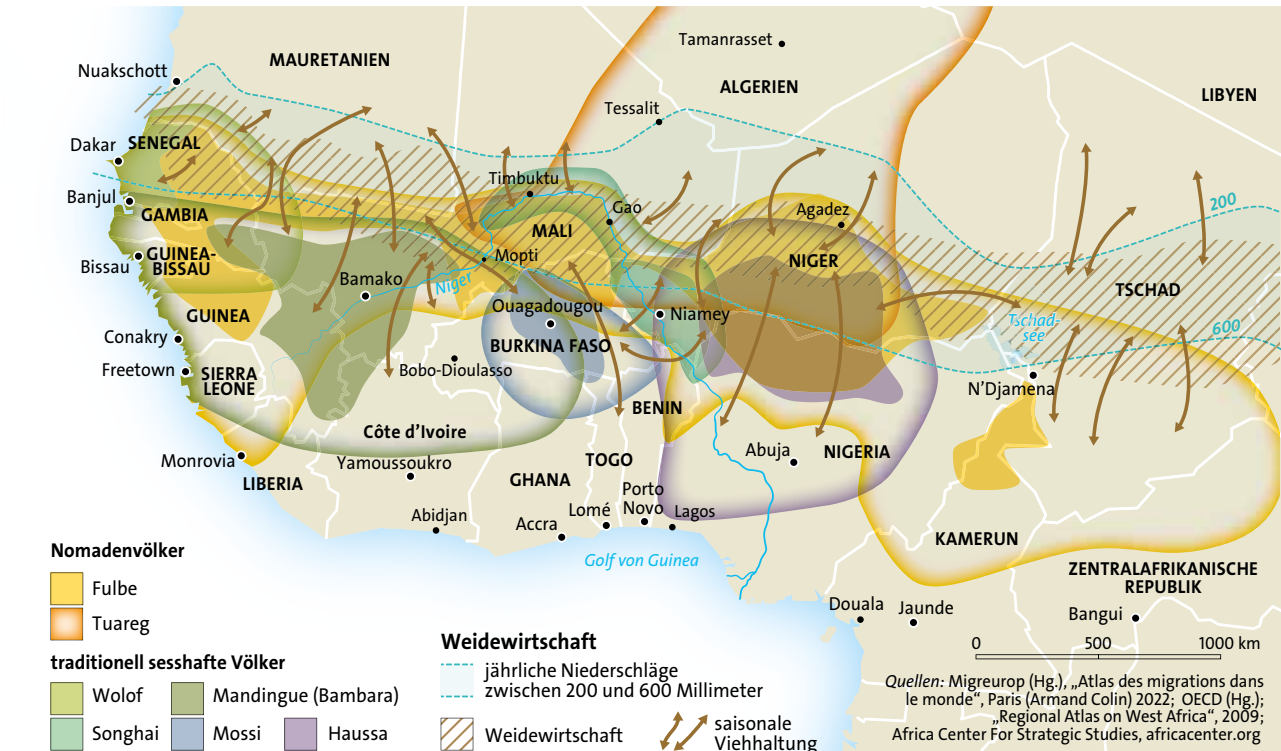
Fragt sich nur noch, ob angesichts der schlechten Sicherheitslage über Absichtserklärungen hinaus die reale Chance einer Integration der drei AES-Länder besteht, insbesondere auf politischer Ebene. Obwohl es nicht an Beteuerungen regionaler Solidarität mangelt, haben die Staaten immer noch ihre je eigene Herangehensweise, auch in Sicherheitsfragen. Im April 2025 kam es zu Spannungen zwischen Mali und Algerien, nachdem die algerische Armee behauptet hatte, eine malische Drohne in ihrem Luftraum abgeschossen zu haben. Als Algerien ein Überflugverbot für malische Fluggeräte verhängte und Mali daraufhin seinen Luftraum für Algerien sperrte, schlossen sich weder Niger noch Burkina Faso an. Diese Episode ist ein Indiz dafür, dass nationale Prio-

ritäten – in diesem Fall der Wunsch, den algerischen Nachbarn nicht zu verärgern – jederzeit Vorrang vor den Bündnisverpflichtungen haben können.

¹ „Africa’s constantly evolving militant Islamist threat“, Africa Center for Strategic Studies, Washington, 13. August 2024.
² Siehe Anmerkung 1.
³ Siehe Anne-Cécile Robert, „Sahel – Aufstand der Autonomisten“, LMD, September 2023.
⁴ „Global Terrorism Index 2025“, Institute for Economics and Peace, Sydney, 5. März 2025.
⁵ Eric G. Berman, „L’insécurité au Niger après l’arrivée au pouvoir de la junte: un défi persistant et croissant“, International Peace Information Service (IPIS), 3. Dezember 2024.
⁶ Siehe „Au Niger, Mohamed Bazoum, président déchu et „bouclier humain“ de la junte: quatre questions sur sa détention depuis deux ans“, Nouvel Ops, 26. Juli 2025.
⁷ Siehe Rémi Carayol, „Panafrikanismus“, LMD, September 2024.
⁸ Liam Scott, „Burkina Faso suspends VOA broadcasts“, Voice of America, 8. Oktober 2024.
⁹ Laut Artikel 6 der am 16. September 2023 unterzeichneten Liptako-Gourma-Charta, des Gründungsdokuments der AES, wird „jeder Angriff auf die Souveränität und territoriale Integrität einer oder mehrerer Vertragsparteien als Angriff auf die anderen Vertragsparteien angesehen“.
¹⁰ „Tenenkou: Mali’s army aimed by the JNIM [GSIM]“, APA News, 1. August 2025.

Aus dem Französischen von Nicola Liebert

Nina Wilén ist Direktorin des Afrika-Programms am Egmont Royal Institute for International Relations in Brüssel.



bindungen zu den AES-Staaten durch Waffenlieferungen und Infrastrukturprojekte immer weiter aus und zeigt ebenfalls ein gesteigertes Interesse an den Rohstoffen der Region. Schon vor den Putschen hat sich Ankara in Niger und Mali am Bau von Krankenhäusern und Moscheen beteiligt – in der Absicht, sich als verlässlicher Partner zu präsentieren. In Niamey finanzierte ein türkisches Unternehmen 2019 den Wiederaufbau des internationalen Flughafens und errichtete das Radisson Blu Hotel anlässlich des Gipfeltreffens der Afrikanischen Union zur Afrikanischen Freihandelszone (African Continental Free Trade Area, AfCFTA), die am 30. Mai 2019 in Kraft getreten war. Beides waren ebenso strategische wie symbolische Investitionen. Außerdem unterhält die türkische Regierung schon länger direkte Flugverbindungen von Turkish Airlines in alle drei Länder. Im Gegensatz zu China setzt die Türkei auch stark auf die Zusammenarbeit im Sicherheitsbereich. Nach 2018 zahlte sie 5 Millionen US-Dollar für die gemeinsame Truppe der G5 Sahel, die allerdings 2023 nach dem Rückzug von Mali, Burkina Faso und Niger aufgelöst wurde. In jüngerer Zeit hat sie sich als einer der wichtigsten Waffenlieferanten

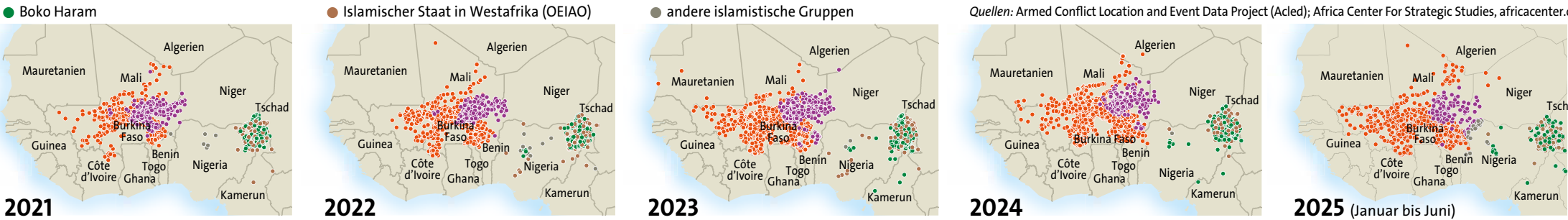
der Sahelstaaten und größter Lieferant von Kampfdrohnen in Afrika etabliert, denn ihre „Bayraktar TB2“ sind wesentlich billiger als westliche Modelle. Türkische Ausbilder sind vor Ort, um die Geräte zu warten und die Drohnenpiloten zu schulen. Dass sich die AES-Mitglieder für türkische Rüstungsgüter entschieden haben, zulasten der russischen und chinesischen Konkurrenz, garantiert der Türkei eine dauerhafte Präsenz vor Ort.

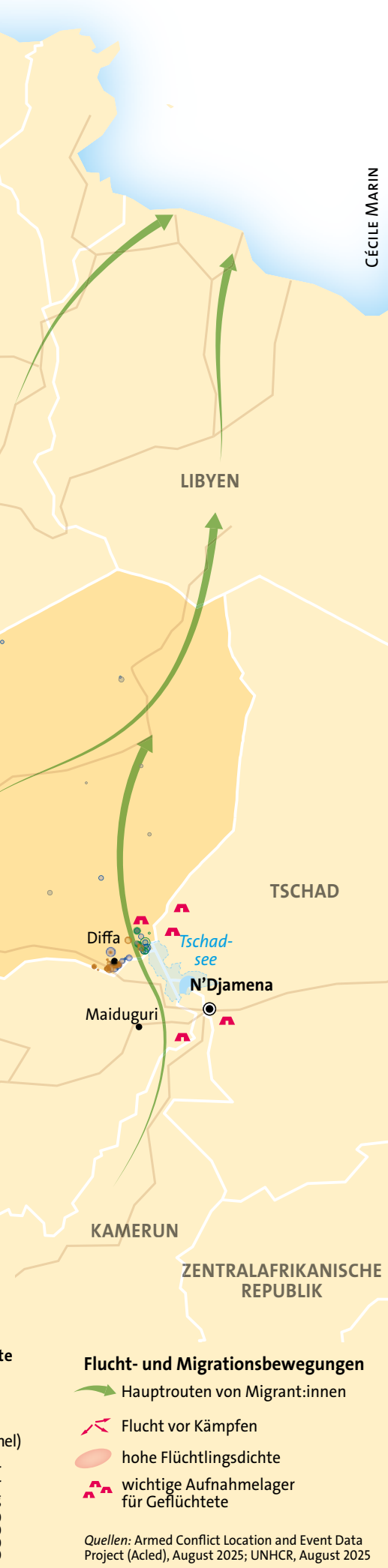
Fragt sich nur noch, ob angesichts der schlechten Sicherheitslage über Absichtserklärungen hinaus die reale Chance einer Integration der drei AES-Länder besteht, insbesondere auf politischer Ebene. Obwohl es nicht an Beteuerungen regionaler Solidarität mangelt, haben die Staaten immer noch ihre je eigene Herangehensweise, auch in Sicherheitsfragen. Im April 2025 kam es zu Spannungen zwischen Mali und Algerien, nachdem die algerische Armee behauptet hatte, eine malische Drohne in ihrem Luftraum abgeschossen zu haben. Als Algerien ein Überflugverbot für malische Fluggeräte verhängte und Mali daraufhin seinen Luftraum für Algerien sperrte, schlossen sich weder Niger noch Burkina Faso an. Diese Episode ist ein Indiz dafür, dass nationale Prio-

¹ „Africa’s constantly evolving militant Islamist threat“, Africa Center for Strategic Studies, Washington, 13. August 2024.
² Siehe Anmerkung 1.
³ Siehe Anne-Cécile Robert, „Sahel – Aufstand der Autonomisten“, LMD, September 2023.
⁴ „Global Terrorism Index 2025“, Institute for Economics and Peace, Sydney, 5. März 2025.
⁵ Eric G. Berman, „L’insécurité au Niger après l’arrivée au pouvoir de la junte: un défi persistant et croissant“, International Peace Information Service (IPIS), 3. Dezember 2024.
⁶ Siehe „Au Niger, Mohamed Bazoum, président déchu et „bouclier humain“ de la junte: quatre questions sur sa détention depuis deux ans“, Nouvel Ops, 26. Juli 2025.
⁷ Siehe Rémi Carayol, „Panafrikanismus“, LMD, September 2024.
⁸ Liam Scott, „Burkina Faso suspends VOA broadcasts“, Voice of America, 8. Oktober 2024.
⁹ Laut Artikel 6 der am 16. September 2023 unterzeichneten Liptako-Gourma-Charta, des Gründungsdokuments der AES, wird „jeder Angriff auf die Souveränität und territoriale Integrität einer oder mehrerer Vertragsparteien als Angriff auf die anderen Vertragsparteien angesehen“.
¹⁰ „Tenenkou: Mali’s army aimed by the JNIM [GSIM]“, APA News, 1. August 2025.

Aus dem Französischen von Nicola Liebert

Nina Wilén ist Direktorin des Afrika-Programms am Egmont Royal Institute for International Relations in Brüssel.





nisterium unterstellt ist. Kleinere Kontingente wurden Anfang 2024 auch nach Burkina Faso und Niger entsandt, um dort Soldaten auszubilden, die Sicherheitsdienste zu reformieren, aber auch die Militärregierungen zu schützen. Darüber hinaus erklärte Russland im Januar 2025, dass es der neuen gemeinsamen AES-Truppe mit Ausbildung und Ausrüstung unter die Arme greifen werde – ein starkes Signal der Unterstützung für die neue Regionalorganisation.

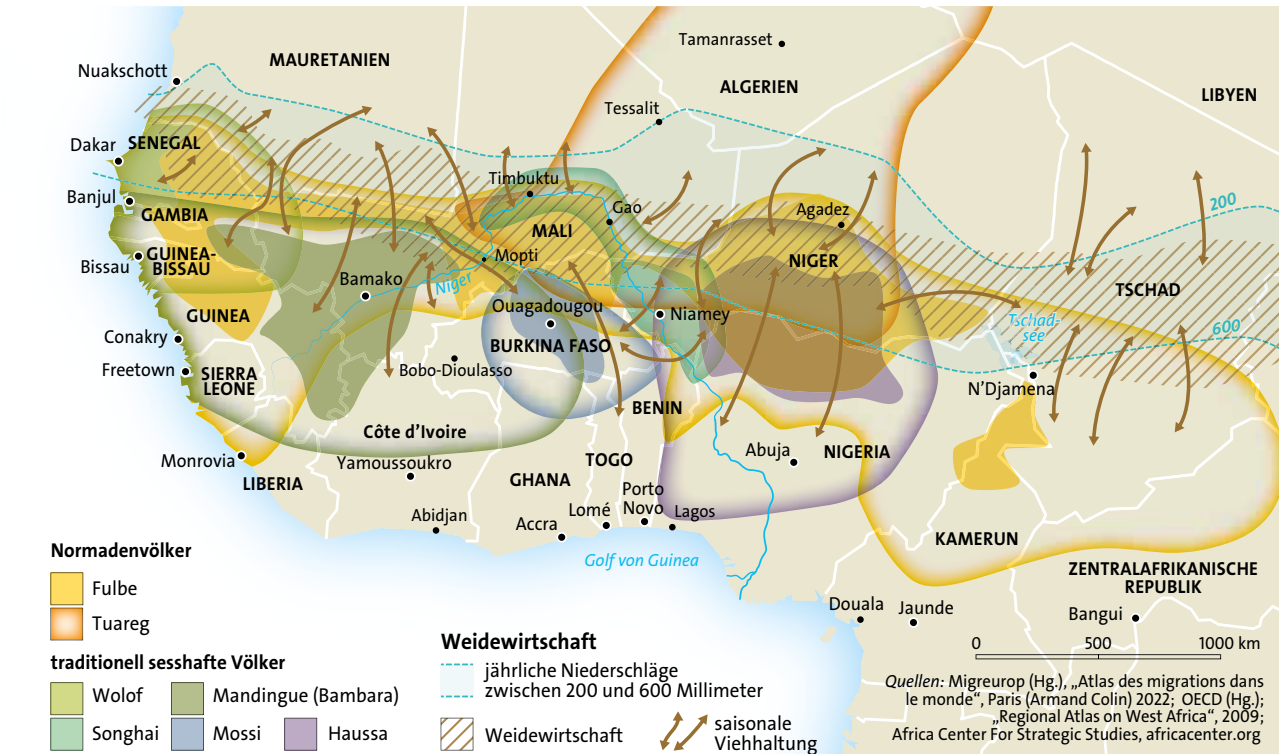
Dabei kommt es allerdings gelegentlich zu herben Rückschlägen. Am 13. Juni 2025 erlitt das Afrikakorps in der malischen Ortschaft Anoumalane eine schwere Niederlage gegen die Rebellen der Azawad-Befreiungsfront (Front de libération de l’Azawad, FLA). Die FLA ist ein Zusammenschluss bewaffneter Tuareg, die seit Jahren für einen Separatstaat Azawad im nördlichen Teil Malis mit den Regionen Timbuktu, Gao und Kidal kämpfen. Und am 1. August bekannte sich die GSIM zu einem Anschlag in der Nähe der Stadt Tenenkou, bei dem Dutzende russische Söldner und malische Soldaten ums Leben gekommen sein sollen.¹⁰

Ein weiterer wichtiger Player in der Sahelzone ist China, das hier die gleiche Strategie verfolgt wie auf dem übrigen Kontinent: durch Investitionen in die Wirtschaft und die Förderung von Rohstoffen langfristig Fuß zu fassen. Jedoch stößt es damit regelmäßig auf Hindernisse. So ist in Niger der Bau der Pipeline Agadem–Cotonou – eines Sechs-Milliarden-Dollar-Projekts unter der Leitung eines chinesischen Unternehmens, das täglich 200 000 Barrel Öl nach Cotonou in Benin transportieren soll – seit 2024 mit zahlreichen Problemen konfrontiert: Grenzsicherungen aufgrund der unsicheren Lage, Entführungen von Mitarbeitern und wachsende diplomatische Spannungen zwischen Niger und China.

Die nigrische Regierung hat sogar einige chinesische Manager ausgewiesen und einem mit chinesischem Kapital gebauten Luxushotel in der Hauptstadt die Lizenz entzogen. Mit der Aktion wollte sie vor allem demonstrieren, dass sie sich für Nigers Souveränität einsetzt – selbst gegenüber langjährigen Partnern, die den Abzug der westlichen Mächte kompensieren könnten.

In Mali tangieren wiederum mehrere Reformen im Bergbaurecht ausländische Investoren; insbesondere kleine chinesische Bergbaubetriebe gerieten wegen riskanter und umweltschädlicher Praktiken ins Visier. Nach tödlichen Erdbeben im Januar und Februar 2025 und Quecksilbervergiftungen ließ die Regierung in Bamako illegale Betriebe schließen, an denen chinesische Investoren mitverdient hatten. Legale Investitionen aus China sind dagegen weiterhin willkommen. Und die erstrecken sich mittlerweile auf alle strategischen Mineralienvorkommen in Mali. So erhielt 2024 der chinesische Konzern Ganfeng die Lizenz zum Lithiumabbau.

Als größte Profiteurin der neuen Allianzen in der Sahelzone könnte sich die Türkei erweisen. Sie baut ihre Ver-



bindungen zu den AES-Staaten durch Waffenlieferungen und Infrastrukturprojekte immer weiter aus und zeigt ebenfalls ein gesteigertes Interesse an den Rohstoffen der Region. Schon vor den Putschen hat sich Ankara in Niger und Mali am Bau von Krankenhäusern und Moscheen beteiligt – in der Absicht, sich als verlässlicher Partner zu präsentieren.

In Niamey finanzierte ein türkisches Unternehmen 2019 den Wiederaufbau des internationalen Flughafens und errichtete das Radisson Blu Hotel anlässlich des Gipfeltreffens der Afrikanischen Union zur Afrikanischen Freihandelszone (African Continental Free Trade Area, AfCFTA), die am 30. Mai 2019 in Kraft getreten war. Beides waren ebenso strategische wie symbolische Investitionen. Außerdem unterhält die türkische Regierung schon länger direkte Flugverbindungen von Turkish Airlines in alle drei Länder.

Im Gegensatz zu China setzt die Türkei auch stark auf die Zusammenarbeit im Sicherheitsbereich. Nach 2018 zahlte sie 5 Millionen US-Dollar für die gemeinsame Truppe der G5 Sahel, die allerdings 2023 nach dem Rückzug von Mali, Burkina Faso und Niger aufgelöst wurde. In jüngerer Zeit hat sie sich als einer der wichtigsten Waffenlieferanten

der Sahelstaaten und größter Lieferant von Kampfdrohnen in Afrika etabliert, denn ihre „Bayraktar TB2“ sind wesentlich billiger als westliche Modelle. Türkische Ausbilder sind vor Ort, um die Geräte zu warten und die Drohnenpiloten zu schulen. Dass sich die AES-Mitglieder für türkische Rüstungsgüter entschieden haben, zulasten der russischen und chinesischen Konkurrenz, garantiert der Türkei eine dauerhafte Präsenz vor Ort.

Frägt sich nur noch, ob angesichts der schlechten Sicherheitslage über Absichtserklärungen hinaus die reale Chance einer Integration der drei AES-Länder besteht, insbesondere auf politischer Ebene. Obwohl es nicht an Beteuerungen regionaler Solidarität mangelt, haben die Staaten immer noch ihre je eigene Herangehensweise, auch in Sicherheitsfragen.

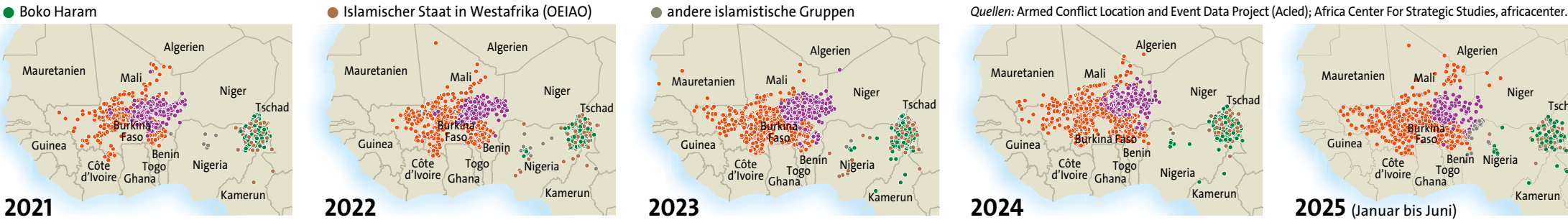
Im April 2025 kam es zu Spannungen zwischen Mali und Algerien, nachdem die algerische Armee behauptet hatte, eine malische Drohne in ihrem Luftraum abgeschossen zu haben. Als Algerien ein Überflugverbot für malische Fluggeräte verhängte und Mali daraufhin seinen Luftraum für Algerien sperrte, schlossen sich weder Niger noch Burkina Faso an. Diese Episode ist ein Indiz dafür, dass nationale Prio-

ritäten – in diesem Fall der Wunsch, den algerischen Nachbarn nicht zu verärgern – jederzeit Vorrang vor den Bündnisverpflichtungen haben können.

¹ „Africa’s constantly evolving militant Islamist threat“, Africa Center for Strategic Studies, Washington, 13. August 2024.
² Siehe Anmerkung 1.
³ Siehe Anne-Cécile Robert, „Sahel – Aufstand der Autonomisten“, LMD, September 2023.
⁴ „Global Terrorism Index 2025“, Institute for Economics and Peace, Sydney, 5. März 2025.
⁵ Eric G. Berman, „L’insécurité au Niger après l’arrivée au pouvoir de la junte: un défi persistant et croissant“, International Peace Information Service (IPIS), 3. Dezember 2024.
⁶ Siehe „Au Niger, Mohamed Bazoum, président déchu et „bouclier humain“ de la junte: quatre questions sur sa détention depuis deux ans“, Nouvel Ops, 26. Juli 2025.
⁷ Siehe Rémi Carayol, „Panafrikanismus“, LMD, September 2024.
⁸ Liam Scott, „Burkina Faso suspends VOA broadcasts“, Voice of America, 8. Oktober 2024.
⁹ Laut Artikel 6 der am 16. September 2023 unterzeichneten Liptako-Gourma-Charta, des Gründungsdokuments der AES, wird „jeder Angriff auf die Souveränität und territoriale Integrität einer oder mehrerer Vertragsparteien als Angriff auf die anderen Vertragsparteien angesehen“.
¹⁰ „Tenenkou: Mali’s army aimed by the JNIM [GSIM]“, APA News, 1. August 2025.

Aus dem Französischen von Nicola Liebert

Nina Wilén ist Direktorin des Afrika-Programms am Egmont Royal Institute for International Relations in Brüssel.



Plaste ohne Ende

► Fortsetzung von Seite 1

über die – völlig illusorische – Wiederwertbarkeit von Plastik verbreiten. „In einer Zeit, da die Welt von fossilen Brennstoffen auf erneuerbare Energien umsteigt, ist die ungebremste Kunststoffproduktion der Plan B der petrochemischen Industrie, insbesondere in den Bereichen Verpackungs- und Textilindustrie“, erläutert Juan Carlos Monterrey Gómez, Sondergesandter Panamas für den Klimawandel, in einem Webinar mit der Nachrichtenplattform Climate Home.²

„Diese Branche hat sich in die Verhandlungen eingeschaltet, um ihre Profitinteressen zulasten der Gemeinschaft offensiv zu verfechten“, meint Gómez weiter. Doch solche Willfährigkeit gegenüber der Industrie sei keinesfalls von Gott befohlen: 2003 zum Beispiel waren Lobbyisten von den Verhandlungen über ein Rahmenabkommen der WHO zur Eindämmung des Tabakgebrauchs ausgeschlossen.

Das Fiasko am Genfer See ist die Neuauflage einer bereits sechs Monate zuvor inszenierten Sabotage, die man schon in der fünften Verhandlungsrunde Ende November 2024 im südkoreanischen Busan erleben konnte. Damals hatte der südkoreanische Umweltminister verkündet: „Wir müssen der Plastikverschmutzung ein Ende setzen, bevor die Plastikverschmutzung uns ein Ende setzt.“ Nicht alle Teilnehmer zeigten sich von dieser Einschätzung überzeugt. War es der Minister selbst?

Das Gastgeberland Südkorea ist der weltweit viertgrößte Produzent von Ethylen, das Ausgangsmonomer für zahlreiche Kunststoffarten ist.³ Im Übrigen hat Seoul die Erklärung „A Bridge to Busan“⁴, die eine Beschränkung der Synthese von Primärpolymeren fordert, selbst nicht unterzeichnet.

Was die Erfolgsaussichten eines Abkommens zusätzlich schmälert, ist die geforderte Einstimmigkeit. Das macht es kleinen, aber gut organisierten Minderheiten leicht, die Verhandlungen zu blockieren. Die Länder der Europäischen Union und Lateinamerikas, die sich für eine Beschränkung der Plastikproduktion starkmachen, fordern mittlerweile, die alle möglichen „Manöver zur Behinderung, Ablenkung, Einschüchterung und Desinformation“ unternahm, berichtet Delphine Lévi Alvarès, Koordinatorin von Ciel.⁵

Offenbar mit Erfolg, denn die Delegierten der „Arabischen Gruppe“ als Repräsentanten der im Golf-Kooperationsrat (GKR) organisierten Monarchien wiederholten damals gebetsmühlenartig und wortgetreu die Äußerungen ihres saudischen Amtskollegen, während die Zeit verstrich.

Auch in Busan waren die Fragen der Produktionsobergrenzen und der Indizierung chemischer Giftstoffe in Kunststoffen entscheidende Streitpunkte gewesen. Schon damals hatten 900 unabhängige Wissenschaftler:innen an die Delegierten appelliert, „weltweite, rechtlich bindende Regelungen für den gesamten Lebenszyklus von Kunststoffen“ zu beschließen, und ausdrücklich gemahnt: „Die von der Plastikverschmutzung verursachten Umweltschäden können nicht allein durch eine verbesserte Abfallwirtschaft vermieden werden.“ Dem widersprachen der saudische Vertreter Khalid Abdulrahman Abdullah Al Gwaiz und sein kuwaitischer Amtskollege, die unisono erklärten: „Die Plastikverschmutzung muss eingedämmt werden, nicht die Plastikproduktion.“⁶

Das saudische Königreich steht an vorderster Front der Länder, die in einem rechtsverbindlichen Abkommen einen tödlichen Angriff auf ihre wirtschaftlichen Interessen sehen. Deshalb betreibt Riad seit geraumer Zeit eine energische Umweltdiplomatie, um andere Regierungen zu beeinflussen. Unter anderem wirbt man dabei mit der „Saudi Green Initiative“ für Umweltschutz oder verweist darauf, dass man in Riad, dem urbanen Aushängeschild des Königreichs, die Mülltrennung und das Recycling von Haushaltskunststoffen eingeführt hat.⁷

Plan B der Petrochemie

In diesem November wird in der saudischen Hauptstadt die Recycling Expo Middle East stattfinden. Im November 2023, auf der 28. Weltklimakonferenz (COP28) in Dubai, schien Saudi-Arabien gewillt zu sein, sich von seiner Rolle als entschiedener Fürsprecher der thermoindustriellen, also der auf der Nutzung fossiler Energien gründenden Zivilisation, allmählich zu verabschieden. Doch schon ein Jahr später bezog das Königreich sowohl auf der 29. Weltklimakonferenz (COP29) in Baku als auch beim G20-Gipfel in Rio de Janeiro erneut eine kompromisslose Haltung. In Baku verhinderte es jeden Bezug auf „fossil fuels“ in der Abschlusserklärung, was ihm den Ruf einer „Abrissbirne“ der Klimaverhandlungen verschaffte. Und das, obwohl das saudische Mekka aller Voraussicht

nach bis Ende des Jahrhunderts unbewohnbar sein wird.⁸

Die strategischen Allianzen der Saudis (mit Russland, Brasilien, Iran und Kuwait) und der Einfluss, den das Königreich auf die Gespräche in Busan nahm, sind starke Indizien dafür, dass sich die Kontroverse um die Herstellung von Kunststoffen zu einer wichtigen geopolitischen Streitfrage entwickeln wird.⁹ In Busan trat dem Block der Erdölproduzenten eine Koalition von 75 Ländern entgegen (darunter Frankreich, Deutschland, Senegal und Ruanda), die für ein global verbindliches Abkommen zur drastischen Begrenzung der Produktion von Primärpolymeren sowie für die konsequente Anwendung des Verursacherprinzips und für massive Recyclinganstrengungen eintrat.

Sechs Monate später, beim Genfer Plastikgipfel, waren die Positionen noch immer verhärtet. Und doch gab es ein einzelnes Zeichen des Wandels: Am Ende erkannte auch China die Notwendigkeit an, den gesamten Lebenszyklus von Kunststoffen, von der Produktion bis zum Nutzungsende, im Abkommen zu berücksichtigen, was Peking lange Zeit abgelehnt hatte.

Der weltweit größte Plastikproduzent weiß im Grunde, dass die Zeit drängt. Heute sind mehr als 6 Milliarden Tonnen Plastikabfall über den gesamten Planeten verteilt, wovon weniger als 10 Prozent recycelt werden; jedes Jahr werden weitere 430 Millio-

nen Tonnen Plastik produziert; in jeder Minute landet eine weitere Lkw-Ladung Plastikmüll im Meer. Die bei der Zersetzung von Kunststoffen entstehenden Mikro- und Nanopartikel sind in der Nahrungskette, in der Luft und in den Organismen sämtlicher Lebewesen dieser Erde nachzuweisen.

„Kunststoffe stellen eine ernste, stetig wachsende und stark unterschätzte Gefahr für die Gesundheit des Menschen und des ganzen Planeten dar.“ Zu diesem Fazit kommt die renommierte medizinische Zeitschrift *The Lancet*. „Sie verursachen Krankheiten und Todesfälle, von frühester Kindheit bis ins hohe Alter, woraus wirtschaftliche Einbußen von jährlich mehr als 1,5 Billionen US-Dollar resultieren. Die Auswirkungen treffen überproportional einkommensschwache und gefährdete Bevölkerungsgruppen.“¹⁰ Die Zeitschrift erfasst diese Folgen mit ihrem indikatorbasierten globalen Monitoringsystem, dem „Lancet Countdown on health and plastic“.

Für Graham Forbes, Chef der Greenpeace-Delegation in den Genfer Verhandlungen, kommt die unkontrollierte Plastikproduktion einem „Todesurteil“ gleich. Für ihn ist „der einzige Weg, um diese Verschmutzung zu beenden, die Produktion von so viel Plastik zu stoppen“.

Während ein verbindliches Abkommen in weite Ferne rückt, gab es im Juni 2025 auf der dritten Ozeankonferenz der Vereinten Nationen in Nizza im-



Protestaktion vor dem Palais des Nations in Genf, 4. August 2025
JAMES WAKIBIA picture alliance/sipa USA/Sopa images

merhin einen schwachen Hoffnungsschimmer. Obwohl in Busan das Vertrauen in multinationale Organisationen weiter unterminiert wurde, haben die Delegationen aus 190 Staaten einige Fortschritte erzielt, um die giftige Plastikflut zumindest in den Weltmeeren einzudämmen.

In Nizza hat eine ausreichend große Anzahl von Staaten das Hochseeschutzabkommen (BBNJ) ratifiziert oder dessen Ratifizierung zugesagt. Dieses BBNJ eröffnet die Möglichkeit, bis 2030 rund 30 Prozent der Weltmeere als Schutzgebiete auszuweisen. „Ich beobachte hier einen Elan und eine Begeisterung, die in der Vergangenheit kaum erkennbar waren“, erklärte UN-Generalsekretär António Guterres.¹¹

Es hat zwei Jahrzehnte der Verhandlungen gebraucht, um 2022 in Nairobi eine Einigung zustande zu bringen, die erste Schritte hin zu einem Plastikabkommen möglich machte. Doch die Hoffnungen auf einen verbindlichen Vertrag wurden diesen Sommer vorläufig zunichtegemacht. Im Genfer Palast der Nationen hat sich, um Jean Ziegler zu zitieren, eine Koalition der „kalten Monster“ zusammengefunden, deren Wirken auf „die Umweltzerstörung, den Raubbau an unseren natürlichen Ressourcen, das langsame Sterben des Planeten“ hinausläuft.¹²

¹ Die folgenden Angaben entstammen dem Artikel „Fossil Fuel and Petrochemical Lobbyists Overrun Plastics Treaty Negotiations“, Ciel, 7. August 2025.

² Matteo Civillini, „Deadlock in UN plastics talks raises fears of watered-down deal“, www.climatechangenews.com, 11. August 2025.

³ Oh Jeong-hun, „Ouverture à Busan de la dernière réunion pour le traité contre la pollution plastique“, Agence de presse Yonhap, 25. November 2024.

⁴ Siehe bridgetobusan.com.

⁵ Sandra Laville, „Plastic lobbyists make up biggest group at vital UN treaty“, *The Guardian*, 27. November 2024.

⁶ Hircho Tabuchi, „Nations fail to reach on agreement on plastic pollution“, *The New York Times*, 1. Dezember 2024.

⁷ „Saudi Green Initiative steps its drive against plastic pollution“, *Arab News*, 4. Juni 2023; auch die internationalen Ölkonzerne propagieren einen Wechsel von der Ursachenbekämpfung zur Auswirkungsbekämpfung, ein Beispiel ist ihre Lobbyorganisation Alliance to End Plastic Waste mit Sitz in Singapur.

⁸ Lisa Friedman, „Saudi Arabia is a 'wrecking ball' in global climate talks“, *The New York Times*, 18. November 2024.

⁹ Vgl. Michael T. Klare, „America First 2.0“, *LMD*, Januar 2025.

¹⁰ Philip J. Landrigan u. a., „The Lancet Countdown on health and plastics“, in: *The Lancet* (Online First), 3. August 2025.

¹¹ Karen McVeigh, „Is the ocean 'having a moment'? This was the UN summit where the world woke up to the decline of the seas“, *The Guardian*, 14. Juni 2025.

¹² Jean Ziegler, „Was ist so schlimm am Kapitalismus?: Antworten auf die Fragen meiner Enkelin“, München (C. Bertelsmann Verlag) 2019.

Aus dem Französischen von Christian Hansen

Mohamed Larbi Bouguerra ist Chemiker und Mitglied der tunesischen Akademie für Wissenschaft, Literatur und Kunst in Beit Al-Hikma (Karthago).

ANZEIGE

PapyRossa Verlag

Peter Wahl / Erhard Crome / Frank Deppe / Michael Brie
Weltordnung im Umbruch
Krieg & Frieden in einer multipolaren Welt
171 Seiten | € 14,90 | 978-3-89438-842-3

Die Dominanz des Westens über den ›Rest der Welt‹ neigt sich, der Globale Süden gewinnt an Gewicht. Ob beim Blick auf geopolitische Dynamiken oder auf jene Kontroversen, die angesichts aktueller Kriege aufgebrochen sind: Dem Band geht es um eine Friedensbewegung auf der Höhe der Zeit.

Georg Auernheimer
Zweierlei Antisemitismus
Staatsräson vor universellen Menschenrechten?
142 Seiten | € 14,90 | 978-3-89438-857-7

Die Erbschaft des Antisemitismus sitzt tief: Sie bestimmt das Verhältnis der Bundesrepublik zu Israel. Wie wandelten sich deutsche Israelbilder? Dient heute ein ›israelbezogener Antisemitismus‹ zur Einschränkung von Grundrechten? Reflexionen, um antijüdischen Ressentiments den Boden zu entziehen.

Aert van Riel
Genozid
Basiswissen Politik / Geschichte
142 Seiten | € 12,00 | 978-3-89438-846-1

Was unterscheidet Kriegsverbrechen von Völkermord? Wie sind die Gerichtsverfahren zu bewerten? Was ist gesichert, was dient der Wahrheit, was der Propaganda? Wo wird instrumentalisiert? Ausgehend von kolonialen und rassistischen Zusammenhängen geht Aert van Riel konkreten, auch aktuellen Beispielen nach.

www.papyrossa.de

Städte im Wasserstress

von Toni Keppeler und Laura Nadolski

In Mexiko-Stadt, New York, Jakarta und Tianjin fällt der Grundwasserspiegel – deshalb sinken sie seit Jahren immer weiter ab. In Küstenstädten steigt zudem das Risiko von Überflutungen.

Am 26. August schüttete es wie aus Kübeln. Straßen wurden abgesperrt, manche standen bis zu einem Meter tief unter Wasser. Der Verkehr stand still. Die Bewohner von Mexiko-Stadt sind so etwas gewohnt. Juli und August sind die Monate der Überschwemmungen, selbst jetzt, da die Stadt seit über drei Jahren unter einer Dürre leidet und in vielen Stadtteilen das Trinkwasser rationiert ist. Aber wenn es dann einmal zu einem Wolkenbruch kommt, sind Überflutungen fast unumgänglich. Das liegt am Untergrund der Megastadt: Er ist so instabil, dass es zu Absenkungen und Brüchen kommt. In Abwasserleitungen, die einmal ein Gefälle hatten, müsste das Wasser heute bergauf fließen, und weil es das nicht kann, kommt es zu Rückstauss.

Auch das gegenteilige Phänomen kommt immer wieder vor: dass Wasser einfach verschwindet. In größerem Stil geschah das zuletzt in der Nacht zum 27. Januar 2017 in Xochimilco im Süden von Mexiko-Stadt. Ein Nachtwächter war der Erste, der es gehört hat: ein lautes Schlürfen und Gurgeln. „Es war, als habe man den Stöpsel aus einer gigantischen Badewanne gezogen“, erinnert sich Ángel Cristóbal, der tagsüber Touristen auf einem Floß durch die Kanäle im Feuchtgebiet von Xochimilco stakt. „Es war ein gewaltiger Strudel, der alles verschluckt hat.“

Auf dem Grund eines Kanals tat sich ein Loch auf, zwei mal drei Meter groß, darunter ein über einen Kilometer in die Tiefe reichender Schlund, der in einem fast leeren natürlichen Wasserspeicher endete. Darin war durch Wassermangel ein gewaltiger Unterdruck entstanden, und der hatte dort, wo es am wenigsten Bodenwiderstand gab, ein paar Quadratmeter Kanalgrund in die Tiefe gerissen. Sieben Stunden brauchten Arbeiter, um das Loch zu isolieren. In dieser Zeit sank in dem über 150 Kilometer langen Kanalsystem, das schon die Azteken angelegt hatten, der Wasserspiegel um einen halben Meter. Es dauerte fast ein Jahr, bis er wieder sein vorheriges Niveau erreichte.

Schon vorher hatte es immer wieder Löcher im Kanalsystem gegeben. Nur war keines so spektakulär wie das vom 27. Januar 2017. Und der Boden wird sich wieder auftun, nicht nur in Xochimilco.

Mexiko-Stadt ist auf unsicherem Grund gebaut. Dort, wo sich heute mehr als 20 Millionen Menschen drängen, war einst eine riesige Seenplatte, etwa doppelt so groß wie der Bodensee. Als die Spanier 1521 Tenochtitlán, die Hauptstadt der Azteken, erobert hatten, begannen sie diese Seen trocken-zulegen. Das Feuchtgebiet von Xochimilco ist der kümmerliche Überrest der Seen von einst. Deshalb besteht der größte Teil des Untergrunds aus weichen und feuchten Tonerden, die von Schichten aus Sand und anderen Ablagerungen durchzogen sind. Zusammen können sie mehr als 50 Meter in die Tiefe reichen. Die Tonerden selbst nehmen kaum Wasser auf. Was versickert, sammelt sich in den Schichten dazwischen. Diese natürlichen Wasserspeicher halten nicht nur die Tonschichten feucht, sie können auch angebohrt werden, um Frischwasser zu gewinnen.

Zur einstigen Seenplatte gehörten auch Inseln aus hartem vulkanischem Basalt. Weil dieses Gestein viele kleine



Gefährdete Idylle: die Kanäle von Xochimilco in Mexiko-Stadt MARCO UGARTE picture alliance/ap

Gasblasen enthält, ist es porös. Wasser kann darin versickern und in tiefe unterirdische Speicher gelangen. Der Schlund von Xochimilco endete in einem solchen. Und schließlich gibt es noch Übergangszonen zwischen diesen beiden Typen von Untergrund.

Wenn mehr Grundwasser im Gebiet der ehemaligen Seen gefördert wird als im Boden versickert, werden die wasserführenden Ablagerungsschichten kompakter, die Tonschichten trocknen aus und schrumpfen. Der Wasserdruck im Untergrund nimmt ab, es entsteht Unterdruck. In der Folge gibt die Oberfläche nach und senkt sich.¹

Tatsächlich wird in Mexiko-Stadt schon lange mehr Grundwasser entnommen als auf dem Weg der Versickerung wieder zurückkommt. Nur drei Viertel der bekannten unterirdischen Wasserspeicher werden auf natürliche Weise wieder aufgefüllt, ein Viertel trocknet langsam aus.² Die Stadt sinkt ab.

Am schlimmsten war es im Zeitraum von 1947 bis 1957, als die Bevölkerungszahl explodierte und es noch Tiefbrunnen im Zentrum gab. In diesem Jahrzehnt sackte die Gegend rund um die Kathedrale um 29 Zentimeter pro Jahr ab. Seit dem Ende des 19. Jahrhunderts ist Mexiko-Stadt durchschnittlich 10 Meter gesunken, in einzelnen Vierteln sogar um über 13 Meter. Heute senken sich die Kathedrale und andere Areale im Zentrum noch immer um 10 Zentimetern pro Jahr. In Xochimilco, wo die meisten Tiefbrunnen gebohrt wurden, gibt es sogar Gebiete, die um bis zu 40 Zentimeter im Jahr absacken.⁴

In fast allen Megastädten der Welt gibt es dieses Phänomen. Die Hauptursache ist überall dieselbe: Es wird zu viel Grundwasser verbraucht. Wenn solche Metropolen an der Küste liegen, können wenige Zentimeter fatal sein. Steigende Meeresspiegel verstärken nämlich den Effekt der Absenkung. Genauso kann die natürliche sogenannte Sedimentkompaktion eine verstärkende Wirkung haben. Sie führt zu Absenkungen, wenn abgelagerte Sedimente im Untergrund durch das Eigengewicht der Stadt immer kompakter werden.

So sind in den vergangenen zehn Jahren Teile von New York um 3 Zentimeter abgesunken. Das klingt auf den ersten Blick vernachlässigbar. Aber New York leidet schon jetzt unter regelmäßigen Überflutungen und hat für viele Millionen US-Dollar entlang des East River ein fast vier Kilometer langes Hochwasserschutzsystem aus Dämmen und Schleusen errichtet, um wenigstens einen Teil der Infrastruktur

vor Flutschäden zu schützen. Und doch sagen Klimatologen voraus, dass man in 50 Jahren Manhattan nur noch mit Booten wird befahren können.⁴

Die gesamte Ostküste der USA ist vom Phänomen des Absinkens betroffen. Meist sind es weniger als 10 Zentimeter pro Jahr, in Miami in Florida nur 1,5 Zentimeter. Aber auch die spielen eine Rolle. Mit dem Klimawandel steigt nicht nur der Meeresspiegel; tropische Stürme, die man früher fast nur in der Karibik und im Golf von Mexiko kannte, ziehen immer weiter nördlich durch. Sie bringen nicht nur enorme Regenmengen, sondern peitschen auch das Meer zu hohen Wellen auf, die dann die absinkenden Städte mit Sturmfluten bedrohen.

Ein gewaltiger Strudel, der alles verschluckte

Ähnliche Probleme wie New York, nur schon jetzt und viel dramatischer, hat Jakarta.⁵ Die an der Küste Javas liegende Hauptstadt Indonesiens ist Mittelpunkt einer Agglomeration mit über 30 Millionen Einwohnern. Jedes Jahr sackt sie um durchschnittlich 3 Zentimeter ab, in manchen Gegenden sind es bis zu 25 Zentimeter. Auch hier sind Brunnen, die die Grundwasserspeicher leeren, das Hauptproblem. Jakarta wurde auf sumpfigem Gelände gebaut.

Die Probleme ähneln denen von Mexiko-Stadt, nur dass Jakarta an der Küste liegt und schon heute rund 40 Prozent seiner Fläche unterhalb des Meeresspiegels liegen. Um das Meer aus der Stadt zu halten, wurde 2014 mit dem Bau einer Betonmauer entlang der Küste begonnen. Bis 2027 soll sie 46 Kilometer lang sein. Ein zweiter Schutzwall von 120 Kilometern Länge wurde von der Regierung bereits angekündigt. Die Hauptstadt soll nach Plänen der Regierung von Java ins Inland von Kalimantan verlegt werden.⁶

Auch in China gibt der Boden nach. Dortige Wissenschaftler haben gemessen, dass 16 Prozent aller Großstädte um mehr als 1 Zentimeter pro Jahr absinken.⁷ Bei fast der Hälfte sind es wenigstens 3 Millimeter. In Kombination mit dem steigenden Meeresspiegel könnte in hundert Jahren ein Viertel der Küstenstädte unterhalb des Meeresspiegels liegen. Die hauptsächliche Ursache des Absinkens ist übermäßiger Grundwasserverbrauch.

Der Effekt wird verstärkt durch das Gewicht von Gebäuden und von Infrastruktur wie Straßen oder Bahnlinien sowie durch menschliche Aktivitäten wie Ölbohrungen oder Kohleminen – eben durch alles, was Hohlräume im

Untergrund hinterlässt. In Tianjin etwa, einer Industriemetropole mit 6,5 Millionen Einwohnern südöstlich von Peking, mussten 2023 mehrere tausend Bewohner aus Hochhäusern evakuiert werden, weil die Straßen davor plötzlich auseinanderbrachen.

Die einzige Möglichkeit, das Absinken zu bremsen, besteht darin, den Verbrauch von Grundwasser einzuschränken. In Shanghai wurde dies schon verordnet, und die Stadt sinkt heute tatsächlich langsamer ab als die meisten anderen chinesischen Großstädte. In Japan wurden so Tokio und Osaka stabilisiert. Andernorts pumpt man Wasser in die leer getrunkenen unterirdischen Speicher, um den Boden darüber wieder stabil zu machen.

Aber in Mexiko-Stadt, das unter Trockenheit leidet, lässt sich die Entnahme von Grundwasser nur schwer begrenzen. Und wo Wasser herholen, um die geleerten Grundwasserspeicher wieder zu füllen? Schon jetzt wird jedes Frühjahr, wenn es am trockensten ist, das Trinkwasser rationiert. Ganze Stadtteile werden seit über einem Jahrzehnt nur noch mit Tankwagen versorgt.

Das Problem der plötzlich aufbrechenden Straßen wie in Tianjin kennt man auch hier. Wenige Wochen bevor sich der Schlund von Xochimilco auftat, klappte keine zwei Kilometer entfernt plötzlich ein Riss in der Landstraße. Anwohner erzählen, er sei so breit und so tief gewesen, dass zwei Kleinbusse darin verschwanden. Es grenze an ein Wunder, dass es keine Toten gegeben habe.

Zu solchen Rissen kann es bei großen Spannungen oder Dehnungen im Boden kommen. Sie entstehen zum Beispiel, wenn weicher Ton austrocknet und schrumpft. Die größten und gefährlichsten sind in aller Regel eine direkte Folge des Absinkens, das durch Abpumpen von Grundwasser verursacht wurde.⁸ Wasser- und Abwasserleitungen können bersten, U-Bahn-Schächte werden instabil.

Man kann mit bloßem Auge sehen, wie Mexiko-Stadt im Erdboden versinkt. Das prominenteste Opfer ist die Kathedrale am Zócalo, dem riesigen Platz im Zentrum der Stadt. Er ist in den vergangenen hundert Jahren um 9 Meter gesunken – nicht gleichmäßig, sondern mit einem deutlichen Gefälle nach Westen hin. Vom Zócalo aus betrachtet neigt sich der linke Glockenturm der Kathedrale deutlich nach links, der rechte ein bisschen weniger deutlich nach rechts. Der westliche Gebäudeteil mit dem Tabernakel scheint auf den Vorplatz zu stürzen.

So wuchtig die Kathedrale erscheinen mag – stabil war sie nie. Im Kirchenschiff verläuft keine vertikale Linie parallel zur andern, der Boden ist wellig, durch die verwirrenden optischen Eindrücke wird der Gleichgewichtssinn irritiert. Gläubige mögen das dadurch ausgelöste Körpergefühl als heiligen Schauer empfinden. Ungläubigen wird schlicht ein wenig schwindlig. Verlässliche Orientierung geben nur die Kronleuchter, die der Schwerkraft folgen, und ein riesiges Senkblei in Silber und Gold, das im Mittelgang des Hauptschiffs hängt. Seine Spitze zeigt auf eine weiße Marmortafel, wo eine eingravierte schwarze Linie die Bewegung des Bodens seit 1573 zeigt. Man kann darauf klar erkennen, wie sich das Absinken mit der Bevölkerungsexplosion und der massiven Entnahme von Grundwasser Mitte des vergangenen Jahrhunderts beschleunigt hat.

Mitte der 1980er Jahre stand die Kirche so schief, dass der Anbau mit dem Tabernakel einzustürzen drohte. Die Kathedrale wurde deshalb zwischen 1993 und 1998 in aufwendigen Sanierungsarbeiten untergraben und auf einen Betonsockel gestellt. Doch sie bewegt sich weiter, wie die Linie unter dem Senkblei dokumentiert. Die Ingenieure hoffen nun, dass das Gebäude wenigstens gleichmäßig sinken und nicht in Schräglage geraten oder gar auseinanderbrechen möge. Der Boden, der früher einmal ein Seegrund war, hat ein langes geologisches Gedächtnis. Manchmal scheint es fast, als wolle er sich rächen.

¹ Gabriel Auvinet Guichard u. a., „Soil Fracturing Induced by Land Subsidence in Mexico City“, in: „Proceedings of the 18th International Conference on Soil Mechanics and Geotechnical Engineering“, Paris 2013.

² Siehe Pablo Quinde und Eduardo Reinoso, „Subsoil Characteristics of Mexico City, acceleration and hysteretic energy spectra for the Mexico earthquake of September 19, 2017“, in: *Geofísica Internacional*, Bd. 59, Nr. 4 (2020), S. 235.

³ Siehe S. Randal Voss u. a., „A Tale of Two Axolotls“, in: *BioScience*, Bd. 65, Nr. 12 (2015), S. 1135.

⁴ Siehe Mireya Navarro, „New York Is Lagging as Seas and Risks Rise, Critics Warn“, *New York Times*, 10. September 2012.

⁵ Vgl. Krithika Varagur, „Brief aus Jakarta“, *LMD*, Februar 2020.

⁶ Dandy Koswaraputra, „Auf nach Borneo“, *LMD*, April 2022; sowie Christina Schott, „Jakarta: Die sinkende Stadt“, *Wobei*, Magazin der WOZ, 18. Juli 2024.

⁷ Vgl. Shi Ming, „Chinas sinkende Städte“, *LMD*, Dezember 2024.

⁸ Guichard u. a., „Soil Fracturing ...“ (Anm. 1).

Wir machen Lust auf ARTE

Mit uns finden Sie Ihre persönlichen ARTE-Highlights



2 Ausgaben
GRATIS
testen

JETZT SICHERN:

arte-magazin.de/gratis

☎ 040 / 3007 4000



Im April 2024 schaffte es die argentinische Schriftstellerin Selva Almada mit der englischen Übersetzung ihres Romans „No es un río“¹ auf die Shortlist des britischen Booker Prize. Damit reihte sie sich ein in die Riege lateinamerikanischer Autorinnen, die in den letzten Jahren zu den Finalistinnen des renommierten Preises gehörten. In der Vorauswahl für 2024 kam ein Viertel der Werke aus Südamerika.

Der Preis ging an eine andere Autorin, doch die Nominierung verschaffte Almada Zugang zum gewichtigen angelsächsischen Markt. In den letzten zehn Jahren hat der Booker Prize auf diese Weise zahlreiche „Latinas“ bekannt gemacht. Aus Argentinien waren das – neben Almada – Gabriela Cabezón Cámara, Ariana Harwicz, Claudia Piñeiro oder Samanta Schweblin, aus Mexiko Fernanda Melchor und Guadalupe Nettel, aus Peru Gabriela Wiener.

Es gab Verfilmungen wie „Die, My Love“ der Regisseurin Lynne Ramsay (2025) nach dem Roman „Matate, amor“² von Ariana Harwicz und die Netflix-Produktionen „Fever Dream“ (2021) nach dem Roman „Distancia de rescate“³ von Samanta Schweblin und „Temporada de huracanes“ nach dem gleichnamigen Buch⁴ von Fernanda Melchor. Hinzu kommen begeisterte Rezensionen und Porträts in der internationalen Presse und Übersetzungen in Dutzende Sprachen.

Die lateinamerikanische Literatur ist also im Aufwind, und der kommt vor allem durch die Frauen. Schon hört man Vergleiche mit dem Boom des lateinamerikanischen Romans in den 1960er und 1970er Jahren, als Autoren wie der Argentinier Julio Cortázar, der Peruaner Mario Vargas Llosa, der Kolumbianer Gabriel García Márquez und der Mexikaner Carlos Fuentes gefeiert wurden. Augusto Roa Bastos aus Paraguay, der ebenfalls zu dieser Welle gehörte, warf einen ebenso klaren wie kritischen Blick auf diese Begeisterung: „Die Konsumgesellschaft, in der wir leben, hat entdeckt, dass man eine Region mit vielen Autoren ebenso gut ausbeuten kann wie eine Region mit großen Erdölvorkommen.“⁵

Die 2015 verstorbene spanische Literaturagentin Carmen Balcells galt damals als zentrale Figur. Sie vertrat sechs Nobelpreisträger, darunter vier Lateinamerikaner: neben García Márquez und Vargas Llosa den Guatemalteken Miguel Ángel Asturias und den Chilenen Pablo Neruda. Balcells präsentierte einer breiten Leserschaft Autoren aus Ländern, die Europa als „peripher“ ansah, und sorgte für ihren Erfolg – und für die zunehmende Professionalisierung des Schriftstellerberufs.

Die bislang fast unbekannte Figur der Literaturagentin erhielt durch sie ein Gesicht. „Der Boom war in erster Linie der Verdienst einer Frau, die sehr talentierte Autoren ausgewählt und zum Arbeiten gebracht hat“, sagt Gabriela Cabezón Cámara. „Das war eine Machowelt, eine Zeit, als sich die Leute weigerten, von einer Chirurgin operiert zu werden oder in ein Flugzeug zu steigen, das von einer Frau gesteuert wurde. Man war noch nicht bereit, eine weibliche Stimme zu hören.“

Die Schriftstellerinnen von heute verlegen dieses Erbe nicht, bestehen aber darauf: Das ist nicht „der neue Boom“.

„Es hat lediglich ein Wechsel der Beleuchtung stattgefunden wie im Theater“, erklärt die Ecuadorianerin María Fernanda Ampuero. „Zuvor waren die Scheinwerfer auf die männlichen Autoren gerichtet. Die Frauen waren zwar auch auf der Bühne, aber im Dunkel. Um sie zu sehen, musste man wissen, dass sie da waren, und genau hinschauen.“ Der argentinische Schriftsteller Enzo Maquieira, einer der wenigen Männer seiner Generation, der einen Platz im neuen Ökosystem gefunden hat, ergänzt: „Der Boom bestand aus drei, vier Männern, viel Talent, enorm viel Politik und einer guten Preise Marketing. Die heutige Bewegung ist



Lotte Keijzer, *The Intellectual*, 2025, Acrylfarbe und Buntstifte auf Leinwand, 50 × 50 cm

Horror, Alltag, Preise

Der internationale Erfolg lateinamerikanischer Schriftstellerinnen

von Fabien Palem

viel authentischer und in unseren Ländern verwurzelt.“

Der Erfolg der lateinamerikanischen Autorinnen ist auch Ausdruck der Lebendigkeit feministischer Forderungen in einer Region, die noch männlich dominiert ist. Samanta Schweblin, die seit elf Jahren in Deutschland lebt, erlebt es so: „In Berlin ist der Feminismus überall, aber er macht Party. In Lateinamerika befindet er sich im Krieg.“ Wie der Boom im Kielwasser einer politischen Ära entstand, die durch die Kubanische Revolution eröffnet worden war, ist die gegenwärtige Welle eng mit den feministischen Bewegungen der letzten Jahre von Buenos Aires bis Quito, von Santiago de Chile bis Bogotá verbunden.

Wechsel der Beleuchtung

Früher wurde das Bild des Subkontinents von weißen Männern gezeichnet, von Abenteurern, manchmal Revolutionären, oft Frauenhelden. Heute erzählen sehr unterschiedliche, meist weibliche Akteure aus der Region.

Die Ecuadorianerin und Horrorspezialistin Ampuero schafft in ihren Kurzgeschichten eine Atmosphäre ständiger Spannung rund um ihre Heldinnen, über denen eine männliche Bedrohung schwebt.⁶ Viele Autorinnen pflegen eine Literatur des Unheimlichen, die sich um soziale Schrecken, aber auch um das Fantastische des Alltags dreht – wie die Argentinierinnen Mariana Enriquez,⁷ Schweblin und Harwicz (die seit 2007 in Frankreich lebt).

Es ist vorbei mit den Schriftstellertitanen und ihren epischen Erzählungen. Das große Abenteuer, die atemberaubende Fiktion ist heute eher inspiriert von der Pein des Alltäglichen. „Das Persönliche ist politisch“ sagt Guadalupe Nettel. „Zu Zeiten des Booms gab es den totalen Schriftsteller. Heute bekommt Annie Ernaux den Nobelpreis. Das ist recht aufschlussreich.“

Die Vorstellung jedoch, dass sich ihr Erfolg auf die Behandlung spezifisch weiblicher Themen reduzieren ließe, ärgert die Autorinnen. „Natür-

lich gibt es Berührungspunkte zwischen unseren Werken wie überhaupt in der Literatur“, räumt Ampuero ein. „Aber hartnäckig nach bestimmten Gemeinsamkeiten zu suchen, nur weil wir Frauen sind, das ist beleidigend. Frauen machen die Hälfte der Bevölkerung aus und schreiben schon seit jeher, hier in Mexiko mindestens seit Sor Juana Inés de la Cruz.“⁸

„Es sind die Leserinnen, die die Situation auf dem Büchermarkt verändert haben. In Lateinamerika sind 70 Prozent der Leserschaft Frauen“, erinnert Schweblin, die eine der bekanntesten und am meisten übersetzten Schriftstellerinnen Argentiniens ist. In „Das Gift“ saugt das Fantastische die Banalität des Alltags förmlich auf: Im Abstand von einigen Jahren durchleben zwei Mütter dieselbe Erfahrung, die ihre Mutterliebe und ihre Beziehung auf die Probe stellt. Der Leser versinkt in einem seltsamen Universum, das sehr real und zugleich vergiftet ist.

Schweblin wundert sich, dass sie immer gefragt wird, wie sie über die Mutterschaft schreiben könne, ohne selbst Mutter zu sein. „Es ist interessant, wie sehr das die Leute irritiert“, erklärt sie. „Ich bin zwar nicht Mutter, aber seit 46 Jahren Tochter. Das ist eine andere Perspektive auf die Mutterschaft. Niemand würde einen Krimiautor fragen, ob er am Wochenende Leute umlegt, damit er dann über Morde schreiben kann! Die Literatur ist eine Sache der Neugier. Schreiben heißt, in die Haut eines anderen zu schlüpfen.“

Die lateinamerikanischen Autorinnen mögen das Leben von Frauen ins Zentrum ihrer Werke stellen, aber sie schreiben auch gern über Abseitiges und unbekannte Welten. „An den Rändern gibt es etwas, das uns eine Freiheit verleiht, die im Zentrum nicht zu finden ist“, beschreibt es Cabezón Cámara, Autorin von „Las aventuras de la China Iron“ (Random House, 2017), einer Fabel, die das argentinische Nationalepos vom Gaucho Martín Fierro⁹ neu interpretiert. Ihre Geheimwaffe ist dabei die Sprache: Sie verflucht das indigene Guaraní mit Spanisch und Englisch und eröffnet so ein Feld ganz neu-

er Möglichkeiten. Sie erzählt die Geschichte der 14-jährigen China Iron, der indigenen Ehefrau Fierros, die sich in die junge Britin Liz verliebt und ihren Gaucho-Ehemann verlässt.

Fernanda Melchor erkundet in „Saison der Wirbelstürme“ die Gewalt, die das Leben vieler in Mexiko prägt – junger Männer, die in Langeweile, Armut und Kriminalität gefangen sind und mit Drogen und Sex die Zeit totschlagen. Die kolumbianische Schriftstellerin Cristina Bendek schildert das Alltagsleben auf der dicht bevölkerten Karibikinsel San Andrés, von der sie stammt. Jenseits touristischer Klischees erzählt ihr Roman „Los cristales de la sal“ (Charco Press, 2018) die verborgene Geschichte der Insel und ihrer schwarzen Bevölkerung, der Raizales.

Während die Autoren des Booms von europäischen, vor allem spanischen Verlagen abhängig waren, hat sich inzwischen in ganz Lateinamerika eine unabhängige Verlagslandschaft entwickelt. Autorinnen und Verlegerinnen veröffentlichen sich gegenseitig, ein Netzwerk, das ständig neue Talente ans Licht bringt. Der Aufruf von Roa Bastos zur Emanzipation wurde erhört: Anders als beim Schwarzen Gold werden die Werke der lateinamerikanischen Autorinnen exportiert, ohne dass die lokale Bevölkerung ihres literarischen Reichtums beraubt würde.

Bücher auf Deutsch

Sie haben sich immer zu Wort gemeldet, wurden aber kaum wahrgenommen. Zunächst interessierten ihre tragischen Schicksale: Die argentinische Lyrikerin Alfonsina Storni beging Selbstmord, die uruguayische Dichterin Delmira Agustini wurde von ihrem Ehemann ermordet, die chilenische Erzählerin Maria Luisa Bombal verstummte nach wenigen Publikationen.

Als die Autoren des Booms, das Quartett der Herren, Gabriel García Márquez, Carlos Fuentes, Julio Cortázar und Mario Vargas Llosa, weltweite Erfolge feierten, erschienen gleichzeitig auch wunderbare Romane von den Mexikanerinnen Rosario Castellanos oder Elena Garro, um nur zwei inzwischen zu Kultautorinnen avancierte Namen zu nennen. Die Kritik schenkte ihnen keine Beachtung. Die Lyrikerin Alejandra Pizarnik wurde dank Julio Cortázar bekannter, aber erst nach ihrem Selbstmord international berühmt. Auch in Deutschland richtete sich die allgemeine Aufmerksamkeit zwei Jahrzehnte lang vornehmlich auf diese vier Autoren, und die gesamte Literatur des Kontinents wurde meist mit dem irreführenden Begriff des magischen Realismus charakterisiert – der nur auf wenige traf. Erst Isabel Allende verdrängte das Patriarchat mit ihrem Welterfolg „Das Geisterhaus“ (deutsche Erstveröffentlichung 1984) von den ersten Plätzen, wogegen viele Autoren und Kritiker polemisierten.

In letzter Zeit kamen nur wenige Bücher aus Lateinamerika zu uns in den deutschsprachigen Raum, vorwiegend weibliche Stimmen, auch die Resonanz ist bescheiden. Die Großverlage haben den Kontinent leider aus den Augen verloren, aber es engagieren sich unabhängige Häuser. Dabei könnten wir durch diese Werke überraschende Sichtweisen auf den Kontinent gewinnen und die wachsende Selbstbestimmtheit der Frauen in großartigen Texten kennen lernen.

Hier meine Hotlist: Selva Almada führt uns zu dunklen Gewässern in „Kein Fluss“ (Berenberg, 2023), María Gainza in die Kunstwelt in „Schwarzwelt“ (Wagenbach, 2023); Claudia Piñeiro entlarvt kriminelle Machenschaften von Politikern in „Der Privatsekretär“ (Unionsverlag, 2017), und Samanta Schweblin zeigt beängstigende Fantasiewelten in „Das gute Übel“ (Suhrkamp, 2025) – alle vier sind Argentinierinnen.

Lina Meruane erzählt von Palästina in „Heimkehr ins Unbekannte“ (Berenberg, 2020) und María José Ferrada von einer besonderen Vater-Tochter-Reise in „Krampf“ (Berenberg, 2021) – beide Chileninnen. Die Kolumbianerin Maria Ospina erläutert Migration anhand von Zugvögeln in „Für kurze Zeit nur hier“ (Unionsverlag, 2025), die Uruguayerin Mercedes Rosende entwickelt ihre übergewichtige Heldin in kriminelle Abenteuer („Ursula fängt Feuer“, Unionsverlag, 2025), und die Mexikanerin Fernanda Melchor schildert die omnipräsente Gewalt gegen Frauen in „Saison der Wirbelstürme“ (Wagenbach, 2019). Das sind nur einige Beispiele, denn vor uns haben wir ein Kaleidoskop aufregender, verstörender, poetischer oder harter Stimmen: Nicht länger interessieren uns die Biografien, sondern die Werke dieser Autorinnen.

Michi Strausfeld

¹ „Not a River“; auf Deutsch: „Kein Fluss“, übersetzt von Christian Hansen, Berlin (Berenberg) 2023.
² „Stirb doch, Liebling“, übersetzt von Dagmar Ploetz, München (C.H. Beck) 2019.
³ „Das Gift“, Roman, übersetzt von Marianne Gareis, Berlin (Suhrkamp) 2015.
⁴ „Saison der Wirbelstürme“, übersetzt von Angelica Ammar, Berlin (Wagenbach) 2019.
⁵ Zitiert im zweiten Teil des Dokumentarfilms „Impriman la leyenda“ von Cecilia Priego, Canal Encuentro, 2020.
⁶ María Fernanda Ampuero, „Pelea de gallos“, Madrid (Páginas de Espuma) 2018.
⁷ Mariana Enriquez, „Unser Teil der Nacht“, übersetzt von Inka Marter und Silke Kleemann, Stuttgart (Tropen) 2022.
⁸ Dichterin und Dramatikerin, lebte von 1648 bis 1695 im Vizekönigreich Neuspanien, dem heutigen Mexiko.
⁹ Siehe „Die Legende vom Gaucho“, *LMd*, Juli 2023.

Aus dem Französischen von Claudia Steinitz

Fabien Palem ist Journalist.

Gnadenlose Diener der Hindunation

Vor 100 Jahren wurde in der Stadt Nagpur die paramilitärische Organisation RSS gegründet

von Guillaume Delacroix

Jeden Morgen um sechs treffen sich um die 20 Männer aus dem Stadtviertel Shankar Nagar im Park Shivaji von Nagpur (Maharashtra) unter der safrangelben Fahne der Hindunationalisten zur körperlichen Ertüchtigung und zum Beten. „Sangh daksh!“, befiehlt ihr Lehrmeister zu Beginn: „Stillgestanden!“ Die Männer legen die rechte Hand aufs Herz, die linke wird zur Faust geballt und nach unten gestreckt, der Kopf gesenkt – bis ein „Aaram!“ ertönt: „Rühren.“

Das Ganze dauert etwa eine Stunde: aufwärmen, laufen, lockern, atmen, etwas Kampfsport, einige Yogaübungen, zehn Minuten religiöse Unterweisung und zum Schluss ein Gebet. Am Ende wird die Fahne wieder eingezogen, und alle verschwinden in ihren Alltag.

Die Gruppe von Shankar Nagar ist eine Shakha (wörtlich „Zweig“) des radikalhinduistischen Freiwilligenkorps Rashtriya Swayamsevak Sangh (RSS). In allen Nagpurer Vierteln gibt es eine Shakha, ebenso in allen anderen Städten Indiens und überall im ländlichen Raum. Unmöglich zu sagen, wie viele Shakhas es insgesamt sind: Das RSS besitzt keine Satzung und zieht weder Beiträge ein noch verteilt es Ausweise. Insgesamt soll die Organisation zwischen acht und zehn Millionen Mitglieder haben, die von Freiwilligenteams angeworben werden.

Jeder bekommt außerdem eine Fortbildung als Ersthelfer: „Sie betrachten es als ihre Mission, der Gemeinschaft zu dienen“, erklärt Balveer Arora, Politologe und ehemaliger Rektor der Jawaharlal-Nehru-Universität (JNU) in Neu-Delhi: „Sie sind stets die Ersten, die bei einem Zugunglück, einem Erdbeben oder einer Überschwemmung zu Hilfe eilen und somit das Versagen der staatlichen Organe kompensieren.“

Die Organisation, die im September 1925 gegründet wurde und schon mit der britischen Kolonialmacht kollaborierte, zeigte sich gegenüber den wechselnden Regierungen Indiens erstaunlich flexibel. Anfangs sei das RSS dabei eine rein soziokulturelle Bewegung gewesen, sagt Arora. Der politische Flügel kam erst 1951 mit der Gründung der Bharatiya Jana Sangh (Indische Volksvereinigung, BJS) hinzu, aus der 1980 die Bharatiya Janata Party (Indische Volkspartei, BJP) hervorging, mit der Narendra Modi 2014 an die Macht kam und seitdem ununterbrochen den Premierminister stellt.

Im Laufe der Jahre expandierte das RSS mit etwa 40 Unterorganisationen zu einem dichten Netzwerk namens Sangh Parivar (Familie der Organisationen). Es durchdringt heute sämtliche Gesellschaftsbereiche Indiens, wo 80 Prozent der Bevölkerung (1,4 Milliarden Menschen) hinduistisch sind: Wohltätigkeits- und Hilfsorganisationen, Studenten-, Bauern- und Arbei-



Nagpur, 21. März 2009: Der neue RSS-Chef Mohan Bhagwat spricht zu seinen Jüngern picture alliance/ap

tergewerkschaften, religiöse Orden, Vereine zur Förderung von Kultur und Literatur, Verlage, Presseorgane und so weiter und so fort.

„Der RSS funktioniert wie ein soziokulturelles Franchisesystem“, erklärt der 67-jährige Unternehmer Ramesh Mantri, der Linsen und Trockenfrüchte vertreibt. Nur dass beim RSS alle auf der gleichen Stufe stünden. Gemeinsam arbeite man „am sozialen Miteinander, wie es uns die ‚Bhagavad Gita‘ lehrt“. Der „Gesang des Erhabenen“ aus dem Sanskrit-epos „Mahabharata“ ist das wichtigste religionsphilosophische Gedicht des Hinduismus und soll zwischen dem 5. und 2. Jahrhundert v. Chr. entstanden sein.

Mantri trägt das Tilaka auf der Stirn, das rote hinduistische Segenszeichen. Im RSS ist er nur ein einfacher Swayamsevak, ein Freiwilliger. Seine Eltern waren bereits Mitglieder der Organisation, genau wie heute seine Kinder: „Ich wäre bestimmt ein anderer Mensch, wenn ich nicht dem RSS angehören würde.“

Jedes Jahr zwischen Ende Juni und Anfang Juli werden die RSS-Anhänger dazu aufgerufen, für ihre Shakha zu spenden: „Man steckt das Geld in einen Umschlag und legt ihn unter der Safranfahne ab. Jeder spendet so viel,

wie er kann, das können 10 Rupien [circa 1 Euro] oder 1 Lakh [circa 1000 Euro] sein“, erklärt Mantri. Die Spenden sind offiziell die einzige Einnahmequelle, mit der unter anderem die 6000 Pracharaks (Prediger) finanziert werden. Sie haben ein Keuschheitsgehlöbde abgelegt und sind hauptberuflich für das RSS tätig. Der 74-jährige Narendra Modi, der bereits mit acht Jahren dem Freiwilligenkorps beitrug, war von 1971 bis 1987 Pracharak.

Die Pracharaks sind dazu angehalten, ein bescheidenes Leben zu führen; sie essen meist bei Mitgliedern und deren Familien und verbringen den größten Teil ihrer Zeit damit, durchs Land zu reisen, um die Shakhas und das Sangh-Parivar-Netzwerk zu kontrollieren. Ihre Reiseausgaben werden durch Spenden gedeckt.

Wenn man in den Straßen von Nagpur, wo das RSS vor 100 Jahren gegründet wurde und auch seine Führung sitzt, die Spenden erwähnt, ertönt man ein ironisches Lächeln. Es wird gemunkelt, dass in den Privatjets und Hubschraubern, die ständig auf dem Flughafen landen und wieder abheben, Koffer voller Geld transportiert würden, das die indische Elite der Hinduorganisation spendet.

Die für ihre Orangenzucht berühmte Stadt liegt in der geografischen Mitte des Lands, fast gleich weit entfernt von den vier großen Metropolen Neu-Delhi, Mumbai, Chennai und Kolkata. In Nagpur lagern die Goldreserven der Zentralbank, hier kreuzen sich die wichtigsten Straßen und Eisenbahnlinien.

Nagpur ist der Geburtsort von RSS-Gründer Keshav Baliram Hedgewar (1889–1940). Nach dem Vorbild von Mussolinis faschistischen Schwarzhemden organisierte der Arzt aus der Kaste der Brahmanen zuerst ein Jugendtrainingslager. Dort lernten die Jungen den Umgang mit dem Lathi, einem Bambusstock, den indische Polizisten noch heute tragen. Die RSS-Uniform besteht aus einem weißen Hemd und einer schwarzen Kappe; 2016 wurden die weiten Kakishorts durch eine dunkelbraune lange Hose ersetzt.

Das RSS leitet heute das größte Netzwerk schulischer Einrichtungen in Indien. In einem Land, in dem die Hälfte der Bevölkerung unter 25 Jahre alt ist, wird die Pädagogik zum Schlüssel der nationalistischen Indoktrination. Laut einem Referenten des Informationsministeriums (das ausländische Journalisten sorgsam überwacht) unterhält die RSS-Bildungsorganisation Vidya Bharati (Indische Weisheit) etwa 30 000 Schulen. Ihre Zahl habe sich in den vergangenen zehn Jahren mehr als verdoppelt, sodass man ungefähr 7 Millionen Kindern aus staatlichen Schulen abwerben könnte.

„Das RSS hat durch ihre Schulen einen großen Einfluss auf die Grund- und Sekundarschulbildung, aber auch

auf das nationale Bildungssystem“, erklärt Balveer Arora. Immer mehr Lehrer- oder Schulleiterposten würden mit RSS-Mitgliedern besetzt und die Lehrpläne in deren Sinne umgeschrieben.

So wird den Kindern eingetrichtert, sie stammten von den Ariern ab. Sie lernen nichts mehr über die islamische Mogulzeit (1526–1858). Auch der Name des ersten Staatschefs des unabhängigen Indiens, Jawaharlal Nehru, wird systematisch aus den Schulbüchern getilgt, weil er Sozialist und „Säkularist“ war. Dasselbe geschieht im Hochschulbereich. Inzwischen leitet ein RSS-Mitglied die University Grants Commission (UGC), das Kontrollorgan der staatlichen Universitäten. „Seit die BJP an der Macht ist, wurde die Jawaharlal-Nehru-Universität, früher eine Bastion des liberalen Denkens, komplett umgekrempelt“, berichtet deren ehemaliger Rektor Arora.

Frühsport und Fahnenappell

Kurz nachdem die BJP im Juni 2024 bei den Parlamentswahlen gewonnen, die absolute Mehrheit im Unterhaus des Parlaments (Lok Sabha) allerdings verfehlt hatte, erreichte die Unterwanderung des Staats durch den RSS einen neuen Höhepunkt. Im Wahlkampf waren Risse zwischen der BJP und dem RSS sichtbar geworden: Der Personenkult um Modi und dessen ausgeprägter Narzissmus kommen bei der Organisation nicht gut an. RSS-Chef Mohan Bhagwat kritisierte nach dem schlechten Wahlergebn sogar offen die „Arroganz“ der BJP.¹

Der geschwächte Modi handelte schnell: Wenige Wochen nach seiner Wiederwahl hob er per Dekret das Verbot für Beamte auf, sich im RSS zu engagieren. Bis dahin waren RSS-Mitglieder vom öffentlichen Dienst ausgeschlossen, weil die Organisation in der Vergangenheit dreimal verboten worden war: 1948 nach der Ermordung Mahatma Gandhis durch einen RSS-Sympathisanten; 1975, als Premierministerin Indira Gandhi den Ausnahmezustand verhängt hatte; und 1992 nach der Zerstörung der Babri-Moschee von Ayodhya (Uttar Pradesh) durch Hindu-fundamentalisten.

Bis heute berufen sich die Anführer des RSS auf den rechtsextremen Denker Vinayak Damodar Savarkar (1883–1966). Sein 1923 veröffentlichtes Pamphlet „Essentials of Hindutva“ machte den Begriff Hindutva populär. Laut Savarkar sind Indier und der Hinduismus ein und dasselbe. Letzterer sei keine Religion wie jede andere, sondern eine Lebensweise für eine ganze Zivilisation. Mit der indischen Verfassung und der in ihr festgelegten föderalen Struktur des Lands sei diese identitäre Vorstellung allerdings unvereinbar, erklärt Eswaran Sridharan, akademi-

scher Leiter des Instituts für Indiestudien der Universität von Pennsylvania in Neu-Delhi.

Auch Modi beruft sich auf Savarkar. Als er im Februar 2025 Marseille besuchte, um das nahe gelegene internationale Kernfusionprojekt ITER – an dem auch Indien maßgeblich beteiligt ist – zu besichtigen, lobte er später öffentlich den „Mut“ Savarkars. Dieser war 1909 angeblich von einem Schiff, das ihn nach seiner Verhaftung in London nach Indien bringen sollte, nach Marseille geschwommen.² Laut Arun Shourie, der um die Jahrtausendwende in der ersten BJP-Regierung Minister war, ist diese Geschichte jedoch komplett erfunden.³

Im November 2022 nutzte Modi die Vorbereitungen zum G20-Gipfel, den Indien 2023 ausrichten sollte, und lud ausländische Diplomaten auf die Andamanen ein, um das ehemalige britische Kolonialgefängnis zu besuchen, in dem Savarkar von 1911 bis 1921 einsaß. Keiner dieser Diplomaten hielt es für angebracht, daran zu erinnern, dass Savarkar 1939 gefordert hatte, man solle Indiens Muslime genauso verfolgen wie die Nazis in Deutschland die Juden.⁴

Das Projekt, Indien von einem säkularen Staat in einen ethnisch-nationalistischen Staat zu verwandeln, war die Idee von Madhav Sadashivrao Golwalkar (1906–1973), dem Verfechter der Hindu Rashtra (Hindunation). Golwalkar leitete das RSS in der Nachfolge von Hedgewar mehr als 30 Jahre lang. Der Mann mit den langen Haaren und dem buschigen Bart, der wie ein Halbgott verehrt wurde, war ebenfalls Hitler-Anhänger.

Golwalkar machte das RSS vor allem durch zwei Schriften populär, deren Lektüre für jedes Mitglied verpflichtend ist: „We or Our Nationhood Defined“ (Bharat Publications, 1939) und „Bunch of Thoughts“ (Sahitya Sindhua Prakashana, 1966). Darin nimmt er seine drei Obsessionen ins Visier: Muslime, Christen und Kommunisten. In ersterem Buch schreibt er: „Fremde Rassen müssen entweder die Kultur und Sprache der Hindus übernehmen, oder sie müssen sich, um im Land bleiben zu dürfen, komplett der Hindunation unterwerfen; ohne Ansprüche zu stellen, Privilegien zu verdienen oder irgendwelche Vorzugsbehandlung – nicht einmal bürgerliche Rechte.“

Besucher der RSS-Zentrale in Nagpur bekommen indes eine andere Geschichte zu hören. Die Zentrale ist in einem unscheinbaren Gebäude in der Nähe des gigantischen, staubigen Sportplatzes Reshimbagh untergebracht. Am Fuße einer riesigen Hedgewar-Statue wird einem erzählt, dass die Organisation „inklusiv“ sei und alle Menschen mit „offenen Armen“ empfange, „Muslime und Chris-

ANZEIGE



Fotos für die Pressefreiheit 2025 erscheint am 15. September zum Tag der Demokratie

Ein riesiges Poster des Ex-Diktators Assad hängt in Fetzen neben einer kaum befahrenen Straße in Damaskus. Am 8. Dezember 2025 haben islamistische Kämpfer die syrische Hauptstadt in einer Blitzoffensive erobert und die jahrzehntelange Herrschaft der Assad-Familie beendet. © Sameer Al-Doumy / AFP

Reporter ohne Grenzen setzt sich für Informationsfreiheit ein und hilft verfolgten Journalist*innen. Helfen Sie uns zu helfen und bestellen Sie das neue Fotobuch: reporter-ohne-grenzen.de/fotobuch



EIN STARKES BILD DER LAGE KANN SIE VERÄNDERN

Jetzt bestellen: Fotos für die Pressefreiheit 2025



Aufmarsch zum 75. Jahrestag der indischen Verfassung, Nagpur, 26. Januar 2024
picture alliance/sipa USA/Hindustan Times

ten inbegriffen“. Obwohl keine einzige Frau zu sehen ist, gibt es, wie meine Gastgeber betonen, einen parallelen Frauenzweig mit Büros einen Kilometer entfernt im Stadtteil Dhantoli.

Das 1936 gegründete Rashtra Sevika Samiti (Nationale Frauenfreiwilligenkomitee) ist allerdings bescheidener als sein großer Bruder. Es hat nur 4000 Shakhas, in denen die Vermittlung traditioneller Familienwerte durch die Lehre vedischer Schriften und Kampfkünste an erster Stelle steht.⁵

„Die RSS-Aktivisten sind Meister der Doppelzüngigkeit“, erklärt Nilanjan Mukhopadhyay, Journalist und Autor von „The RSS: Icons of the Indian Right“ (Tranquebar, 2019). „Sie beteuern, nichts gegen Muslime zu haben, zugleich aber bezeichnet Innenminister Amit Shah sie als ‚Termiten‘, von denen sich Indien befreien müsse. Sie wiederholen ständig, dass die derzeitige Regierung niemanden diskriminiert und allen Bedürftigen hilft; kein Wort darüber, dass das Regime andauernd gegen die Menschenrechte und den Verfassungsartikel 14 verstößt, der allen Bürgern Gleichheit vor dem Gesetz garantiert.“ RSS-Chef Bhagwat verkündet öffentlich, die LGBT-Community habe „das Recht zu leben wie die anderen“, während die Wortführer der Organisation Homosexualität regelmäßig als „krankhafte Störung“ bezeichnen.⁶

Das Weltbild der RSS-Ideologen sei tatsächlich denkbar schlicht, erklärt der Politikwissenschaftler Jyotirmaya Sharma von der Universität Hyderabad in seinem Standardwerk zur Hindutva⁷: Hindus seien arischen Ursprungs, und zu Indien gehörten nur diejenigen, die es als ihr Vaterland (*pitribhumi*) und heiliges Land (*punyabhumi*) betrachten; das treffe auf Hindus, Jains, Sikhs und Buddhisten zu, nicht aber auf Muslime, Christen, Zoroastrier und Juden; diese vier Religionen seien Indien fremd.

Vilas Kale, ein Schmuckhändler aus Nagpur, erklärt stolz: „Vinayak Damodar Savarkar war der Erste, der den Hindus ihr Selbstvertrauen zu-

rückgegeben hat, als er erklärte, dass der Hinduismus, anders als im Westen behauptet, keine heidnische Religion ist.“ Selbst nach der Unabhängigkeit 1947 hätten sich die Hindus noch für ihre Religion geschämt. Das RSS habe ihnen geholfen, dieses Gefühl zu überwinden. „Und Narendra Modi, der 2014 an die Macht kam, hat die Wiederherstellung unseres Stolzes vollendet“, schwärmt der 74-jährige, der in einer Villa mit üppigem tropischem Garten wohnt.

Auch Kale nimmt jeden Morgen am Fahnenappell seiner Shakha teil. Seit seiner Kindheit gehört er dem RSS an, wie schon sein Vater und sein Onkel. „Das Interessanteste, was ich gelernt habe, ist kultureller Natur. Die Hauptaufgabe der Organisation ist, das Erbe unserer Zivilisation zu bewahren, die Werte, auf denen unsere Gesellschaft gründet. Es geht nicht darum, dass die hinduistischen Götter anderen überlegen wären, sondern um die Frage, warum Indien jahrhundertlang von anderen Kulturen und Religionen unterworfen und von außen angegriffen wurde.“

Für Kale begann Indiens Niedergang, als sich ab dem 8. Jahrhundert der Islam auf dem Subkontinent ausbreitete. Die muslimische Präsenz dauerte tausend Jahre an und gipfelte im Mogulreich, das dann vom British Empire abgelöst wurde. „1200 Jahre Sklaverei“, wettet Modi für gewöhnlich und ignoriert die historische Forschung zum inspirierenden und fruchtbaren Zusammenleben von Hindus und Muslimen seit dem Mittelalter, während der Renaissance und noch zu Beginn der Neuzeit.

Mit keinem Wort erwähnt Kale jedoch die antimuslimischen Übergriffe, die in BJP-regierten Bundesstaaten wie Uttar Pradesh, Madhya Pradesh oder Uttarakhand immer mehr zunehmen. „Hinduismus und Fanatismus schließen sich aus“, versichert er. „Ihrem Wesen nach sind Hindus friedlich. Wenn Einzelne Andersgläubige angreifen, sind das Ausnahmen.“ Als Beweis fügt er an, dass Indien eins der

wenigen Länder sei, das noch nie einen Krieg begonnen hat. Ihm zufolge habe das RSS lediglich darauf hingewirkt, die Hindus zu „einen“, die zu lange „gespalten“ waren. Damit benennt der Schmuckhändler tatsächlich das Erfolgsrezept der hindunationalistischen Bewegung, mit dem sie sowohl die aufstrebende Mittelschicht als auch die benachteiligten Massen erreicht.

Wenn Modi vor jubelnden Menschenmengen verkündet, das 21. Jahrhundert werde „das Jahrhundert Indiens“, verspricht er damit zu heilen, was der indische Literaturnobelpreisträger V. S. Naipaul (1932–2018) einst als Indiens „verwundete Kultur“ bezeichnet hatte.⁸

Modi verspricht, die Demütigung, die sein Volk unter dem Joch der Invasoren erleiden musste, wiedergutzumachen und ihm sein verdientes Prestige zurückzugeben.

Rama-Tempel auf den Ruinen einer Moschee

Der in hindunationalistischen Kreisen gut vernetzte Journalist Swapan Dasgupta, der von 2016 bis 2021 für die BJP im Oberhaus des Parlaments (Rajya Sabha) saß, analysiert es wie folgt: „Nach zwölf Jahrhunderten unter fremder Besatzung haben die Hindus immer noch das Gefühl, keine Souveränität zu besitzen. Die schmerzhafteste Erinnerung an die Versklavung verstärkt den Minderwertigkeitskomplex gegenüber den angeblich so virilen Muslimen und überheblichen Westlern, der die Hindus bis vor Kurzem geprägt hat.“

Modis ehrgeiziges Ziel steht allerdings ein großes Hindernis im Weg: das hierarchische Kastensystem, das die indische Gesellschaft seit drei Jahrtausenden strukturiert und spaltet. Man wird in eine Kaste hineingeboren, heiratet innerhalb seiner Kaste, und wehe, man verstößt gegen die Regeln. Hartosh Singh Bal, Chefredakteur von *The Caravan*, einer der letzten unabhängigen Zeitungen Indiens, er-

klärt, dass die Hindunationalisten die interne Sprengkraft des Kastensystems und die Notwendigkeit eines Gemeinschaft stiftenden Elements erkannt hätten: „Daher rührt das Interesse, die Muslime zum gemeinsamen Feind zu erklären.“

Zum Spaltpilz entwickelten sich auch die staatlichen Maßnahmen, die insbesondere seit den 1990er Jahren unternommen wurden, um die sozialen Verwerfungen des Kastensystems zu lindern, das seit der Unabhängigkeit von den politisierten unteren Kasten immer stärker infrage gestellt wurde. Die oberen Kasten, die glauben, dass ihnen die gesellschaftliche Macht rechtmäßig zustehe, übten scharfe Kritik an der institutionalisierten positiven Diskriminierung zugunsten der unteren Kasten, die über ein Quotensystem endlich Zugang zu höher dotierten Ämtern im öffentlichen Dienst bekamen und nicht mehr nur die niederen, schlecht bezahlten Arbeiten verrichten mussten. Das ging so weit, dass sich Studierende aus höheren Kasten aus Protest selbst anzündeten.

Das RSS, das positive Diskriminierung ebenfalls ablehnt, verwendete viel Energie darauf, die Kritik am Kastensystem zu unterdrücken und die soziale Wut der unteren Kasten auf Muslime umzulenken. Bislang hatte sich die BJP auch geweigert, eine Volkszählung nach Kasten durchzuführen – die letzte fand 1931 statt –, weil sie fürchtet, dass die unteren Kasten und andere Benachteiligte, die noch nicht einmal in dieser Klassifikation auftauchen, erkennen könnten, dass sie 90 Prozent der Bevölkerung ausmachen. Doch schließlich musste die BJP der Opposition nachgeben. 2026 soll nun eine Volkszählung stattfinden, die auch die Kastenzugehörigkeit abfragt.

Vor diesem Hintergrund wird klar, warum das RSS so viel Energie auf Ayodhya verwendet hat. Die kleine Stadt in der Gangesebene, die heute ironischerweise als „Mekka der Hindus“ bezeichnet wird, war für seine Moschee berühmt, die im 16. Jahrhundert auf Befehl des ersten Mogulherrschers Babur erbaut wurde. Seit seiner Gründung hatte das RSS immer wieder angekündigt, die Moschee abzureißen und an ihrer Stelle einen Tempel zu Ehren Ramas zu errichten. Der Avatar von Gott Vishnu soll nämlich genau an dieser Stelle zur Welt gekommen sein.

Am 6. Dezember 1992 rückten fanatische Anhänger des Vishwa Hindu Parishad (VHP, religiöser Arm des RSS) mit Spitzhacken und Hämmern an und zerstörten die Moschee. Danach kam es monatelang in ganz Indien zu blutigen Auseinandersetzungen zwischen Hindus und Muslimen mit mehreren tausend Toten. Nach langem juristischen Hickhack weihte Premierminister Modi schließlich 2024 an derselben Stelle einen Rama-Tempel ein.

Singh Bal kommentiert: „Im Laufe des vergangenen Jahrhunderts ist es dem RSS gelungen, ein politisches Sys-

tem zu etablieren, in dem ihm alle Parteien aus Furcht, als antihinduistisch abgestempelt zu werden, Gefolgschaft leisten. Wie das RSS das Land verändert hat, erkennt man auch daran, dass keine Partei gegen den Tempelbau in Ayodhya protestiert hat.“

Aber auch das Freiwilligenkorps hat sich verändert. Laut Swapan Dasgupta sei das RSS gegründet worden, um „Leute, die damals nichts anderes zu tun hatten, unter einer Fahne zu versammeln. Die Eltern freuten sich, dass die Organisation ihren Kindern eine Beschäftigung bot. Aber heute gibt es Smartphones und keine Langeweile mehr; das ist eine große Herausforderung für das RSS.“ Dabei hat sich die Organisation schon früh die neuen Medien zunutze gemacht und verbreitet heute mithilfe einer Trollarmee, die schätzungsweise 10 000 Personen umfasst, über die sozialen Netzwerke in allen indischen Sprachen seine Propaganda und Desinformation.

Im Februar 2025 ist die RSS-Leitung in ein neues Hauptquartier in Neu-Delhi gezogen, eine weitere Demonstration ihrer Macht. Das zwölfstöckige Hochhaus im Stadtteil Jhandewalan liegt nur zehn Autominuten entfernt vom Connaught Place, dem Zentrum der Hauptstadt. Trotz seiner historischen Bedeutung rückt Nagpur nun in den Hintergrund.

Und auch im Ausland wird das RSS immer aktiver. Es will die indische Diaspora in 25 Ländern, insbesondere in den USA und in Großbritannien, für seine Sache gewinnen.⁹ Auch die Europäische Union wird bald ihren ersten traditionellen Hindutempel bekommen; er entsteht gerade in der französischen Gemeinde Bussy-Saint-Georges (Region Île-de-France) und soll 2026 eingeweiht werden.

¹ Deeptiman Tiwary, „Mohan Bhagwat. ‚True sevak is never arrogant ... in polls, decorum was not kept‘“, *Indian Express*, 11. Juni 2024.
² „Modi Mentioned Savarkar’s ‚Courageous Escape‘ in Marseille. Was Is That?“, *The Wire*, 13. Februar 2025.
³ Arun Shourie, „The New Icon. Savarkar and the Facts“, New York (Viking Press) 2025.
⁴ Vgl. Ilija Trojanow, „Sie nennen es Bharat“, in: *Edition LMD No. 37* („Indien. Modi und die Farbe der Macht“), Berlin (taz Verlag) 2025.
⁵ Vgl. „How women inspired by RSS built their own pan India organisation“, *rssfacts.org*, 19. September 2023; und Arun Anand, „How an all-women organisation inspired by the RSS is making rapid strides“, *rssfacts.org*, 2. März 2025.
⁶ Rupam Jain und Arpan Chaturvedi, „Leader of influential Hindu group backs LGBT rights in India“, Reuters, 11. Januar 2023; und „Doctors think homosexuality is a disorder; ‚cure‘ them instead of legalising same-sex marriage. RSS body survey“, *Mint*, 6. Mai 2023.
⁷ Jyotirmaya Sharma, „Hindutva. Exploring the idea of hindu nationalism“, London/Neu-Delhi (Penguin) 2003.
⁸ V. S. Naipaul, „Indien. Eine verwundete Kultur“, Zug (Edition Sven Erik Bergh) 1978.
⁹ Siehe Ingrid Therwath, „Die Hindu-Internationale“, *LMD*, Februar 2023; und Lou-Eve Popper, „Importierter Religionskampf“, *LMD*, Februar 2023.

Aus dem Französischen von Uta Rüenauer

Guillaume Delacroix ist Journalist und (zusammen mit Sophie Landrin) Autor von „Dans la tête de Narendra Modi“, Arles (Actes Sud) 2024.

ANZEIGE

Die neue Sehnsucht: hinaus in die Landschaft

Reportagen #84: Auf zwei Rädern, ganz bei sich

Das Magazin mit dieser und weiteren Reportagen ist im Buch- und Zeitschriftenhandel erhältlich.

JETZT KENNENLERNEN!
shop.reportagen.com/lmd



LE MONDE *diplomatique*



Dieses Semester wird alles anders.

Bleibt informiert mit der weltweit größten Zeitung für internationale Politik! Für Studierende gibt es das LMd-Jahresabo digital zum Sonderpreis von nur 32,40 Euro plus Prämie (Atlas der Globalisierung oder Edition LMd).

Hier bestellen:
monde-diplomatique.de/zeitungsabo



Kryptospalten die Welt

Szenarien eines künftigen Währungskriegs

von Frédéric Lemaire und Dominique Plihon

In seiner ersten Amtszeit (2017–2021) hatte Donald Trump den Bitcoin noch als „Betrug“ und „Konkurrenz zum US-Dollar“ bezeichnet. Heute ist er einer der größten und mächtigsten Krypto-Fans. So verkündete er bei einem Gipfeltreffen mit Branchengrößen am 7. März, er werde Washington zur „Welthauptstadt der Kryptowährungen“ machen.¹

Schon drei Tage vor seiner Amtseinführung hatte der Milliardär Trump eine eigene digitale Währung namens \$Trump zum Verkauf angeboten. „Die gegen Krypto zu Felde ziehende Schreckensherrschaft ist vorbei“, jubilierte damals David Sacks, ehemals Chief Operating Officer von Paypal.² Der libertäre Milliardär wurde von Trump an die Spitze der Arbeitsgruppe für digitale Märkte (Working Group on Digital Asset Markets) berufen, die Maßnahmen zur Förderung der Krypto-Assets vorschlagen soll. Davon soll auch die eigene Familie profitieren: An der neuesten Krypto-Firma namens American Bitcoin sind zwei Trump-Söhne mit 20 Prozent beteiligt.

Ganz offensichtlich will der US-Präsident sein Land auf die Entwicklung privater Kryptowährungen der „zweiten Generation“ einschwören, die Krypto-Werte wie den Bitcoin ablösen könnten.³ Dabei setzt Trump voll auf den Markt und das Instrument der Stablecoins, was die großen Player der Branche in Begeisterung versetzt. Diese Strategie ist der Gegenentwurf zum Konzept des digitalen Zentralbankgelds (CBDC), bei dem China die Nase vorn hat. Zwar entwickeln sich beide Versionen von Kryptowährung derzeit nebeneinander, doch auf längere Sicht geht die Welt schrittweise einer monetären Spaltung entgegen.

Stablecoins gibt es seit 2014. Der Wert dieser Krypto-Assets ist an eine gesetzliche Währung (meist den US-Dollar) oder einen Währungskorb gekoppelt. Diese Anbindung soll den Stablecoins (wie schon der Name suggeriert) Stabilität verschaffen und unterscheidet sie von den Kryptowährungen der ersten Generation, deren Kurse sehr stark schwanken.

Ursprünglich wurden Stablecoins genutzt, um auf Handelsplattformen die Umwandlung von Kryptowährungen in dauerhafte Werte zu erleichtern. Mittlerweile sind sie zu einem eigenständigen Zahlungsmittel geworden.

Transaktionen mit Stablecoins bieten mehrere Vorteile: Sie lassen sich in Sekundenschnelle ausführen, während Transaktionen über das Bankensystem Bearbeitungszeit kosten. Sie sind transparent, da sie in der Blockchain, einer digitalen Technik zur Speicherung und Übertragung von Informationen, erfasst werden. Sie sind anonym, da keine Identitätsprüfung durchgeführt wird, und leicht zugänglich, denn sie erfordern lediglich eine Internetverbindung und kein Bankkonto. Zudem sind sie weitaus kostengünstiger als internationale Zahlungsaufträge.

2024 hat das Volumen von Transaktionen mit Stablecoins massiv zugenommen. Laut einer im Januar 2025 von der Plattform Cex.io veröffentlichten Studie belaufen sie sich mittlerweile auf nahezu 28 Billionen US-Dollar; das übersteigt bereits den Gesamtwert der Transaktionen, die mit Visa und Mastercard abgewickelt werden.⁴ Zum Vergleich: Im Oktober 2020 hatte das Stablecoinvolumen noch nicht einmal 100 Milliarden US-Dollar erreicht.⁵

Allerdings relativiert sich die Zahl für 2024 dadurch, dass es sich bei mindestens 70 Prozent dieses Transaktionsvolumens um sehr kurzfristige Arbitragegeschäfte von automatisierten Handelsrobotern handelt. Diese Transaktionen werden eingesetzt, um geringfügige Preisschwankungen auf Krypto-Plattformen auszunutzen.

In jedem Fall sind Stablecoins bereits in der Lage, mit den traditionellen Zahlungsmitteln zu konkurrieren. Den privaten Unternehmen, die sie emittieren, winken hohe Einnahmen durch die Transaktionsgebühren, die sich bisher Konzerne wie Visa, Mastercard oder Western Union gesichert haben.

Aktuell scheint Amazon die Einführung einer eigenen Kryptowährung ins Auge zu fassen. Diese könnten dann hunderte Millionen aktiver Nutzer für Transaktionen auf der Amazon-Plattform nutzen, die man überdies durch Sonderangebote, Rabatte oder Geschenke zur Nutzung dieses Zahlungsmittels animieren würde. Damit hätte Amazon die Möglichkeit, hohe Transaktionsgebühren einzunehmen und seine Kundinnen und Kunden noch stärker an seine Plattform zu binden.

Trumps Finanzminister Scott Bessent hat die Strategie, die auf die Entwicklung privat emittierter Stablecoins mit US-Dollar-Bindung setzt, am 7. März 2025 auf dem „Krypto-Gipfel“ im Weißen Haus verkündet. Diese auch als Krypto-Merkantilismus bezeichnete Doktrin liegt dem Gesetzentwurf der Trump-Regierung zur Entwicklung von Stablecoins (Guiding and Establishing National Innovation for US Stablecoins, kurz Genius) zugrunde. Für Yanis Varoufakis, den griechischen Ex-Finanzminister, handelt es sich dabei um ein „trojanisches Pferd zur Privatisierung des Gelds“. Das Gesetzesvorhaben laufe darauf hinaus, „die Vorherrschaft des Dollar an die finstersten Mächte der Techindustrie outzusourcen“.⁶

Im März 2025 hat die von der Familie Trump kontrollierte Plattform World Liberty Financial einen neuen, an den Dollar gekoppelten Coin namens USD1 aufgelegt. Inzwischen wird gegen den US-Präsidenten deswegen der Vorwurf eines Interessenkonflikts erhoben. Anlass war die Ankündigung eines staatsnahen Fonds aus Abu Dhabi, 2 Milliarden US-Dollar in den USD1 zu investieren. Unzweifelhaft wollen sich die Vereinigten Arabischen Emirate (VAE) damit die Gunst des US-Präsidenten sichern.

In geldpolitischer Hinsicht könnten die Stablecoins für die USA zum Glücksfall werden. Es scheint durchaus möglich, dass die an den Greenback gekoppelten Stablecoins – die im März 2025 etwa 97 Prozent des Krypto-Markts ausmachten – zu einer Redollarisierung der Weltwirtschaft beitragen. Mit diesem Instrument erhalten Menschen auf der ganzen Welt Zugang zu einer Art digitalem US-Dollar, womit sie sich etwa gegen die Inflation in ihrem Land schützen können. Fast 50 Prozent der Stablecoininhaber in fünf großen Schwellenländern halten diese Krypto-Werte nämlich primär zur Vermögenssicherung.⁷

In den letzten Jahren war weltweit eine relative Abkehr vom US-Dollar zu beobachten. Stablecoins könnten diese Dynamik nun wieder umkehren und durch zusätzliche Mittelzuflüsse die Finanzierung der US-Staatsschulden erleichtern. Wenn ein privates Unternehmen einen solchen Krypto-Wert emittiert, legt es die erhaltenen Gelder ganz oder teilweise in US-Staatsanleihen an. Mit diesen US-Treasurys soll die potenzielle Umwandlung des Instruments in seine Basiswährung garantiert werden. Laut einem Bericht des Finanzdienstleistungsriesen Citigroup könnte der Stablecoinmarkt bis 2030 ein Volumen von 1,6 Billionen Dollar erreichen.⁸ Damit würden die Emittenten dieser Vermögenswerte zum größten Gläubiger der USA aufsteigen, noch vor Japan und China.

Die Entscheidung der US-Regierung für Stablecoins birgt jedoch auch Risiken. Die meisten Techunternehmen, die Stablecoins in US-Dollar emittieren, agieren wie Pseudo- oder Schattenbanken. Sie vergeben Kredite und erzeugen damit Geld, ohne an die ohnehin minimalen Sicherheitsvorkehrungen und Aufsichtsregeln des traditionellen Bankensystems gebunden zu sein.

Zum Beispiel gibt es in diesem Sektor keinen Mechanismus, der mit der Einlagensicherung im Bankwesen vergleichbar wäre. Diese wurde in den USA nach dem Börsencrash von 1929 eingeführt und nach der Weltfinanzkrise von 2008 ausgeweitet. Die Einlagensicherung soll Runs auf Banken vorbeugen – also verhindern, dass die Bankkunden bei ersten Anzeichen von Schwäche eines Instituts sämtliche Guthaben abziehen.

Im Fall der Stablecoinemittenten könnte eine solche Panik eine destruktive Abwärtsspirale in Gang setzen: Käme es zu massiven Stablecoinverkäufen, müssten diese Unternehmen ihre Bestände an US-Staatsanleihen abbauen – mit der Folge, dass die Kurse der US-Treasurys sinken und die verbleibenden Bondspositionen in den Portfolios der Stablecoinemittenten an Wert verlieren. Der Einbruch des Anleihemarkts würde dann die Krise verschärfen und den US-Dollar schwächen, den die Stablecoins doch eigentlich stärken sollten. Käme es dann zur Insolvenz von Stablecoinemittenten, verlören die Inhaber der betreffenden

Krypto-Werte ihr gesamtes investiertes Kapital. Und hätten dann keinen Anspruch auf Entschädigung mangels entsprechender Anlegerschutzmaßnahmen.

China hat einen radikal anderen Weg eingeschlagen. Peking setzt auf Digitales Zentralbankgeld (Central Bank Digital Currency, CBDC): eine von der Zentralbank ausgegebene öffentliche Kryptowährung. China ist nicht das einzige Land, das auf diese Methode setzt. 2024 wurden in mehr als 130 Ländern Überlegungen zum Thema CBDC angestellt. Und Nigeria, die Bahamas sowie Jamaika haben das Digitale Zentralbankgeld bereits eingeführt.

Solches CBDC hat – anders als private Stablecoins – den Status eines gesetzlichen Zahlungsmittels und kann je nach Land und Entwicklungsstand ganz unterschiedliche Funktionen erfüllen. Es kann dem Ziel dienen, eine Bargeldalternative anzubieten und der Allgemeinheit den Zugang zu einem staatlich garantierten Zahlungsmittel zu verschaffen, die Kosten im Zahlungsverkehr zu senken oder Geldgeschäfte rückverfolgbar zu machen, um illegale Transaktionen zu unterbinden.

Digitales Zentralbankgeld wird in zwei Formen emittiert. Das Wholesale-CBDC, das zur Abwicklung von Großtransaktionen bestimmt

ist, darf nur von Finanzintermediären gehalten werden, die dafür eine Genehmigung der Zentralbank haben. Das Retail-CBDC ist hingegen für das breite Publikum zugänglich; im Grunde handelt es sich um eine digitale Form des derzeitigen Bargelds.

Wholesale- und Retail-CBDC dienen komplexen Zwecken. Erstere sollen die Effizienz und Sicherheit grenzüberschreitender Zahlungen zwischen Finanzintermediären verbessern, und zwar durch die Senkung der Kosten für Auslandsgeschäfte. Demgegenüber sollen die Retail-CBDC die finanzielle Inklusion fördern, indem sie Menschen ohne Bankkonto den Zugang zum Zahlungsverkehr ermöglichen. Diese Funktion ist in den Entwicklungsländern besonders wichtig.

Eines der ehrgeizigsten und ältesten aller CBDC-Projekte ist der 2014 eingeführte chinesische E-Yuan (E-CNY). Diese digitale Währung wird derzeit offiziell in 29 chinesischen Städten eingeführt. Sie kann genutzt werden, um etwa Bustickets, Supermarkteinkäufe oder Freizeitaktivitäten zu bezahlen. Das Digital Currency Research Institute (DCRI) der chinesischen Zentralbank, das hinter dem CBDC-Projekt steht, schätzte das Transaktionsvolumen der digitalen Währung im Juli 2024 auf 7,3 Billionen Yuan (888 Milliarden Euro). Die Zahl der Nutzerinnen und Nutzer bezifferte das DCRI auf 180 Millionen, was etwa einem Achtel der Bevölkerung Chinas entspricht.⁹

Einer der Hauptkritikpunkte am E-Yuan betrifft die mögliche Verletzung der Privatsphäre. Wegen der Rückverfolgbarkeit der Transaktionen und der großen Menge der an die chinesische Zentralbank übermittelten Daten könnte das System als Instrument zur Überwachung der Bevölkerung missbraucht werden.

Technisch wäre es für die Behörden durchaus machbar, in Echtzeit zu ermitteln, was die Nut-

zerinnen und Nutzer essen, wo sie sich gerade aufhalten und in welchem Friseursalon sie sich die Haare schneiden lassen. Die Staatsmacht könnte auch beschließen, die Verwendung des E-Yuan zu kontrollieren, bestimmte Transaktionen zu blockieren oder die digitale Geldbörse einzelner Personen zu sperren. Zwar betont die chinesische Zentralbank, der Schutz der Privatsphäre habe für sie oberste Priorität, aber eine tatsächlich unabhängige Kontrolle der Verwaltung gibt es nicht.

Bei der Einführung eines digitalen Euro, die derzeit in Brüssel geprüft wird, könnte es zu ähnlichen Problemen kommen. Außerdem müsste geklärt werden, welche Auswirkungen ein digitales europäisches Zentralbankgeld auf das Bankensystem hätte.

Die privaten Kreditinstitute sehen die Entwicklung eines Retail-CBDC in Europa kritisch, denn es würde mit dem von ihnen im Rahmen ihres Kreditgeschäfts geschaffenen Buchgeld konkurrieren. Kundinnen und Kunden könnten versucht sein, ihre Bankeinlagen aufzulösen und in den digitalen Euro zu investieren. Das würde die Kreditvergabekapazität des Bankensystems beeinträchtigen, die im Euroraum die wichtigste Finanzierungsquelle der Wirtschaft darstellt.

Umgekehrt könnte dies aber auch ein Hauptvorteil eines CBDC in Euro sein: Durch die Entwicklung eines digitalen Zentralbankgelds in Europa würde das Quasimonopol der Privatbanken bei der Geldschöpfung infrage gestellt.

Die Digitalisierung im monetären Bereich dürfte bei den internationalen Währungsbeziehungen künftig eine wichtige Rolle spielen. Angesichts der Spannungen, die bereits jetzt insbesondere zwischen den USA und China herrschen, könnte diese Entwicklung den internationalen Wettbewerb zwischen den Währungen bis hin zu einem „Währungskrieg“ verschärfen.

Im Ergebnis könnte das zu einer stärkeren Segmentierung des Währungssystems führen, also zu einer Situation, in der die gesetzlichen Währungen nicht mehr nur untereinander, sondern auch mit privat emittierten Währungen konkurrieren.



Lotte Keijzer, *More to Recycle*, 2022, Acrylfarben und Buntstift auf Holzplatte, 120 × 120 cm

¹ Philippe Coste, „Avec Donald Trump, les cryptos gagnent une place de choix à la Maison Blanche“, *Libération*, Paris, 9. März 2025.
² MacKenzie Sigalos, „Trump’s crypto-frenzied inauguration weekend makes first family billions of dollars richer“, CNBC, 20. Januar 2025.
³ Siehe Frédéric Lemaire, „Falschgeld Bitcoin“, *LMD*, Februar 2022.
⁴ Illya Otychenko, „Stablecoin landscape: what 2024 reveals about 2025?“, *blog.cex.io*, 31. Januar 2025.
⁵ Jalpa Bhavsar, „Stablecoin transfer volume surges 16x since 2020“, *Cryptotimes*, 20. Juni 2024.
⁶ Yanis Varoufakis, „Trump wants big tech to own the dollar“, *Project-Syndicate*, 29. Mai 2025, *project-syndicate*.
⁷ Siehe Roomy Khan, „The stablecoin paradox: supercharging dollar dominance“, *Forbes*, 3. März 2025.
⁸ Ronit Ghose u. a., „Digital dollars: banks and public sector drive blockchain adoption“, *Citigroup*, New York, 23. April 2025.
⁹ Roger Huang, „A 2025 Overview of the E-CNY, China’s Digital Yuan“, *Forbes*, 15. Juli 2024.

Aus dem Französischen von Markus Greiß

Frédéric Lemaire ist Wirtschaftswissenschaftler und Dominique Plihon emeritierter Professor (Universität Sorbonne Paris-Nord). Beide gehören dem wissenschaftlichen Beirat von Attac an.

Die Informierten und die Uniformierten

Wie CIA und Pentagon miteinander rivalisieren

von Martin Barnay

Mit der Rückkehr von Donald Trump ins Weiße Haus war eine Säuberung der Geheimdienste zu erwarten. Denen warf der republikanische Präsident bekanntlich vor, sie hätten das sogenannte Russiagate inszeniert, hätten also Lügengeschichten über die Wahlbeeinflussung durch Putin bei den Wahlen von 2016 gestreut, um Trump zu schaden. Doch da verdeckte Operationen und der Einsatz von Spitzentechnologien in Zeiten internationaler Spannungen immer wichtiger werden, gelang es Trump nicht, die CIA ins Abseits zu drängen.

Seit ihrer Gründung nach dem Zweiten Weltkrieg hat die in Langley, Virginia, ansässige Central Intelligence Agency (CIA) ihre Kompetenzen sukzessive ausgeweitet, indem sie Aufgabengebiete von ihren Schwesterinstitutionen an sich zog: zunächst vom Federal Bureau of Investigation (FBI), der Bundespolizei, von der sie die Verantwortung für Spionage in Lateinamerika übernahm, dann vom Geheimdienstbüro des Außenministeriums, dessen Ruf durch die antikommunistischen Säuberungen in der McCarty-Ära gelitten hatte.

Am ausgeprägtesten ist die Konkurrenz jedoch mit dem Pentagon, also dem US-Verteidigungsministerium, das Trump inzwischen in Kriegsministerium umbenannt hat. Auf dem Papier ist die Abgrenzung seit der Gründung der National Security Agency (NSA) 1952, die dem Pentagon angegliedert ist, eigentlich klar: Für die Aufklärung

durch menschliche Quellen ist die CIA zuständig, für elektronische Aufklärung und konventionelle Operationen das Militär.

In der Praxis war diese Grenze immer durchlässig. Unter dem Etikett „psychologische Kriegsführung“ sammelte die CIA lange Zeit paramilitärische Erfahrungen – in Kuba, Iran, Kongo, Laos, Chile und Afghanistan –, die sie in jüngster Zeit noch ausbauen konnte. Im Vorfeld des Vietnamkriegs gründete das Pentagon 1961 – aus Irritation über die verdeckten CIA-Operationen in Südvietnam und Laos – eine eigene Organisation zur Beschaffung von Informationen durch menschliche Quellen, die Defense Intelligence Agency. Mit dieser DIA sollte das Monopol der CIA gebrochen werden, deren Urteile über die Wirksamkeit militärischer Eskalation aus Sicht des Pentagons zu pessimistisch ausfielen.

Die CIA und das Militär haben generell sehr unterschiedliche Auffassungen über die Funktion von Nachrichtendiensten: Für die CIA dienen sie eher diplomatischen und strategischen Zwecken, für das Pentagon eher der operativen Unterstützung militärischer Aktionen. Das hat auch mit der gesellschaftlichen Basis beider Institutionen zu tun.

Die CIA pflegt ein elitäres Image und rekrutiert ihre Führungskräfte aus den renommierten Universitäten und den großen Anwaltskanzleien der Wall Street. Daher unterhält sie auch traditionell enge Verbindungen zu multinationalen Konzernen und Ölriesen,

als deren bewaffneter Arm sie mitunter diente, etwa 1953 beim Sturz des iranischen Premierministers Mohammad Mossadegh.

Die US-Streitkräfte bieten dagegen eher berufliche Aufstiegschancen für die Mittelschicht. Während die CIA noch immer überwiegend weiß ist, rekrutieren sich mehr als 30 Prozent des Militärs aus ethnischen Minderheiten.¹ Die Offiziersausbildung an den Militärakademien ist kostenlos. Nach ihrer Pensionierung wechseln Militärangehörige häufig in die Führungsetagen großer Unternehmen, die auf öffentliche Aufträge angewiesen sind, insbesondere der Rüstungsindustrie.

Beide Institutionen haben ihre eigenen Thinktanks und ein Netz von Partnerorganisationen. Für Langley sind die wichtigsten der Sonderausschuss für Geheimdienste des Senats und das Council on Foreign Relations – eine Bastion des liberalen Internationalismus –, das die Zeitschrift *Foreign Affairs* herausgibt. Für das Pentagon sind es die beiden Streitkräfteausschüsse des Kongresses sowie die RAND (*research and development*) Corporation.

Hinter den bürokratischen Quereilen stehen zwei Visionen, wie die US-Hegemonie zu sichern sei: Im Pentagon setzt man auf konventionelle Androhung von Gewalt und Wettrüsten, bei der CIA auf Destabilisierung und periphere Kleinkriege. Dieser Gegensatz kann sich selbst in der Auswertung geheimdienstlicher Erkenntnisse zeigen, wie es unter Präsident Gerald Ford geschah, als Außenminis-

ter Henry Kissinger, Schutzheiliger des Geheimdienstes und Architekt der Entspannungspolitik, im November 1974 mit Moskau das Rüstungskontrollabkommen SALT II vereinbarte. Damals erzwangen die Falken im Pentagon ein Gegengutachten zu den optimistischen Einschätzungen der CIA, durch die sie ihr üppiges Rüstungsbudget gefährdet sahen, und erreichten die Gründung einer unabhängigen Gruppe namens Team B innerhalb des CIA-Hauptquartiers in Langley.

Nach Ende des Kalten Kriegs ließen die Spannungen nicht nach. Während des ersten Golfkriegs (1990–1991) kritisierte die CIA die Kriegsbegeisterung der militärischen Führung und plädierte für Diplomatie und Wirtschaftssanktionen. Der Generalstab wiederum warf der CIA vor, sich zu sehr auf die strategische Analyse zu konzentrieren und zu wenig konkret verwertbare Informationen zu liefern. Präsident George Bush Senior (1989–1993), der Mitglied von Team B und danach CIA-Chef gewesen war, nahm am Ende Partei für die Streitkräfte.

Das Memorandum „Defense Planning Guidance“ von 1992, verfasst vom stellvertretenden Verteidigungsminister Paul Wolfowitz (auch er ein Team-B-Veteran), machte das Pentagon zur Speerspitze der Außenpolitik. Als das Dokument der *New York Times* durchgestochen wurde, musste sich das Weiße Haus distanzieren. Doch ein Großteil des Plans wurde von der Clinton-Regierung (1993–2001) übernommen. Clinton genehmigte dem Pentagon

noch mehr verdeckte Operationen, etwa durch Spezialeinheiten in Somalia, Haiti und Bosnien, und beschränkte die CIA auf Hilfsaufgaben wie die Suche nach Zielen für die U.S. Air Force.

Der unkonventionelle Truppeneinsatz provozierte allerdings auch Kritik. So erklärte der republikanische Präsidentschaftskandidat George W. Bush im Wahlkampf 2000: „Wenn wir weiterhin unsere Streitkräfte für Nation-Building-Missionen in die ganze Welt entsenden, werden wir in Zukunft ein ernstes Problem haben. Und ich werde das verhindern.“²

Die Anschläge vom 11. September 2001 fegten jedoch alle Skrupel beiseite. Mit Präsident Bush waren die Veteranen von Team B – nach ihrer Auszeit – triumphal an die Spitze des Staats zurückgekehrt: Richard Cheney als Vizepräsident der USA, Donald Rumsfeld als Verteidigungsminister und Wolfowitz als dessen Stellvertreter. Der gemeinsame Einsatz von CIA und Spezialeinheiten der U.S. Army zu Beginn des Kriegs in Afghanistan brachte eine gewisse Annäherung, doch mit dem Irakkrieg traten die Differenzen erneut zutage. So warf Rumsfeld, ein langjähriger Rivale Kissingers, der CIA vor, sie behindere die Suche nach Beweisen, die die vom Weißen Haus und dem Pentagon bereits beschlossene Invasion in den Irak rechtfertigen sollten.

Während der Amtszeit von Barack Obama (2009–2017) zeigte sich die Rivalität im Streit über den Einsatz von Drohnen für gezielte Tötungen. Die Regierung schloss zwar offiziell die Geheimgefängnisse der CIA, intensivierte aber das Programm für ferngesteuerte Hinrichtungen. Dabei setzte die CIA ihre Drohnen vor allem in Pakistan ein, wo das Militär – theoretisch – nicht eingreifen durfte, weil das Land kein Kriegsgebiet und auch die Anwesenheit von al-Qaida nicht bewiesen war. Hier konnte die CIA ihren technischen Vorteil gegenüber dem Pentagon nutzen, weil sie an der Entwicklung von Drohnen beteiligt war, die ursprünglich zur Überwachung konzipiert wurden. Ihr Spitzenmodell war die die „Predator“, die erstmals in den 1990er Jahren in Jugoslawien zum Einsatz kam.³

Das Erstarken von al-Qaida im Jemen verschaffte dem Pentagon die Chance, wieder selbst über seine Angriffsziele zu entscheiden. Doch nach mehreren Misserfolgen und Einsatzfehlern entschied das Weiße Haus, die Initiative wieder der CIA zu übertragen. Die tötete am 30. November 2011 den dschihadistischen Imam Anwar al-Awlaki, einen US-Bürger, der in seine alte Heimat Jemen zurückgekehrt war. Die Drohne war von einem geheimen Stützpunkt in Saudi-Arabien gestartet worden.

Die Bilanz dieser extrajudiziellen Hinrichtungen ist furchterregend: Während der beiden Amtsperioden Obamas gab es fast 3000 gezielte Drohnenangriffe, die hauptsächlich auf einfache Kämpfer zielten, aber hunderte zivile „kollaterale“ Opfer forderten, die übrigens die CIA, im Gegensatz zum Pentagon, nicht melden muss.

Zumindest einmal standen sich die beiden Rivalen sogar auf dem Schlachtfeld gegenüber. Im Norden Syriens kam es Anfang 2016 zu bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen Rebellengruppen, von denen die eine von der CIA, die andere vom Pentagon unterstützt wurde.⁴

Nach dem Ende des „Kriegs gegen den Terrorismus“, der mit 9/11 begonnen hatte, stellte sich ein neues Kräfteverhältnis her: Der Aufstieg Chinas und



Lotte Keijzer, Marking your territory, 2023, Acrylfarben, Buntstift und Sand auf Leinwand, 120 × 120 cm

die Rückkehr Russlands in die globale Machtpolitik bedeuteten eine Rückkehr zu den Mustern des Kalten Kriegs. Im Ukrainekrieg liefert die US-Regierung Waffen für Kyjiw, während sie diplomatische Kanäle zu Moskau offen hält. Zugleich operiert sie von geheimen Stützpunkten aus, ohne reguläre Truppen einzusetzen. In ähnlicher Richtung scheint sich ihr Engagement im Chinesischen Meer zu entwickeln.

Das dürfte vor allem für Taiwan, das lange ein sichererer Kunde für das Pentagon und die US-Rüstungskonzerne war (mit Waffenlieferungen von fast 50 Milliarden Dollar seit 1950), spürbare Veränderungen bringen. Im Ukraine- wie im Jemenkrieg spielen Drohnen die entscheidende Rolle, wobei eine weniger als 1000 US-Dollar kostet, eine „Coyote“-Abfangrakete dagegen 100 000 Dollar. Damit ist die Vorherrschaft konventioneller Waffensysteme zu Ende.

Auch Taiwan setzt angesichts einer möglichen chinesischen Invasion auf eine „Stachelschweinstrategie“, die nicht auf die Vernichtung eines überlegenen Gegners zielt. Es geht vielmehr darum, ein Durchbrechen der Küstenbefestigungen zu verhindern und den eigenen Mangel an Bodentruppen durch den Einsatz autonomer Systeme zu kompensieren.

Diese Hinwendung zu asymmetrischer Kriegsführung stellt jedoch die Pentagon-Doktrin, auf Panzer und Flugzeuge zu setzen, infrage und wertet die Rolle der CIA auf. Und auch die Bosse der IT-Industrie erlangen immer mehr Einfluss, weil dort bahnbrechende Technologien – von autonomen Systemen über Laser bis hin zur Quanteninformatik – und Softwarelösungen entwickelt werden, die im militärischen Bereich immer wichtiger werden.

In dieser Hinsicht hat die CIA erneut, wie schon bei den Drohnen, einen Vorsprung. Seit Ende der 1990er Jahre verfügt sie über ein Standbein im Silicon Valley, denn mit ihrem Risikokapitalfonds In-Q-Tel finanziert sie die Entwicklung dualer (zivil und militärisch nutzbarer) Technologien. Dieser Fonds ist als Non-Profit-Unternehmen der parlamentarischen Kontrolle entzogen, sodass die Identifikation seiner Partner kaum möglich ist. In-Q-Tel hat eigenen Angaben zufolge bislang in 800 Unternehmen investiert, von denen 32 zu den 100 größten Start-ups im Verteidigungsbereich zählen.

Das Pentagon, das einst an der Spitze der angewandten militärischen Forschung stand, wurde von den Silicon-Valley-Unternehmen und ihrer Kultur der disruptiven Innovation überholt. Seit der Snowden-Affäre 2013 haben sich die Beziehungen zwischen diesen beiden Machtzentren noch verschlechtert.

Der frühere CIA-Mann Edward Snowden, der dann als NSA-Mitarbeiter dem Pentagon verbunden war, hat das Ausmaß der staatlichen Überwachung aufgedeckt, das der libertär-liberalen Orientierung der Ingenieure und Soft-

wareentwickler des Silicon Valley zuwiderläuft. So musste etwa Google 2018 unter dem Druck der Belegschaft aus einem militärischen Drohnenprojekt aussteigen.

Doch seit der Wiederwahl Trumps hat sich der Wind gedreht. Der intensive Einsatz von Drohnen und Gesichtserkennung in der Ukraine und in Gaza – mit den entsprechenden Gewinnaussichten der Techbranche, die angesichts der asiatischen Konkurrenz an Boden verlor – hat die Skrupel der Branche beseitigt. So hat OpenAI als Entwickler von ChatGPT im Januar 2024 die inneren Richtlinien geändert, die eine militärische Nutzung seiner Technologien untersagten, desgleichen Google im Februar 2025. Und Ende Mai vereinbarte Meta mit dem Kampfdrohnenhersteller Anduril, Virtual-Reality-Systeme für den militärischen Einsatz zu entwickeln.

Wer Palantir finanziert hat

Das Pentagon will aufholen, indem es mit den Champions des Silicon Valley kooperiert, von denen allerdings viele bereits irgendwie mit In-Q-Tel verbunden sind. Der rasante Erfolg von Palantir ist ein typisches Beispiel für die Strategie der CIA: Das 2003 mit einer Anschubfinanzierung von In-Q-Tel gegründete Unternehmen hat gigantische Aufträge zur Datenverarbeitung nicht nur bei multinationalen Konzernen akquiriert, sondern auch bei staatlichen Institutionen in den USA und im Ausland, etwa der Generaldirektion für innere Sicherheit (DGSi) in Frankreich oder dem britischen Nationalen Gesundheitssystem (NHS).

Palantir ist auch Partner der israelischen Armee, für die es Gesichtserkennungsdienste zur Identifizierung von Zielen in den besetzten Gebieten liefert. Und am 1. August 2025 verkündete das Unternehmen ein 10-Milli-



Lotte Keijzer, Neither here nor there, 2025, Acrylfarben, Buntstift und Sand auf Leinwand, 180 × 180 cm

arden-Dollar-Geschäft mit dem Pentagon. Kurz zuvor war Palantir in die Liga der Top-20-Unternehmen der USA aufgestiegen und hat dabei – gemessen an der Marktkapitalisierung – traditionelle Rüstungskonzerne wie Lockheed Martin, Northrop Grumman oder General Dynamics abgehängt.

Der Aufstieg dieser neuen Akteure hat zu Spannungen im Pentagon geführt. So äußerte Heeresstaatssekretär Daniel Driscoll im Mai 2025, er werde die Pleite eines Primekonzerns während seiner Amtszeit als Sieg betrachten. Und im November 2022 hatte William LaPlante, unter Bidens Verteidigungsminister Lloyd Austin für Beschaffung zuständig, über den Tausch gelästert: „Wenn Ihnen jemand eine coole Geschichte über ein Projekt erzählt, fragen Sie ihn, wann es in Produktion geht, wie hoch die Stückkosten sind und was es in einem Konflikt mit China nützt. Denn darauf kommt es an. Ob KI oder Quantenelektronik drin ist, ist mir egal.“⁵

Die rapide wachsenden Verteidigungsausgaben in Europa und Japan könnten ein Trostpflaster für die Lieferanten teurer Waffen darstellen. 80 Prozent der Rüstungsimporte der EU stammen aus den USA, und sie werden – wie Trump verlangt – voraussichtlich noch zunehmen. Lockheed Martin verkündete bereits den Ausbau seiner Partnerschaften mit europäischen Unternehmen, etwa mit Rheinmetall für die Kooperation bei dem Tarnkappen-Kampfflugzeug F-35 und dem GMARS-Raketenerwerfer, wobei die Produktion der modernsten Technologien jedoch in den USA verbleiben soll.

Die Utopie einer Armee aus Drohnen und autonomen Robotern steht allerdings im Widerspruch zu Trumps Gelöbnis von Haushaltskürzungen. Doch obwohl der Präsident eine Senkung der Militärausgaben um 25 Prozent versprochen hat, sieht der dem Kongress vorgelegte Verteidigungs-

haushalt für 2026 mit Ausgaben von 1 Billion US-Dollar eine leichte Erhöhung vor. Allerdings deuten die angekündigten Investitionen in neue Technologien darauf hin, dass die Entwicklung zulasten der menschlichen und operativen Ressourcen gehen wird.

Selbst wenn KI den Bedarf an Soldat:innen senkt, wie es ihre Lobbyisten behaupten, dürften auch künftig vor allem Subunternehmen dafür sorgen, die Infrastrukturen und Ressourcen der USA in der ganzen Welt zu sichern. Das *Wall Street Journal* vermeldete am 16. August das Comeback von Erik Prince, dem in Unnade gefallenen Gründer des Söldnerunternehmens Blackwater. Trumps ehemaliger politischer Verbündeter bietet im aktuellen Konflikt zwischen Ruanda und der Demokratischen Republik Kongo der Regierung in Kinshasa seine Dienste an.

Wird Trump also nicht der Präsident des Friedens sein, als der er sich gerne darstellt? Seine jüngsten strategischen Entscheidungen machen den Eindruck, als halte er sich an das alte Rezept US-amerikanischer Machtpolitik: Man gewinnt nur solche militärischen Konflikte, die nicht als Krieg deklariert werden – oder bei denen Verbündete oder Stellvertreter (*proxies*) die Hauptlast des Kampfes tragen.

¹ „2023 Demographics, Profile of the military community“, U.S. Department of Defense, Washington 2024.
² Mark Thiessen, „Trump Is Not the First Republican to Campaign Against Nation-building“, American Enterprise Institute, 3. Mai 2016.
³ Vgl. Laurent Checola und Edouard Pfimlin, „Aufspüren und vernichten. Drohnen, Waffensystem der Zukunft“, *LMd*, Dezember 2009.
⁴ Nabih Bulos, W.J. Hennigan, Brian Bennett, „In Syria, militias armed by the Pentagon fight those armed by the CIA“, *Los Angeles Times*, 27. März 2016.
⁵ Valerie Insinna, „LaPlante pokes Silicon Valley ‚tech bros‘, calls for increased munitions production for Ukraine“, *breakingdefense.com*, 8. November 2022.
Aus dem Französischen von Nicola Liebert

Martin Barnay ist Soziologe.

Meldungen des Monats

Argentiniens Regierung und Justiz bedrohen die Pressefreiheit, indem sie gegen unliebsame Publikationen vorgehen. Am 29. August veröffentlichte der Journalist Mauro Federico auf dem Nachrichtenkanal *Carnaval* die Tonaufnahme eines ihm zugespielten Telefonats. Darin hatte Karina Milei, Schwester und rechte Hand von Präsident Javier Milei, über Bestechungsgelder gesprochen, die an Regierungsmitglieder geflossen sein sollen. Drei Tage später ließ das Sicherheitsministerium die *Carnaval*-Redaktion durchsuchen und veranlasste strafrechtliche Ermittlungen gegen Federico sowie einen



Mitarbeiter des Nachrichtenkanals C5N, der das Tonmaterial ebenfalls gesendet hatte. Und ein Bundesrichter verbot die Verwendung des Materials mit der Begründung, damit werde sowohl „die Privatsphäre und Ehre“ von Karina Milei als auch die „institutionelle Sicherheit“ des Landes gefährdet.

In **Indien** führt die Regierung des Bundesstaats Assam seit Monaten einen Feldzug gegen das regierungskritische Nachrichtenportal *The Wire*. Die polizeilichen Ermittlungen gegen den Gründer und Chefredakteur Siddharth Varadarajan und zwei weitere Mitarbeiter gehen jeweils auf Anzeigen von Privatpersonen zurück, die Mitglieder der BJP sind, die Partei von Präsident Modi. Die letzte Anzeige vom 21. August bezog sich auf eine Kritik am Chief Minister von Assam, ebenfalls BJP-Mitglied, zwei weitere Anzeigen auf die Berichterstattung der Website über die Eskalation zwischen Indien und Pakistan in Kaschmir im Mai 2025. In allen Fällen wird *The Wire* beschuldigt, „die Souveränität, Einheit und Integrität Indiens zu gefährden“.

In der chinesischen Sonderverwaltungszone **Hongkong** geraten auch ausländische Medienschaffende zunehmend unter Druck. Am 22. August wurde einer weiteren Journalistin das Aufenthaltsvisum nicht verlängert. Laut dem Verein der Auslandskorrespondenten wurde der betreffende Antrag der britischen Bloomberg-Reporterin Rebecca Choong Wilkins, die sechs Jahre in Hongkong gearbeitet hatte, ohne Begründung abgelehnt. Seit im Juni 2020 das „Gesetz zur Bewahrung der nationalen Sicherheit der Sonderverwaltungszone Hongkong“ in Kraft getreten ist, wurde sieben Journalistinnen und Journalisten ohne Begründung ein Visum verweigert oder nicht verlängert. Zwei Medienarbeiter wurden nach ihrer Einreise festgehalten und ausgewiesen, einem weiteren wurde die Einreise ganz verweigert.

Das Heimatschutzministerium (DHS) der **USA** will neue Regeln für die Vergabe von Visa an ausländische Medienschaffende einführen. Nach dem am 28. August veröffentlichten Vorschlag sollen nur noch für 240 Tage Visa vergeben werden, chinesische Staatsangehörige bekommen sogar nur ein 90-Tage-Visum. In einer Presserklärung behauptete das DHS, die Vergabe zeitlich unbegrenzter Visa stelle ein „Sicherheitsrisiko“ dar. Der aktuelle Vorstoß des Ministeriums erinnert an einen Plan der ersten Trump-Administration vom Oktober 2020, der sogar vorsah, bei Visa-Verlängerungen die inhaltliche Berichterstattung der Antragsteller durch das DHS begutachten zu lassen.

Impressum

Redaktion Dorothee D'Aprile (Leitung) verantwortlich für diese Ausgabe | Katharina Döbler, Jakob Farah, Niels Kadritzke, Anna Lerch
Produktion Claudia von Heydebrand, Gisela Lehmeier, Aletta Lübbers, Erik Lühr, Stefan Mahilke, Christiane Voß
Redaktion Comic Karoline Bofinger
Redaktion Kunst Wilhelm Werthern
Dokumentation Sigrid Deitelhoff, Almuth Müller
Verlag Deutschland
taz Entwicklungs GmbH & Co. Medien KG, Friedrichstr. 21, D 10969 Berlin,

☎ +49 (30) 25 90 2-0, www.monde-diplomatique.de
Marketing Greta Cazzola, ☎ +49 (0) 30 25 902-331
Anzeigen Daniela Lipka, ☎ +49 (0) 30 25 902-965
dlipka@monde-diplomatique.de

Separates Abonnement
Jahrespreis Inland 62,40 €, Ausland 76,80 €, ermäßigt Inland 39,60 €, ermäßigt Ausland 54 € (alle Preise inkl. Versandkosten).
abo-lmd@taz.de; ☎ +49 (30) 25 902-211
A. Beig Druckerei GmbH & Co.
25421 Pinneberg

ISSN: 1434-2561
LMd Audio Download im eKiosk
www.monde-diplomatique.de/pm/ekiosk/ekiosk.
Teil der Auflage liegen Flyer von Plan Int., Gebana und welt-sichten bei.

Verlag Schweiz
WOZ – Internationale Medienerzeugnisse AG, Zürich, Daniel Hackbarth | verantwortlich, Camille Roseau, Postfach: CH 8031 Zürich, ☎ +41 (0) 44 448 14 14, diplabo@woz.ch, www.monde-diplomatique.ch.

Inserate WOZ-IMAG, Vasco Rasi, ☎ +41(0) 44 448 14 03/23, diploinserat@woz.ch.
Mittelland Zeitungsdruck AG, Aarau
Le Monde diplomatique liegt jeweils am zweiten Donnerstag im Monat der WOZ bei.
Separates Abonnement
Jahrespreis 72 sFr. | zzgl. Versandkosten ins Ausland.

Die nächste Ausgabe erscheint das letzte Mal vor der Seitenwende mit der *taz* am 10. 10. 2025 und mit der WOZ am 9. 10. 2025. In Deutschland separat am Kiosk ab 9. 10. 2025.

Le Monde diplomatique, Paris
Direktor Benoît Bréville
Berater der Direktion Serge Halimi
Chefredakteur Akram Belkaid
Redaktion Philippe Descamps, Renaud Lambert, Évelyne Pieiller, Hélène Richard, Pierre Rimbert, Anne-Cécile Robert, Grégory Rzepski, Christophe Ventura, Cécile Marin (Infografik)
1, avenue Stephen-Pichon,
F-75013 Paris

Die deutsche Ausgabe von *Le Monde diplomatique* geht auf eine Initiative der taz Genossenschaft im Jahr 1994 zurück. Mehr über die Genossenschaft erfahren Sie unter: www.taz.de/genossenschaft

